
ASPEKTE DER POLITISCHEN REPRÄSENTATION

QUANTITATIVE ANALYSEN

**INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTS-
UND SOZIALPOLITIK**

**LVA-LEITER*INNEN:
CARMEN VALENTA-BERGMANN
FELIX WOHLGEMUTH**

Impressum:

Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik
1 Auflage, Juli 2022

Medieninhaber*innen:

Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik
Carmen Walenta-Bergmann
Felix Wohlgemuth
Johannes Kepler Universität,
Altenberger Straße 69, 4040 Linz

LVA-Leiter*innen:

Carmen Walenta-Bergmann
Felix Wohlgemuth

Gestaltung:

Sarah Pilgerstorfer
Nuray Seker
Katharina Weissenböck

Hersteller:

druck.at

Verlagsort: 4040 Linz

Herstellungsort: 2544 Leobersdorf

ISBN-Nummer: 978-3-9504997-9-7

Printed in Austria

ASPEKTE DER POLITISCHEN REPRÄSENTATION

QUANTITATIVE ANALYSEN

Erarbeitet von Student*innen der Johannes Kepler
Universität Linz im Zuge der Kurse Projektstudium I & II

Vorwort

Der vorliegende Bericht setzt sich aus fünf unterschiedlichen Forschungsarbeiten von Studierenden aus dem Bachelorstudium Sozialwirtschaft der Johannes Kepler Universität Linz zusammen. Der Bachelorstudiengang Sozialwirtschaft bietet eine Kombination aus den Fachrichtungen Gesellschafts- und Sozialpolitik, Wirtschaftswissenschaften, Recht und Soziologie mit einem internationalen Blick auf globale Politik- und Sozialsysteme. Die Studierenden haben in zwei Semestern in den aufeinander aufbauenden Lehrveranstaltungen Projektstudium I und Projektstudium II teilgenommen und in diesem Zeitraum an eigenständigen wissenschaftlichen Projekten gearbeitet. Der Schwerpunkt des Projektstudium I und II, welches von Carmen Walenta- Bergmann und Felix Wohlgemuth geleitet wurde, liegt auf der Erforschung von politischer Repräsentation mithilfe quantitativer Methoden. Benutzte Datensätze waren Mikro-, Meso-, - und Makrodatensätze aus dem politikwissenschaftlichen Feld. Zur Untersuchung und Auseinandersetzung dieser Datensätze wurde mit dem Statistikprogramm R gearbeitet. Im ersten Semester haben sich die Studierenden in fünf Gruppen von A-E zusammengefunden und am Ende des Semesters ihre ersten Berechnungen anhand eines Zwischenberichts und eines Vortrags präsentiert. Im zweiten Semester wurde der Zwischenbericht weiter ausgeführt und die berechneten Modelle analysiert und interpretiert.

Auch wenn das übergeordnete Thema politische Repräsentation war, waren die Studierenden doch recht frei in ihrer Themenwahl. Die Gruppen A, B und C haben sich insbesondere mit der Repräsentation von Frauen in der Regierung und/oder Parlament beschäftigt und haben jeweils unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. Die Gruppe A beschäftigte sich mit der Frage, inwiefern Frauen die Sozialausgaben in der Regierung beeinflussen und haben hierfür 15 Länder in einem Zeitraum von 30 Jahren betrachtet. Hingegen legte die Gruppe B ihren Fokus auf den Zusammenhang zwischen den Sozialausgaben für Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung und der Frauenquote in der Regierung beziehungsweise im Parlament. Die Gruppe C ging der Frage nach, wie die Repräsentation von Frauen in der Regierung die Kinderbetreuungsquoten eines Landes beeinflusst. Die Gruppen E und D unterscheiden sich von den drei zuvor beschriebenen Gruppen insoweit, dass diese sich auf andere Themenschwerpunkte fokussierten. Die Gruppe D setzte sich mit Vertrauen in der Politik auseinander und wie dieses durch verschiedene Variablen beeinflusst wird, wie beispielsweise politische Beteiligung und deren

verschiedene Formen, die unterschiedlichen Informationsquellen und die allgemeine Lebenszufriedenheit. Zuletzt befasste sich die Gruppe E mit dem Thema „Migration“ in Wahlprogrammen und wie sich die Auseinandersetzung der Parteien mit diesem Thema verändert hat. Hierbei fokussierte sich die Gruppe auf die Nationalratswahlen 2013 und 2017 unter dem Gesichtspunkt der sogenannten Flüchtlingskrise im Sommer 2015.

Zu Beginn der Lehrveranstaltung waren die Studierenden noch vor Ort am Campus in der Präsenzlehre, doch nach einigen Wochen mussten die Studierenden, aufgrund der Corona-Pandemie in die Online-Lehre wechseln. Dies erschwerte dann die gemeinsame Arbeit an den Forschungsberichten, jedoch konnten die Studierenden das Semester doch sehr erfolgreich beenden. Im zweiten Semester (Projektstudium II) konnten die Studierenden wieder Lehrveranstaltungen am Campus besuchen und so wurde die Arbeit vereinfacht und das Projektstudium konnte am Ende durch gelungene Abschlusspräsentationen beendet werden.

Ein großer Dank richtet sich an Carmen Walenta-Bergmann und Felix Wohlgemuth, welche die Lehrveranstaltung leiteten und den Studierenden mit Rat und Tat zur Seite standen.

Sofia Lehermayr, Mia Schirmer, Franziska Schrott

Linz, Juni 2022

Klappentext:

Politische Repräsentation ist der Kern moderner Demokratien. Entscheidungen werden an gewählte Volksvertreter*innen delegiert und damit abgegeben. Diese Tatsache wirft unzählige interessante Fragestellungen über Wahrnehmung, Auswirkungen und Veränderung von politischer Repräsentation auf. Die quantitativen Analysen im Rahmen des Projektstudiums im Bachelor Sozialwirtschaft an der Johannes Kepler Universität beschäftigen sich mit ausgewählten Aspekten zu diesem Thema: Wie verändert sich die Position von österreichischen Parteien in Bezug auf das Thema Migration? Was beeinflusst das Vertrauen in politische Institution? Wie beeinflusst die Repräsentation von Frauen in Regierungen und Parlamente die Sozialausgaben bzw. das Angebot an Kinderbetreuung?

Inhaltsverzeichnis

Migration in Wahlprogrammen	7
Ein Vergleich der österreichischen Nationalratswahlen 2013 und 2017 in Bezug auf die „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015	7
Abstract	7
1. Einleitung.....	8
2. Theorie.....	9
2.1 Migration in Österreich	9
2.2 Parteien in Österreich	10
2.3 Das Jahr 2015	10
2.4 Definition Wahlprogramm	11
2.5 Definition Framing.....	12
2.6 Migration in Wahlprogrammen	13
2.7 Framing im Zusammenhang mit der Nationalratswahl 2017.....	15
3. Hypothese	16
4. Beschreibung des Datensatzes.....	17
4.1 Die Variablen	18
4.2 Codierung	19
5. Methode.....	19
6. Empirische Analyse.....	23
6.1 Vergleich der relativen Häufigkeiten.....	23
6.2 Vergleich der Positionen	26
7. Fazit	30
Literaturverzeichnis.....	32
Frauen und der Sozialstaat.....	36
Wie beeinflussen Frauen in Regierungen die Sozialausgaben?	36
Abstract	36
1. Einleitung.....	37
2. Theorie.....	38
2.1 Repräsentationsbegriffe.....	38
2.2 Forschungsstand.....	38
2.3 Der Weg der Frauen in die Politik	40
2.4 Die politische Macht von Frauen.....	41
2.5 Die politische Repräsentation von Frauen	42
2.6 Entwicklung der Sozialausgaben	47
3. Forschungsfrage	47

4.	Hypothesen	48
5.	Methode.....	48
5.1	Gepoolte Zeitreihenanalyse	48
5.2	Probleme und Lösungen.....	49
6.	Datensatz.....	49
7.	Ergebnisse aus der Analyse	51
7.1	Vergleich Männer und Frauen in Regierungen	51
7.2	Frauen in der Regierung und Sozialausgaben im Zeitverlauf	52
7.3	Sozialausgaben im Zeitverlauf gruppiert nach Ländern	53
7.4	Deskriptive Tabelle	54
7.5	Lineare Regression	55
7.5.1	Regressionstabelle ohne Kontrollvariablen	56
7.5.2	Regressionstabelle mit Kontrollvariablen	57
8.	Fazit	58
	Literaturverzeichnis.....	59
	Geschlechtergerechte Repräsentation.....	60
	Wie wirkt es sich auf die Inanspruchnahme der Kinderbetreuungsstätten aus, wenn mehr Frauen in der Regierung vertreten sind?.....	60
	Abstract	60
1.	Einleitung.....	60
2.	Theorie.....	61
2.1.	Frauen in der Politik	61
2.1.1.	Geschichtlicher Einblick	62
2.1.2.	Österreich Heute	63
2.1.3.	Weltweit Frauen in der Politik	64
2.1.4.	Unterschiede zwischen Mann und Frau	65
2.1.5.	Gründe für die Unterrepräsentation von Frauen	65
2.1.6.	Effekte von Frauen in der Politik	66
2.2.	Kinderbetreuungsquote	67
2.2.1.	Kinderbetreuungsquote im Vergleich mit anderen Ländern	67
2.2.2.	Arten von Kinderbetreuung in Österreich	68
2.3.	Entwicklung der Forschungsfrage	68
3.	Hypothese	69
4.	Daten	69
5.	Methode.....	71
6.	Deskriptive und Schließende Statistik	71
6.1.	Deskriptive Statistik.....	71

6.1.1	Tabelle	71
6.1.2	Streudiagramme	72
6.1.3	Boxplot	75
6.1.4	Zeitreihenplot - Kinderbetreuungsquote	76
6.1.5	Kreuztabelle 1 und 2	78
6.2	Schließende Statistik	79
6.2.1	Normalverteilung der Residuen	79
6.2.2	Homoskedastizität/Heteroskedastizität	80
6.2.3	Regressionstabellen	81
6.3	Ergebnisse.....	83
7.	Fazit	84
	Literaturverzeichnis.....	85
	Die Auswirkung der deskriptiven Repräsentation von Frauen in politischen Entscheidungspositionen auf die Kinderbetreuung.	87
	Abstract	87
1.	Einleitung.....	88
2.	Theorie.....	89
2.1	Fraueninteressen.....	89
2.2	Critical Mass	91
3.	Forschungsstand.....	92
3.1	Globalisierung und aktuelle Zahlen.....	92
3.2	Wirkung von Frauen in der Politik.....	93
3.3	Geschlechterverhältnisse als Machtverhältnisse	93
3.4	Vertretung von Frauen in den Parteien.....	94
3.5	Kinderbetreuung in den verschiedenen Ländern.....	94
4.	Hypothesen	96
5.	Methode.....	96
6.	Datensatz.....	97
7.	Analyseergebnisse.....	97
7.1	Deskriptive Statistik.....	97
7.2	Analyse der Variablen.....	98
7.2.1	Ausgaben für Kinderbetreuung – Ausgewählte europäischen Staaten 2008-2017	99
7.2.2	Ausgaben für Kinderbetreuung – Ausgewählte europäische Staaten 2008-2017 einzeln dargestellt	100
7.3	Schließende Statistik	101
7.3.1	Frauenanteil im Parlament und Ausgaben für Kinderbetreuung 2008-2017	101
7.3.2	Regressionstabelle – Frauenanteil im Parlament	103

7.3.3	Frauenanteil in der Regierung und Ausgaben für Kinderbetreuung 2008-2017	103
7.3.4	Regressionstabelle – Frauenanteil in der Regierung	105
7.3.5	Random Slope Modell	105
7.3.6	Regressionstabellen und Kontrollvariablen	107
8.	Fazit	110
	Literaturverzeichnis.....	111
	Die Beeinflussung der Variable „Vertrauen in die Politik“ durch politische Beteiligung, Informationsquellen und Lebenszufriedenheit.....	113
	Abstract	113
1.	Einleitung.....	114
2.	Theorie und Ableitung der Hypothesen	115
2.1	Vertrauen in die Politik.....	115
2.2	Hypothese 1 - Die Art der politischen Beteiligung hat einen signifikanten Effekt auf das Vertrauen in die Politik.....	115
2.3	Hypothese 2 - Die Nutzung verschiedener Informationsquellen hat einen signifikanten Effekt auf das Vertrauen in die Politik.....	118
2.4	Hypothese 3 - Die Lebenszufriedenheit hat einen signifikanten Einfluss auf das Vertrauen in die Politik.....	119
3.	Methode.....	122
4.	Daten	124
5.	Ergebnisse.....	127
5.1	Deskriptive Statistik.....	127
6.	Inferenzstatistik.....	132
6.1	Regressionsmodell	132
6.2	Mehrebenenmodell	137
6.3	Modellgüte	141
6.4	Auswertung	142
7.	Fazit und Ausblick.....	143
	Literaturverzeichnis.....	144

Migration in Wahlprogrammen

Ein Vergleich der österreichischen Nationalratswahlen 2013 und 2017 in Bezug auf die „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015

Abstract

Migration ist schon seit Jahrzehnten ein politisches Thema, welches es auch immer wieder auf die politische Agenda von Parteien schafft. Das Jahr 2015 hat durch die sogenannte „Flüchtlingskrise“ die Migrationsdebatte in Österreich besonders intensiv gestaltet. Interessant ist hierbei, dass im Jahr 2013 und 2017 Nationalratswahlen stattgefunden haben und in diesem Kontext vor allem die parteilichen Perspektiven vor und nach der verstärkten Migrationsbewegung 2015 im Zuge der Migrationsdebatte verglichen werden können. Der Forschungsbericht widmet sich der Frage, inwiefern sich die Art und die Häufigkeit von Aussagen der Parteien über Migration vor und nach 2015 verändert haben. Hierzu wurden Autnes Supply Manifesto Daten der Nationalratswahlen von 2013 und 2017 verwendet und miteinander verglichen. Es zeigt sich, dass die Häufigkeiten zum übergeordneten Thema Migration nicht wie erwartet bei allen Parteien zugenommen haben, sondern lediglich bei ÖVP, SPÖ und NEOS. Im Gegensatz dazu wurden die Anteile bei den GRÜNEN und der FPÖ kleiner. Zudem stellte sich heraus, dass - im Vergleich zu 2013 - ÖVP, SPÖ, NEOS und die GRÜNEN im Jahr 2017 eine negativere Position zu Migration eingenommen haben. Jedoch veränderte sich die Einstellung der FPÖ im Jahr 2017 ins Positive. Bezüglich dem Thema Integration wird ein anderes Bild sichtbar, denn es zeigt sich, dass im Jahr 2017 FPÖ, ÖVP, SPÖ und die GRÜNEN mehr negative Aussagen über Integration äußerten als im Jahr 2013. Zurück geführt wurden diese Ergebnisse insbesondere auf Salienz und Issue ownership. Die zunächst überraschenden Ergebnisse der FPÖ wurden insbesondere auf Regierungsambitionen und einer Mäßigung aufgrund der politischen Isolation zurückgeführt.

1. Einleitung

Die sich schon länger anbahnende hohe Fluchtbewegung nach Europa markiert im Sommer 2015 eine der bis dato größten Herausforderungen der Europäischen Union. Eine besonders große Anzahl Flüchtender erreichte über die Westbalkanroute Ungarn. Um der dort zugespitzten Lage entgegenzuwirken, wird unter dem damaligen Kanzler Faymann von der SPÖ und der ehemaligen deutschen Kanzlerin Angela Merkel die Öffnung der Grenzen nach Österreich und Deutschland beschlossen. Der vorerst humanitäre Lösungszugang hat jedoch Schritt für Schritt die Stimmung zwischen den EU-Staaten, aber auch innerhalb Österreichs, kippen lassen. Innenpolitisch war dies in Österreich an den erheblichen Zugewinnen der FPÖ zu erkennen (vgl. Vogler 2020). Die hier skizzierten Ereignisse lassen erahnen, dass die Geschehnisse die Bevölkerung, aber insbesondere die Politik, beeinflusst haben, - weshalb sich die Gruppe E dazu entschlossen hat, im Rahmen des Projektstudiums einen genaueren Blick auf die Auswirkungen der sogenannten Flüchtlingskrise zu legen.

Dies wird anhand des Vergleichs von Autnes Supply Manifesto Daten der Nationalratswahlen von 2013 und 2017 geschehen. Die folgende Forschungsfrage soll mittels einer quantitativen Datenanalyse beantwortet werden; *Wie hat sich die Einstellung von Parteien in Bezug auf Migration von 2013 bis 2017 verändert?*

Die Jahre 2013 und 2017 wurden gewählt, da so die Einstellung vor und nach dem Flüchtlingsstrom verglichen werden kann. Im Folgenden sollen erst die nötige Theorie und Hintergrundinformationen betrachtet werden. Daraus werden dann die Hypothesen abgeleitet. Anschließend werden der verwendete Datensatz und die gewählte Methode genauer beschrieben, dann eine Tabelle und mehrere Grafiken analysiert und interpretiert und am Ende folgt als Fazit eine Einordnung der Ergebnisse.

2. Theorie

2.1 Migration in Österreich

Da sich die gewählte Forschungsfrage auf Migration bezieht, soll zunächst Migration in Österreich genauer betrachtet werden und welche Rolle diese in Österreich in der Vergangenheit gespielt hat. Im Allgemeinen kann erwähnt werden, dass in Österreich circa 2,1 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben. Hierbei werden Personen der 1. Generation (Menschen, die im Ausland geboren und nach Österreich eingewandert sind) und die der 2. Generation (Personen von Eltern ausländischer Herkunft, die bereits in Österreich geboren sind) dazugezählt (vgl. Statistisches Jahrbuch 2021, S. 24). Von den circa 2,1 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund sind ca. 40 % aus den EU- und EFTA Staaten, welche als europäische Freihandelsassoziation Island, Norwegen, Liechtenstein und Schweiz umfasst. 60 % stammen aus Drittstaaten (vgl. Statistisches Jahrbuch 2021, S. 28).

Österreich blickt in seiner Geschichte auf unterschiedliche Phasen der Aus- und Zuwanderung zurück. Durch seine geographische Lage hat es phasenweise als Transitland, aber auch als bedeutende Destination – gerade in der Zuwanderung – eine wichtige Rolle gespielt. Während des zweiten Weltkrieges war Österreich aufgrund der Verfolgung von vor allem Anhänger*innen des Judentums und politisch Andersdenkenden durch eine Welle der Auswanderung geprägt. Auch nach dem zweiten Weltkrieg hat aufgrund der verheerenden Folgen des Krieges und des Nationalsozialismus die Welle der Auswanderung angehalten. Erst in den sechziger Jahren, durch steigendes Wirtschaftswachstum und erhöhter Arbeitskraftnachfrage, sind vor allem Gastarbeiter*innen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien (durch abgeschlossene Anwerbeabkommen zwischen den Ländern) nach Österreich gekommen. Mit Phasen der wirtschaftlichen Stagnation in den 1970er und 1980er Jahren kam es wiederum zu leichten Rückgängen hinsichtlich des Anwerbens von Gastarbeiter*innen und zu einem Verlängerungsstopp der Beschäftigungsverhältnisse. Während diese Phasen einerseits für Abwanderung sorgten, haben sie andererseits zum Verbleib vieler bereits ansässiger Gastarbeiter*innen gesorgt, welche daraufhin ihre Familien nachgeholt haben. Nach gemäßigten Zuwanderungsjahren haben schließlich in den 1990er Jahren der Beginn der Balkankriege und der Fall des Eisernen Vorhangs für einen verstärkten Zuwanderungsstrom gesorgt. Mit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 und der damit einhergehenden Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit war in den

daraufliegenden Jahren Migration in Österreich durch die Zuwanderung aus anderen EU-Staaten gekennzeichnet. Durch unterschiedliche Regierungszusammensetzungen ab den 1990er Jahren, wurde der Weg einer eher restriktiveren Migrationspolitik eingeschlagen, wobei es dennoch immer wieder zu Steigerungen in der Zuwanderung kam (vgl. Fassmann 2015).

2.2 Parteien in Österreich

Die relevanten Parteien in den Nationalratswahlen der Jahre 2013 und 2017 sind durch unterschiedliche politische Richtungen, Ideale und Ideologien gekennzeichnet. Die ÖVP als österreichische Volkspartei und eine der traditionellen Großparteien vertritt ein christlich-humanistisches Menschenbild und ist als Partei Mitte-Rechts dem bürgerlich-konservativen Spektrum zuzuordnen. Sie steht der Wirtschaft, den Bauern und der Kirche nahe. Die SPÖ als sozialdemokratische und zweitgrößte Partei Österreichs setzt in ihrem gesellschaftlichen Bild auf Werte wie Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität und ist in ihrem Verständnis als Partei der Arbeiter*innen dem linken Spektrum zuzuordnen. Die FPÖ als freiheitliche Partei Österreichs wird dem rechtsliberalen, rechtsextremen Sektor zugeordnet und setzt in ihren Leitlinien auf die Themen Heimat, Identität, Sicherheit und Wohlergehen für Österreich. Die GRÜNEN als linksgerichtete Partei plädieren in ihren Forderungen vor allem für eine solidarisch lebende Gesellschaft im Einklang mit einer intakten, geschützten Umwelt. Die NEOS werden als Partei der klassischen Mitte eingestuft. In wirtschaftlichen Themen wird ein liberaler, ÖVP ähnlicher Zugang gewählt, in bildungspolitischen Themen stehen Chancengleichheit und Leistung im Vordergrund (vgl. NEWS 2022).

2.3 Das Jahr 2015

Nun soll ein Augenmerk auf das Jahr 2015 gelegt werden, denn dieses spielt in diesem Bericht eine zentrale Rolle. Das Jahr 2015 verzeichnet den bisherigen Höhepunkt von Zuwanderung. Ausgelöst durch teils Jahrzehnte lang andauernde Konflikte und Kriege, wie dem Syrienkrieg, Konflikte in Afghanistan und aus Gründen der Verfolgung und Unterdrückung haben sich im Jahr 2015 über 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht befunden. Diese Zahl wurde davor noch nie überschritten. Von diesen 60 Millionen haben ungefähr 1 Millionen Menschen auf unterschiedlichen Wegen Europa erreicht. Aber nicht nur Menschen aus dem globalen Süden haben ihre Heimat verlassen, sondern auch welche aus europäischen Ländern wie der

Ukraine (vgl. UNHCR 2016). Durch die sogenannte Flüchtlingskrise stieg die absolute Zuwanderungszahl in Österreich im Jahr 2015 auf über 200.000 Personen, wovon 88.340 Migrant*innen Asylanträge gestellt haben (vgl. Asylstatistik 2020, Statistisches Jahrbuch 2021). Österreich wurde vielfach nicht als klassische Zieldestination der flüchtenden Personen genannt, jedoch hat es auch nicht rein als Transitland fungiert. Viele Flüchtlinge haben um Aufenthalt angesucht. Zu Beginn der sogenannten Flüchtlingskrise wurde auf das europäische Asylrecht und die darin enthaltenden Abkommen bedacht, jedoch haben sich früh Unklarheiten, Unzulänglichkeiten und Missverständnisse zwischen den EU-Staaten, aber auch innerhalb der jeweiligen Staaten, herauskristallisiert (vgl. Engler 2019). Von solchen Missverhältnissen haben gerade oppositionelle Parteien, vor allem rechte Parteien wie die FPÖ, stark profitiert, wie sich in Umfragen und schlussendlich auch in späteren Wahlergebnissen gezeigt hat (vgl. Zandonella & Perlot 2017). Darüber hinaus wurden die Geschehnisse im Jahr 2015 von Anfang an auch intensiv von den Medien begleitet und die Berichterstattung war allgegenwärtig. Während vorerst noch eine humane, unterstützende Haltung überwogen hat, hat sich diese Haltung schrittweise in eine restriktive und stringente verändert. Eine große Rolle, wie und warum eine Änderung in der Haltung und Einstellung gegenüber der Zuwanderung festzustellen war, nimmt das Zusammenspiel zwischen den Parteien, der Bevölkerung und letztlich auch den Medien ein (vgl. Maurer et al. 2020, S. 16–20).

2.4 Definition Wahlprogramm

Da die Daten, die zur Beantwortung der Forschungsfrage gewählt wurden, auf Wahlprogrammen basieren, sollen diese nun definiert werden und zudem sollen kurz die verschiedenen Funktionen erläutert werden. Ein Wahlprogramm soll die schriftliche Fassung der Vorhaben von politischen Akteur*innen oder Institutionen darstellen (vgl. Reichart-Dreyer 2000, S. 29). Meist beziehen sich die Inhalte auf gegenwärtige Fragestellungen und man gibt eine Handlungsorientierung vor, zudem bezieht sich das Wahlprogramm auf eine Legislaturperiode und ist somit zeitlich begrenzt (vgl. Klingemann 1989, S. 99). Kritische Stimmen behaupten, dass Wahlprogramme nach der Wahl ihre Gültigkeit verlieren, jedoch haben Forschungen der sozialwissenschaftlichen Disziplinen das Gegenteil darstellen können. Besonders können Wahlprogramme und Regierungshandlungen bezüglich der Gesetzgebung im Parlament im Zusammenhang gesehen werden (vgl. Sarcinelli 2003, S. 688). Wird der Umfang von Wahlprogrammen betrachtet, so kann festgestellt werden, dass dieser sich sehr gewandelt hat. In den

1940er und 1950er Jahren bestand ein Wahlprogramm noch aus rund 1.500 Wörtern. In den 2000er Jahren hat sich der von Umfang der Wahlprogramme sehr stark ausgeweitet, so besteht nun ein durchschnittliches österreichisches Wahlprogramm aus circa 10.000 Wörtern. Dennoch unterscheidet sich die Länge der Wahlprogramme der Parteien sehr stark voneinander (vgl. Kleinen-von Königslöw et al. 2014, S. 42). Ein Wahlprogramm hat einige wichtige Funktionen. Zum einen die Werbefunktion, welche die Aufgabe hat, die Wahlentscheidungen zu beeinflussen und neue Parteimitglieder anzuwerben. Die Profilfunktion soll die Abgrenzung zu Konkurrenzpartei erfüllen. Die Agitationsfunktion hat die Aufgabe, sich auf Auseinandersetzungen vorzubereiten, die aufgrund der Konkurrenzsituation entstehen können. Darüber hinaus ist Gegenstand der Integrationsfunktion, dass das Programm durch Grundsätze geprägt sein soll, mit dem sich alle Mitglieder identifizieren können (vgl. Kaack 1971, S. 402f).

2.5 Definition Framing

Um fernere Begrifflichkeiten in dem theoretischen Teil zu verdeutlichen, wird der Begriff Framing kurz definiert. Der Begriff Framing lässt sich in das Wort „einrahmen“ übersetzen und besagt, wie eine Botschaft formuliert und in welchem Zusammenhang sie genannt wird. Es ist ein entscheidendes Kriterium, wie der Inhalt der Botschaft von Empfänger*innen wahrgenommen werden kann (vgl. Wehling 2016, S. 20–30). Framing und das Nutzen von Framing stellen keine neue Strategie dar, vor allem wenn es um das Thema Migration geht. Bereits mit 9/11 wurde das Thema Migration sehr häufig mit dem Thema Sicherheit und Grenzschutz in Verbindung gebracht, während gerade rechte und populistische Parteien das Thema Migration auch immer wieder in Wahlprogrammen aufgreifen und Zuwanderung häufig in einem negativen Rahmen darstellen (vgl. Krotký 2019, S. 183). Besonders im Jahr 2015 wurde Migration in unterschiedlichen Rahmen dargestellt und dadurch unterschiedlich aufgefasst und wahrgenommen. Flüchtlingskrise, Flüchtlingswelle und illegale Migration sind Beispiele für negative Frames, die im Allgemeinen immer wieder von Medien und Politiker*innen genutzt worden sind (vgl. Wehling 2016). Gerade nach und vor 2015 ist jedoch zu erkennen, dass Politiker*innen und vor allem Parteien in ihren Wahlprogrammen das Thema Migration zum Teil noch anders erfasst und in einem anderen Rahmen formuliert haben (vgl. Krotký 2019, S. 184–185).

2.6 Migration in Wahlprogrammen

Angesichts der von uns aufgestellten Forschungsfrage sind bereits vorangegangene Untersuchungen ausschlaggebend, um einen Einblick in Migration als politisches Thema im Wahlkampf zu erhalten. Wie und vor allem warum Parteien in ihren Wahlprogrammen das Thema Migration behandeln, zeigt teils oft verschiedene Gründe auf. Mit dem Fokus auf das Jahr 2015 hat das Thema Migration auf der politischen Agenda in den darauffolgenden Debatten und Wahlen bei den meisten Parteien klar an Relevanz gewonnen (vgl. Hofinger et al. 2017).

Deutschland hat, so wie auch Österreich, mit 2015 den bisher höchsten Anstieg an Zuwanderung und Asylanträgen verzeichnet (vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat 2016). Um die politische Debatte um Migration in Deutschland besser ersichtlich zu machen, haben Mathias Kortmann und Christian Stecker in ihrer Arbeit „Party competition and immigration and integration policies: a comparative analysis“ einen Rückblick von den 1990er Jahren bis 2016 geworfen, um einen umfassenderen Überblick über Motive und Gründe zu geben, was Parteien dazu bewegt, sich mit Migration und Integration auseinanderzusetzen. In ihren Analysen haben Kortmann und Stecker herausgefunden, dass Parteien, welche stärker innerparteilichen Konflikten ausgesetzt sind, sich weniger mit den Themen Migration und Integration auseinandersetzen (vgl. Kortmann & Stecker 2019, S. 76). Weiters wurde festgestellt, dass Parteien in der Regierung Migration und Integration weniger oft in ihren Wahlprogrammen erwähnen als Parteien, die sich vor den Wahlen in der Opposition befunden haben (vgl. Kortmann & Stecker 2019, S. 84). Grundsätzlich kann gesagt werden, dass die Themen Migration und Integration mit der sogenannten Flüchtlingskrise wesentlich öfter in den Wahlprogrammen erwähnt wurden. Zudem wurde analysiert, dass, sobald Aspekte von Migration und Integration in der Bevölkerung mehr Aufmerksamkeit bekommen, sich die Parteien auch mehr darauf konzentrieren (vgl. Kortmann & Stecker 2019, S. 73).

Auch in Österreich ist der Einfluss der sogenannten Flüchtlingskrise im Hinblick auf die Wahlprogramme klar zu vermerken. Moritz Hemetsberger hat sich in seiner Masterarbeit mit dem Titel „Die österreichische Innenpolitik im Lichte der Flüchtlingswelle - Der Einfluss der Massenimmigration auf die Politik in Österreich am Beispiel der Nationalratswahl 2017“ mit folgender Forschungsfrage auseinandergesetzt; „Welche Auswirkung hat die sogenannte Flüchtlingswelle und welche Folgen hat sie auf die Österreichische Innenpolitik und Wahlergebnis

2017“ (Hemetsberger 2020, S. 9). Um diese Frage zu beantworten, bezieht er sich auf die Ergebnisse und Regierungsbildung der Nationalratswahl im Jahr 2013 als auch auf die Nationalratswahl 2017, mit dem Augenmerk auf die sogenannte Flüchtlingskrise (vgl. Hemetsberger 2020, S. 13f). Im Wahljahr 2017 ist zu erkennen, dass allen voran bei der ÖVP Migration eine verstärkte Rolle spielt. Von 71 Themenpunkten beziehen sich elf auf Migration (vgl. Hemetsberger 2020, S. 23). Im Wahlprogramm der FPÖ wird Migration oftmals nur implizit erwähnt und von insgesamt 25 Themengebieten beziehen sich nur drei auf Migration, - und dies, obwohl die FPÖ sich zuvor sehr stark gegen Migration positioniert hatte (vgl. Hemetsberger 2020, S. 23–26). Beide Parteien beziehen oft ähnliche Positionen bezüglich Migration, da sie einen strikten und restriktiven Umgang mit der Zuwanderung und Einwanderung von Migrant*innen aufweisen (vgl. Hemetsberger 2020, S. 33f). Auch das Wahlprogramm der SPÖ wird betrachtet. Hier wird deutlich, dass diese das Thema Migration nicht so stark in den Vordergrund rückt. Insgesamt behandelt die SPÖ 45 verschiedene Themen, wobei lediglich eines sich mit Migration beschäftigt (vgl. Hemetsberger 2020, S. 38). Letztendlich trifft Hemetsberger folgende Schlussfolgerung: Die Themen, die mit der „Flüchtlingswelle“ in Verbindung stehen, haben nach Hemetsberger sehr wohl Einfluss auf die Nationalratswahlen genommen. Besonders groß war dieser Einfluss bei ÖVP und FPÖ. Denn hier änderte sich die Argumentation und vieles wurde auf das Thema Migration zugeschnitten. Bei jenen Parteien, die Migration nicht kritisch gegenüberstehen, waren nur kleine Veränderungen erkennbar (vgl. Hemetsberger 2020, S. 90).

Der Einfluss von Themen rund um Migration auf die Agenden der Parteien lässt sich auch mit dem Hintergrund der Salienztheorie erläutern. Salienz bedeutet so viel wie Betonung und Hervorhebung und meint im politischen Sinne das Hervorheben von Partei-Themen, welche im Wahlkampf vor allem in der Bevölkerung und bei den Wähler*innen von hoher Relevanz sind (vgl. Müller 2009, S. 7). Parteien haben eine unterschiedlich große Anzahl an politischen Themen und entscheiden je nach Verbindung mit der parteilichen ideologischen Ausrichtung, der Dominanz und Erfolgsversprechung eines Themas, ob ein Thema im Wahlkampf aufgegriffen wird (vgl. Müller 2009, S. 8).

Während beide, Österreich und Deutschland, 2015 zentrale Rollen rund um die Flüchtlingsthematik innehatten, gibt es auch Länder, die zwar keine Schlüsselrolle hatten, aber in welchen dennoch eine Veränderung in der Migrationsdebatte zu erkennen war. Mit diesem Hintergrund wurde in Tschechien anhand der Europawahlen untersucht, ob sich Einstellungen

von Parteien gegenüber Migration verändert haben. Hierbei zieht der Autor Jan Krotký in seiner Arbeit „When Migration Unites Political Parties: The Securitisation of Migration in Czech Party Manifestos“ jeweils die Europawahlen in den Jahren 2014 und 2019 heran und untersucht, ob etwaige Unterschiede zum Thema Migration in den Wahlprogrammen der jeweiligen Parteien, vor und nach 2015, zu erkennen sind (vgl. Krotký 2019, S. 181). Der Autor geht hier speziell auf das zu erkennende Framing von Migration der Parteien ein, welches das sogenannte Sicherheitsframing darstellte. Wenn von Migration in Verbindung mit Sicherheit gesprochen wird, dann wird zum Beispiel illegale Migration, Bedrohung und Kriminalität durch Migrant*innen erwähnt. Tschechien war 2015 weder eine Destination noch ein klassisches Transitland, dennoch wurde das Thema Migration gerade durch die mediale Berichterstattung befeuert, allgegenwärtig und in den politischen Mittelpunkt gerückt. Die tschechische Berichterstattung war durchwegs negativ gekennzeichnet und Stimmungsumfragen haben ein dementsprechend schlechtes Bild der tschechischen Bevölkerung in Bezug auf Migrant*innen abgegeben. Parteien haben dies nach Krotký als Chance erkannt, das Sicherheitsframing als Strategie zu nutzen, um Akzeptanz und Stimmen zu gewinnen (vgl. Krotký 2019, S. 184–185). Die zu untersuchenden Indikatoren Krotkýs waren Aussagen der Parteien zu Migration in den Wahlprogrammen der Jahre 2014 und 2019. Hierbei hat sich ergeben, dass wie von Krotký angedacht, das Sicherheitsframing von Migration als Strategie von fast allen Parteien genutzt wurde und nicht wider Erwarten nur von rechts-populistischen Parteien und gerade im Jahr 2019 einem humanitären Framing von Migration über dominiert (vgl. Krotký 2019, S. 194–195).

2.7 Framing im Zusammenhang mit der Nationalratswahl 2017

In Hinblick auf Österreich ist gerade bei der Nationalratswahl 2017 zu erkennen, dass grundsätzlich dem Thema Migration eine weitaus größere Bedeutung zugemessen wurde als in den Wahlen zuvor. Dies ist mit dem Jahr 2015 und der damit verbundenen sogenannten Flüchtlingskrise zu erklären. Meinungsumfragen zeigen ein unzufriedenes Bild der Bevölkerung hinsichtlich der Parteien mit dem Krisen- und Organisationsmanagement in der Flüchtlingsthematik. Erste Anzeichen von dieser Unzufriedenheit waren bereits beim schlechten Abschneiden der Präsidentschaftskandidaten der koalierenden Regierungsparteien der SPÖ und ÖVP im Jahr 2016 zu erkennen. Dadurch haben die beiden Regierungsparteien die Rhetorik in der Migrationsthematik dementsprechend verhärtet und verschärft (vgl. Hofinger et al. 2017, S.

189–190). Wirft man einen Blick auf die generelle Einstellung der österreichischen Bevölkerung gegenüber den Themen Flüchtlingen, Migration und Integration, so ist eine auffällig ambivalente und widersprüchliche Einstellung zu erkennen. Während zwar mehr als die Hälfte positiv eingestellt ist, ist beinahe bei einem Viertel keine klare Haltung festzumachen, einerseits werden von diesem Viertel Hilfe und Unterstützung als wichtig anerkannt, jedoch wird auch Abschiebung und Abschottung zugestimmt. Gerade Menschen, die ambivalente Einstellungsmuster aufweisen, sind aus politisch-strategischer Sicht besonders wichtig. Ihnen wird nachgesagt, ein Thema jeweils aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten und je nachdem, in welchem Kontext das Thema genannt wird - also wie es geframt wird - ihre Haltung dementsprechend anzupassen (vgl. Hofinger et al. 2017, S. 190–191). Infolgedessen lässt sich abermals ein Blick auf die angetretenen Parteien bei der Nationalratswahl 2017 werfen. Während die SPÖ bemüht war, einerseits eine klare Abgrenzung zur FPÖ zu forcieren, wurde dennoch in manchen Migrationsthematiken eine härtere Linie vertreten. Die ÖVP hat sich unter Sebastian Kurz in ihren Standpunkten und dem Framing stark an den Positionen der FPÖ orientiert und dadurch rechtliche und radikalere Positionen in der Migrationsthematik als salonfähig etabliert. Die GRÜNEN haben wiederum das Thema Migration beinahe völlig umgangen und haben dadurch kein bestimmtes Framing vertreten (vgl. Hofinger et al. 2017, S. 189–190). Durch die Positionierung der ÖVP hat es nach einer Analyse von APA de facto, dazu geführt, dass in allen TV-Duellen und Elefantenrunden am häufigsten über Migration und Asyl debattiert wurde (vgl. APA 2017). Dies hat bei einer Wahltagsbefragung dazu geführt, dass mehr als die Hälfte der befragten Wähler*innen von 11 angeführten Themen am meisten über Asyl und Integration gesprochen haben (vgl. Zandonella & Perlot 2017).

3. Hypothese

Zu unserer Forschungsfrage haben sich für uns zwei grundlegende Hypothesen ergeben. Aufgrund des Jahres 2015, das stark von Migration und Zuwanderung geprägt war, und aufgrund darauf basierender Arbeiten (wie diese von Kortmann und Stecker und deren Erkenntnis, dass durch den Zuwanderungsanstieg und die sogenannte Flüchtlingswelle deutsche Parteien Migration und Integration in ihren Wahlprogrammen öfter erwähnt haben) gelangen wir zu unserer ersten Hypothese (vgl. Kortmann & Stecker 2019, S. 73).

Die Aussagen der Parteien in Österreich zum Thema Migration haben zwischen den Jahren 2013 und 2017 zugenommen.

Die Arbeiten von Krotký, der eine leichte Zunahme eines negativen Framings zum Thema Migration von Parteien festgestellt hat, und Hemetsberger, der besonders bei ÖVP und FPÖ negative Einstellungen zum Thema Migration entdeckt hat, zeigen die Entwicklung negativer Einstellungen zum Thema Migration (vgl. Hemetsberger 2020, S. 33f; vgl. Krotký 2019, S. 194). Da Migrations- und Integrationspolitik in einem starken Zusammenhang stehen und sich gegenseitig beeinflussen, ist es anzunehmen, dass Migration und Integration nach der verstärkten Migrationsbewegung in 2015 negativer in Wahlprogrammen behandelt werden. Dies hat die Gruppe auf die zweite Hypothese gebracht.

Die negativen Aussagen von Parteien zum Thema Migration und Integration haben zwischen den Jahren 2013 und 2017 in Österreich zugenommen.

4. Beschreibung des Datensatzes

Da der verwendete Datensatz einige Eigenheiten hat, soll dieser im Folgenden etwas genauer beschrieben werden, um ein besseres Verständnis zu erlangen. Für den Forschungsbericht wurde der Datensatz „AUTNES Content Analysis of Party Manifestos 2002-2017“ von der Austrian National Election Study, auf Deutsch „Die Österreichische Nationale Wahlstudie“ herangezogen. Die Studie analysiert die Inhalte von Wahlprogrammen von österreichischen Parteien im Zeitraum von 2002 und 2017 und ist als eine kumulative Datei erhältlich. Sie enthält Coding-Anleitung für Wahlprogramme, eine Variablenliste und den Datensatz in drei Formaten, nämlich in „.csv“, „.tab“ und „.zsav“ (vgl. Müller et. al. 2020, S. 4).

Der Datensatz lehnt sich an Chomskys Idee von dem „Phasenstrukturmodell“ an, laut dem ein grammatikalischer Satz aus mindestens einem „Kernelsatz“ besteht (vgl. Müller et al. 2020, S. 2). Ein Kernelsatz ist der kürzest mögliche Satz, der aus einer Nominal- und Verbalphrase besteht. Eine Nominalphrase besteht aus einem Nomen, Pronomen und zusätzlichen Artikeln, oder Adjektiven und relativen Klausen, wobei eine Verbalphrase aus einem Verb, Hilfswörtern und einer Nominalphrase besteht (vgl. Chomsky 1965, S. 17f).

4.1 Die Variablen

Der Großteil der 31 Variablen sind numerischer Natur, die einzigen String-Variablen sind die Variablen Satz, Statement und Titel. Die numerischen Variablen bestehen aus Variablen wie ID, Name der Partei, Titel des Wahlprogramms, Jahr der Veröffentlichung des Wahlprogramms, Name der Person/Partei, die die Aussage tätigt, Name der Person/Partei, über die geschrieben wird, Attribute des Subjekts/Objekts, Prädikat, welche die Position von einem Subjekt zu einem Objekt oder zu einem Thema beschreibt, Issue, Bezugnahme zur EU, Anzahl der Rechtfertigungen zu zahlreichen Themen, Bezugnahme zum Verhalten aus der Vergangenheit oder Erfolge und Versprechen. Um aus der großen Menge von Sätzen in Wahlprogrammen sinnvolle Aussagen herauszufiltern, wird pro Verbalphrase eine Aussage generiert. Diesen Prozess nennt man „Autnes Unitizing Process“ und dafür werden Sätze erst in Kernsätze reduziert, die dann in Statements umgewandelt werden (vgl. Müller et al. 2020, S. 2f).

Es gibt drei sogenannte Arten von „Statements“: Actor-Issue-Statement, „Actor-Actor-Issue Statement“ und „Reality Statement“. Ein Actor-Issue Statement besteht aus der Partei/Person, welche die Aussage macht und dem Thema der Aussage, wobei es beim „Actor-Actor-Issue Statement“ zusammen mit dem Thema zwei Akteur*innen gibt, nämlich die Partei, die die Aussage tätigt und das Zielsubjekt, welches kritisiert oder gelobt wird. Bei einem „Reality Statement“ handelt es sich um objektive und allgemeine Aussagen über eine Tatsache. Es gibt zwei Variablen, die die Akteur*innen beschreiben, nämlich die Partei oder die Organisation oder, falls vorhanden, der Name der individuellen Person. Es gibt dabei „Subjekte“ und „Objekte“. Ein „Subjekt“ wären die Akteur*innen, die die Aussage tätigen, ein Objekt wäre die Partei oder die Person, über die die Aussage getätigt wird (vgl. Müller et al. 2020, S. 26f).

Zentral für die Auswertung der Datensätze sind vor allem die Issues, die man, einfach ausgedrückt, als „Themen“ oder „Probleme“ verstehen könnte. Es gibt insgesamt 700 Issues und 3 Ebenen der Kategorisierung derer. Das Level 1 ist die Oberkategorie (z.B.: 10000 economy), Level 2 ist eine Kategorie tiefer (z.B. 10100 economy general) und Level 3 beschreibt das konkrete Thema, zum Beispiel „10102 economic growth“. Die Nummerierung zieht sich über alle Issues nach diesem Schema hindurch, wobei die tatsächliche Codierung nur im dritten Level stattfindet (vgl. Müller et al. 2020, S. 22f). Obgleich es verschiedene Oberkategorien wie Wirtschaft, Wohlfahrtsstaat, Budget und weitere gibt, begrenzt sich unser Themenbereich auf „Migration“. Hier gibt es weiterhin Unterkategorien wie „Einwanderung generell“, „Islam“,

„Integration“, „Zuwanderung und Kriminalität“ und weitere (vgl. Müller et al. 2020, S. 6f). Um zu veranschaulichen, welche Position die Partei zu einem Thema beziehungsweise einem Issue die Partei einnimmt, werden die Positionen mit der Variable „Predicate“ mit numerischen Werten bewertet (vgl. Müller et al. 2020, S. 26).

4.2 Codierung

Die Wahlprogramme, die im Papierformat oder als PDF vorhanden waren, wurden in einer Microsoft Word Datei erfasst beziehungsweise konvertiert und anschließend in eine Microsoft Excel Datei übertragen, wobei zunächst je grammatikalischer Satz, dann je Statement eine Zeile in Anspruch genommen wurde. Die tatsächliche Codierung fand mit Programmen und Funktionen via Microsoft Excel und Microsoft Basic for Applications statt (vgl. Müller et al. 2020, S. 21).

Die Beauftragten mussten die Akteur*innen eingeben und die Issues nach einem Schema zuzuordnen. Um herauszufinden, welchem Thema im Level 3 welches Statement zuzuordnen war, konnten die Programmierer*innen entweder die Volltextsuche, die eine Issue vorschlägt, in Anspruch nehmen oder die Liste von potenziellen Issue-Kategorien durchgehen und das passende Thema auswählen. Wenn die Beauftragten der Meinung waren, dass kein Thema dem Statement zuzuordnen ist, konnten neue Issue-Kategorien vorgeschlagen werden, was allerdings selten vorkam und zunächst von den Forscher*innen genehmigt werden musste. Anschließend wurden Issues mit der Variable Prädikat bewertet, je nachdem, ob sie zustimmend, neutral, ablehnend oder objektiv waren. Ähnlich ging man bei allen anderen Variablen vor (vgl. Müller et al. 2020, S. 21f).

5. Methode

Die Wahlprogramme spielen eine zentrale Rolle in diesem Forschungsbericht, anhand dieser werden im Datensatz Aussagen der Parteien zum Thema Migration in ihrer Häufigkeit, sowie die Positionen zu den unterschiedlichen Migrationsthemen untersucht. Die unabhängige Variable stellt die Migration dar, welche die abhängige Variable, die Wahlprogramme der Parteien, beeinflusst. Zur allgemeinen Aufschlüsselung des Datensatzes mit R Studio hat die

Gruppe E die für sie relevanten Parteien herausgefiltert, welche bei beiden Nationalratswahlen in den Jahren 2013 und 2017 angetreten und zumindest einmal in den Nationalrat eingezogen sind. Diese Parteien sind in diesem Kontext die FPÖ, die GRÜNEN, NEOS, ÖVP und die SPÖ. Um einen ersten Überblick zu erhalten, fiel die Entscheidung auf eine Tabelle und ein Balkendiagramm, um die relative Häufigkeit von Aussagen der Parteien gegenüber Migration darzustellen. Bevor die Gruppe Tabellen und Grafiken erstellen konnte, musste der durchaus sehr umfassende Datensatz aufbereitet werden. Zunächst wurden leere Felder beziehungsweise solche mit „NA“ oder 99999 herausgefiltert, anschließend nach Partei, Jahr und Issue gruppiert. Mit $n()$ wurde die Häufigkeit der Erwähnungen pro Issue gezählt und diese dann anschließend durch die Summe aller Issues dividiert und so die relative Häufigkeit pro Issue errechnet. Um die grafische Darstellung zu ermöglichen, wurden die Issue Variablen dann mit „Pivot“ in die Breite gezogen und als einzelne Spalten samt ihrer Häufigkeit angezeigt. Zuletzt wurden die Issues auf den Themenbereich Migration eingeschränkt und die numerischen Werte der Parteien mit der Parteiabkürzung ersetzt, um eine bessere Darstellung zu ermöglichen. Zunächst hat die Gruppe je Unterkategorie, also auf Level 2 Ebene, wie zum Beispiel Asyl, Islam, Wohlfahrtsstaat und Migration, ein Punktediagramm erstellt und hierfür die Variable „v08_issue_predicate“ herangezogen, um den Durchschnittswert der Einstellung der Parteien je Unterkategorie in den Jahren 2013 und 2017 darzustellen. Die Werte befanden sich im Intervall -1 und 1 und repräsentieren dementsprechend eine negative oder positive Einstellung zum ausgewählten Thema. Allerdings ist der Gruppe bei der Evaluierung der Daten aufgefallen, dass der Datensatz die Zuordnung der Werte nicht einheitlich gestaltet. Anfangs haben wir angenommen, dass Statements, in denen die Begriffe „für“ oder „gegen“ vorkommen, automatisch positiv oder negativ codiert wurden. In einigen Fällen traf die Annahme zu, aber nicht immer, weshalb die Gruppe dann angenommen hat, dass die Begriffe „für“ oder „gegen“ in Relation zu den Level 2 oder 3 Issues stehen. Diese Annahme stellte sich bei der Überprüfung auf einige Statements ebenfalls als falsch heraus, weshalb wir für ein Ergebnis die Statements eigenständig codieren mussten. Als Beispiel können wir das Statement „SPÖ gegen Diskriminierung Zuwanderer“ nehmen, welches im Datensatz mit -1 bewertet wurde, eine Aussage, die im Kontext von Zuwanderung eigentlich positiv wahrgenommen wird. In einigen Fällen stimmt aber die Annahme, dass die Statements in Bezug zur Issue-Kategorie stehen, wenn zum Beispiel die NEOS für Bewegungsfreiheit sind, sind sie gegen Supervision der Zugewanderten, deshalb passt -1 in diesem Kontext.

Hierfür wurden die Statements zusammen mit den Variablen Partei, Jahr und Issue Kategorie im R Studio in einen eigenen Datensatz exportiert. Bei der Entscheidung, wie einzelne Statements zu bewerten waren, hat sich die Gruppe E an die in der *“Positions and saliency of immigration in party manifestos: A novel dataset using crowd coding”* beschriebene Vorgangsweise aus dem Jahr 2018 von Lehmann und Zobel gehalten. Laut dieser Studie bietet die Unterscheidung zwischen *“Immigration”* und *“Integration”* einen besseren Einblick in die tatsächliche Einstellung zu migrationsbezogenen Themen, da es laut einer anderen Studie (vgl. Hinnefors et al. 2012, S. 588) vorkommt, dass eine Partei, so etwa aus ökonomischen Gründen, die Zuwanderung befürwortet, sich aber entschieden gegen die Einbürgerung der innerhalb der Staatsgrenzen lebenden Migrant*innen einsetzt, oder umgekehrt. Fasst man diese beiden Themen in einem zusammen, kann sich ein falsches Bild ergeben und die Position als eine Einstellung der *“politische Mitte”* interpretiert werden (vgl. Lehmann & Zobel 2018, S. 3). Trotzdem zieht die Gruppe E Statements zu den beiden Themen heran, denn auch wenn es sich um unterschiedliche Prozesse handelt, sind diese nicht voneinander zu trennen, weil Entscheidungen zur Integration auch zukünftige Migrant*innen betreffen und die Auswahl des Ziellandes beeinflussen können (vgl. Hoesch 2018, S. 14). Auch wenn Lehmann und Zobel den Begriff Immigration und Integration verwendet haben, hat sich die Gruppe E für Migration und Integration entschlossen. Denn zum einen fiel bei der Recherche auf, dass der Begriff im deutschsprachigen Raum populärer ist. Zum anderen, weil Immigration ein Begriff ist, der permanenten Ortswechsel beschreibt und Migration ein Begriff, der ein Vorwärts- und Rückwärts-Bewegen beinhaltet und nicht einen einmaligen Ortswechsel (vgl. Horevitz 2009, S. 748). Dies erschien der Gruppe als passend, da Österreich auch als Transitland fungiert hat. Viele der flüchtenden Personen insbesondere im Jahr 2015 sind, soweit es ihnen aufgrund eingeführter Grenzkontrollen möglich war, beispielsweise nach Deutschland weitergereist. (vgl. Bartlau 2015). Somit haben geflüchtete Personen möglicherweise nicht einen einmaligen Ortswechsel vollzogen. Migration und Integration können, wie eine Medaille mit zwei Seiten betrachtet werden. Beide Begriffe umfassen zwei unterschiedliche Prozesse, sind aber trotzdem miteinander verbunden. Migration umfasst Regulierung von Grenzüberschritten, verschiedene Aufenthaltstitel oder Aufenthaltsverweigerung oder auch rechtliche Regelungen. Integration behandelt die Eingliederung von Migrant*innen in die verschiedenen Bereiche der

Gesellschaft, dazu gehört auch die Teilhabe am Arbeitsmarkt und Eingliederung in das Bildungssystem (vgl. Hoesch 2018, S. 13f). Somit ist Integration für die Gruppe E auch von hoher Relevanz, weil es besonders interessant sein kann, wie sich die Haltung der Parteien bezüglich der Eingliederung und der Behandlung von geflüchteten Menschen zwischen den zwei Nationalratswahlen gestaltet hat.

Bei der Differenzierung der Issues (Level 3) hat sich die Gruppe an Abbildung 1 orientiert.

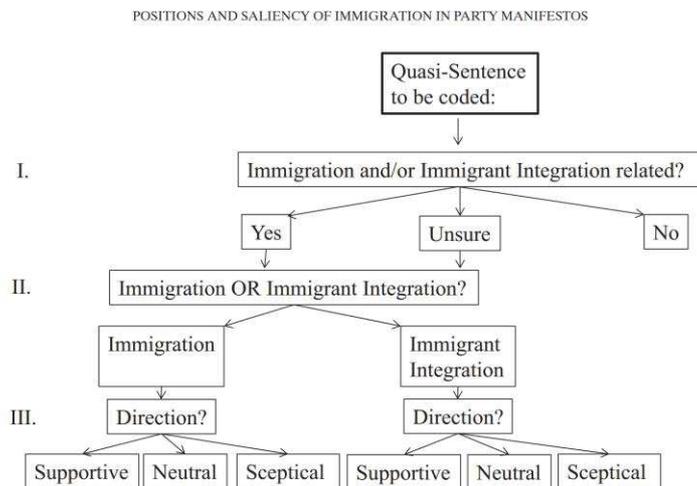


Abbildung 1: Hierarchische Codierung der Migration und Integration Positionen (Zobel & Lehmann, 2018)

Zur Unterscheidung zwischen Integration und Migration haben wir uns nicht an den Statements, sondern an der Titelbeschreibung der Issues wie “Asyl” oder “Integration (allgemein)” orientiert. Der nächste Schritt war zu entscheiden, ob die Positionen skeptisch, befürwortend oder neutral sind. Die vom ursprünglichen Datensatz stammenden, neutralen, also faktisch richtigen, nichtssagenden Statements haben wir nicht herangezogen und auch bei unserer Evaluierung eigenständig aussortiert. Für die Bewertung haben wir uns an die Richtlinien der Studie gehalten und versucht, ähnlich vorzugehen. So befürwortet laut Zobel und Lehmann ein Statement die Migration, wenn die positiven Aspekte erwähnt werden, und lehnt sie ab, wenn von strengeren Kontrollen oder “Wirtschaftsflüchtlingen” die Rede ist. Die meisten Statements waren nach der Differenzierung zwischen Migration und Integration leicht zu codieren und wurden von uns 4 Projektmitgliedern übernommen. Einzig die Statements, die den Spracherwerb betrafen, waren schwierig zu bewerten, da die Richtlinie Assimilationsversuche und die Einstellung, dass nur nach Spracherwerb keine Abschiebung stattfindet, negativ bewertet. Dementsprechend haben wir nur Sprache im Kontext von Bedingung für Leistungen und Niederlassung negativ codiert und Bemühen, die Sprachkenntnisse der Migrant*innen zu

fördern, als positiv, obwohl einige anti-rassistische Aktivist*innen höchstwahrscheinlich anderer Meinung wären. Weiteres wurden Statements, die Migration nur unter bestimmten Bedingungen, wie etwa das Mitbringen von Qualifikationen befürworten, mit 0,5 codiert.

6. Empirische Analyse

Um einen detaillierten Überblick über die ausführliche Beantwortung der Forschungsfrage zu geben, folgen in der empirischen Analyse die Forschungsergebnisse und die Interpretationen.

6.1 Vergleich der relativen Häufigkeiten

Zunächst sollen die relativen Häufigkeiten des übergeordneten Themas Migration in den Wahlprogrammen von 2013 und 2017 betrachtet werden. Es wird deutlich, dass der Anteil der Aussagen sowohl bei SPÖ als auch bei der ÖVP von 2013 zu 2017 zugenommen hat. Die SPÖ erwähnte Migration doppelt so oft und die ÖVP sprach sogar mehr als dreimal so häufig über dieses Thema. Wird die FPÖ betrachtet, dann wird sichtbar, dass diese den Anteil von Aspekten über Migration von 2013 zu 2017 um die Hälfte reduziert hat. Auch die GRÜNEN erwähnten Migration im Jahr 2017 weniger oft als bei der Nationalratswahl zuvor. Zuletzt konzentrierten sich die NEOS in dem Wahlprogramm von 2017 stärker auf die gewählten Aspekte, da Migration fast doppelt so oft erwähnt wurde.

Partei	2013	2017
SPÖ	0,015	0,039
ÖVP	0,025	0,086
FPÖ	0,179	0,079
GRÜNEN	0,048	0,034
NEOS	0,067	0,119

Abbildung 2: Relative Häufigkeit von Migration in den Wahlprogrammen / Quelle: AUTNES Content of Party Manifesto 2002-2017

Die anschließende Abbildung 2 zeigt die relativen Anteile der Aussagen über Migration detaillierter. Denn hierbei wird Migration auf einer Level 2 Ebene betrachtet. Somit wird Migration in verschiedene Themenbereiche eingeteilt und es kann ein besserer Eindruck über die Auswirkungen der Flüchtlingsbewegung im Jahr 2015 auf die Parteien gewonnen werden. Obwohl

die FPÖ im Vergleich zum Jahr 2013 Migrationsthemen seltener erwähnt hat, waren die Themenanteile ungefähr die gleichen; „Zuwanderung und Sozialsystem“ und das Thema „Geflüchtete/Asyl“ sind 2013 wie auch 2017 am relevantesten. Das Thema „Zuwanderung und Arbeitsmarkt“ verlor im Jahr 2017 an Bedeutung. Zudem fällt auch auf, dass Kriminalität in Bezug auf Zuwanderung alleinig von der FPÖ behandelt wurde. Die ÖVP hat sich im Vergleich zu 2013 besonders auf Islam bezogene Themen fokussiert. Die NEOS haben besonders dem Thema „Asyl/Geflüchtete“ sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt, wobei Bildung in Bezug auf Zuwanderung an Relevanz verloren hat. Die SPÖ zeigt ein ähnliches Bild wie die NEOS, dementsprechend werden Themen wie Asyl und Geflüchtete wichtiger. Die GRÜNEN widmen interessanterweise dem Thema „Asyl/Geflüchtete“ weniger Beachtung im Jahr 2017 als 2013. Zudem verliert auch Migration im Allgemeinen für diese Partei an Bedeutung. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Themenbereiche Migration und Integration in Abbildung 3 gelegt.

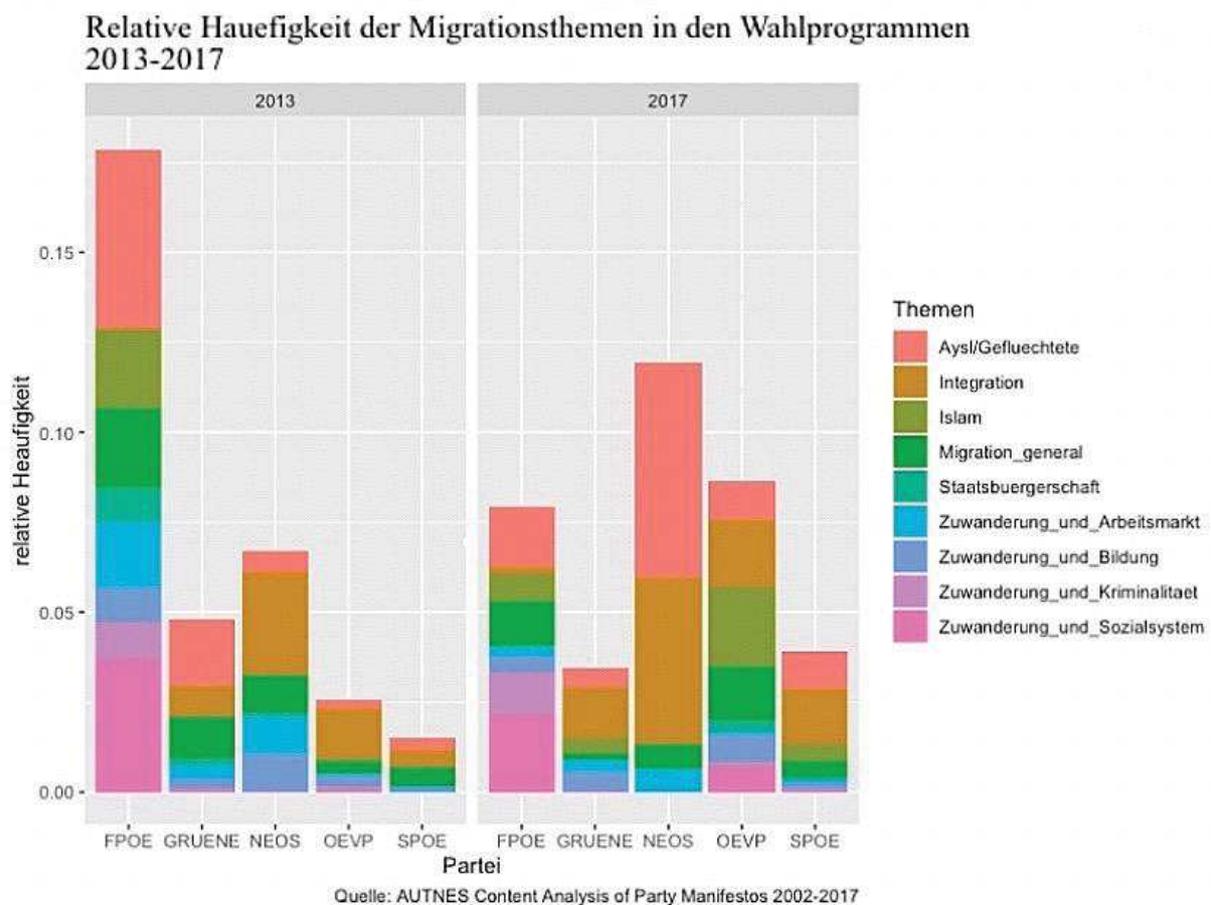


Abbildung 3: Relative Häufigkeit der Migrationsthemen in den Wahlprogrammen

Es zeigt sich somit ein gemischtes Bild und es scheint so, als wäre die Hypothese, dass die Aussagen über Migration und Integration von 2013 auf 2017 zugenommen haben, nur bedingt für die Parteien gültig. Besonders auffällig sind insbesondere die Ergebnisse der FPÖ. Denn besonders bei dieser Partei bestand die Erwartung, dass sie mehr über Migration spricht, besonders aufgrund der erhöhten Salienz, bedingt durch die Geschehnisse im Jahr 2015. Des Weiteren hätte man der FPÖ auch ein Issue Ownership in Bezug auf Migration zugesprochen. Das Konzept des Issue Ownerships besagt, dass, wenn eine Partei mit einem bestimmten Thema in der Öffentlichkeit assoziiert wird, diese dann ein Issue Ownership innehat. Um bei Wahlen erfolgreich zu sein, kann es von Vorteil sein, die Salienz des mit der Partei assoziierten Themas zu erhöhen. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass dann Parteien besonders gut abschneiden können, wenn sie mit einem Thema stark verbunden werden, welches im Allgemeinen während einer Wahl eine große Rolle gespielt hat (vgl. van der Brug & Berkhout 2015, S. 870–874). Die Nutzung des Issue Ownership wird bei der FPÖ jedoch nicht ganz so deutlich, wie es die Gruppe erwartet hatte, obwohl dies ein Grundpfeiler von rechten Parteien wie der FPÖ eine ablehnende Haltung von Migration ist (vgl. Kortmann & Stecker 2019, S. 76). Die Grafik, welche die Häufigkeiten auf Level 2 Ebene veranschaulicht, zeigt ein Issue Ownership der ÖVP bezüglich Themenbereichen, die mit dem Islam verbunden werden können. Dem könnten möglicherweise die vermehrten Terroranschläge in den Jahren nach der Nationalratswahl 2013 zu Grunde liegen. Wie zum Beispiel der Terroranschlag in Nizza im Jahr 2016, dem islamistische Motive zugeordnet werden können (vgl. Tagesschau 2016). Wie die Grafiken verdeutlichen, hat sich die ÖVP dem Thema Migration im Allgemeinen viel stärker angenommen. Dies kann auf verschiedene Gründe zurückgeführt werden. Es kann sein, dass sich die ÖVP durch den Druck der rechtspopulistischen FPÖ gezwungen sah, sich stärker auf Themen wie Migration zu fokussieren. Denn die ÖVP hat mit der FPÖ wahrscheinlich um teilweise gleiche Wähler*innen gekämpft, weshalb die ÖVP sich deutlicher zu Migration positionieren wollte. Dies haben auch Kortmann und Stecker angenommen, auch wenn sie keinen Zusammenhang in Deutschland herstellen konnten (vgl. Kortmann & Stecker 2019, S. 76–86). Dennoch besteht in Österreich durchaus die Möglichkeit, dass die ÖVP durch die FPÖ beeinflusst wurde. Es gibt hierzu aber auch eine andere Interpretation, welche besonders die Salienz ins Auge fasst. Die verschiedensten Medienberichte und die Geschehnisse bezüglich Migration und Integration beeinflussen die Parteien und deren Aussagen zu dem Thema (vgl. Akkerman

2015, S. 63). Der Salienz-Aspekt kann auch zur Erklärung der gesteigerten relativen Häufigkeiten von SPÖ und NEOS als Erklärungsansatz verwendet werden.

6.2 Vergleich der Positionen

Wie schon in der Methode erwähnt, hat die Gruppe E, um die Positionen darstellen zu können, den Datensatz etwas umcodieren müssen und die zwei Variablen Migration und Integration entworfen. Um die Interpretation zu erleichtern und auch bei diesen Variablen einen Überblick zu bekommen, werden zunächst auch hier die absoluten Häufigkeiten der Erwähnungen der beiden Themen Integration und Migration im Wahlprogramm in den beiden Jahren gegenübergestellt und anschließend werden die Positionen der einzelnen Parteien verglichen.

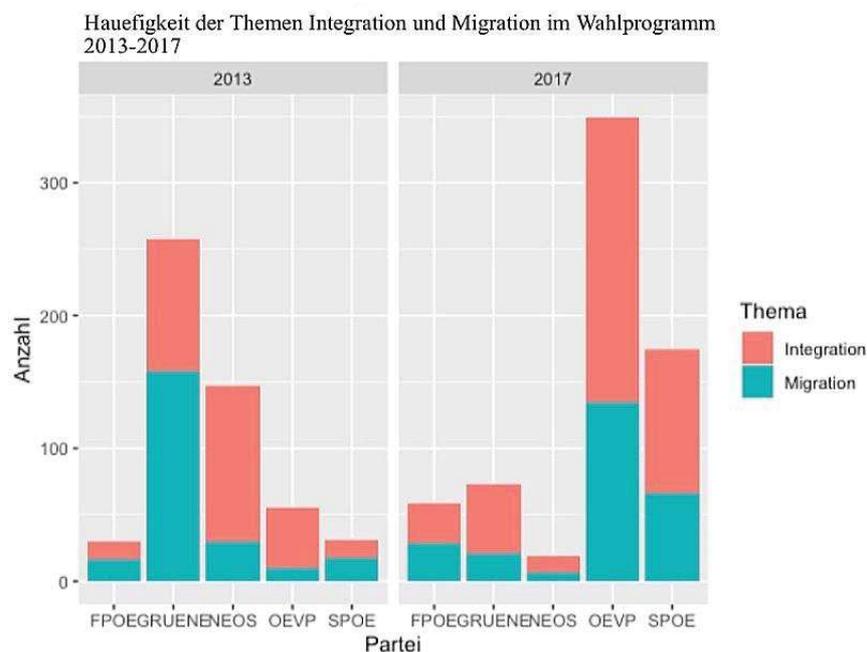


Abbildung 4: Häufigkeit der Themen Integration und Migration in den Wahlprogrammen (2013-2017)

Aus der Abbildung 3 wird ersichtlich, dass FPÖ, SPÖ und ÖVP Migration öfter im Jahr 2017 erwähnt haben. Die GRÜNEN haben 2017 deutlich weniger über Migrationsaspekte in ihrem Wahlprogramm gesprochen und auch die NEOS haben sich 2017 mit Themen der Migration mehr zurückgehalten als 2013. Die Häufigkeiten bei Integration verdeutlichen, dass FPÖ, ÖVP und SPÖ im Jahr 2017 diesem Thema mehr Aufmerksamkeit gewidmet haben. Insbesondere ÖVP und SPÖ fallen hier sehr deutlich auf. Die GRÜNEN und NEOS erwähnten Integration weniger oft im Jahr 2013 als im Jahr 2017, besonders deutlich wird dies bei den NEOS. Die Verdreifachung der Erwähnungen migrationsspezifischer Themen bei den Parteien SPÖ und ÖVP

ist besonders interessant, wenn man bedenkt, dass bei den liberalen Parteien wie etwa NEOS und die GRÜNEN eine deutliche Reduktion zu beobachten ist.

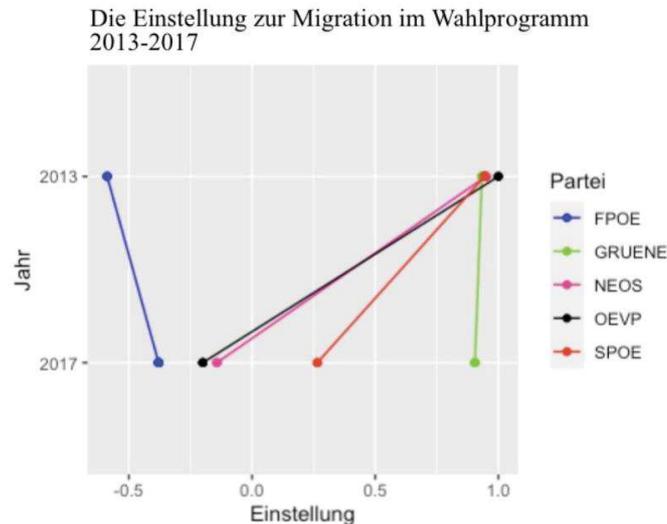


Abbildung 5: Einstellung zur Migration im Wahlprogramm (2013-2017)

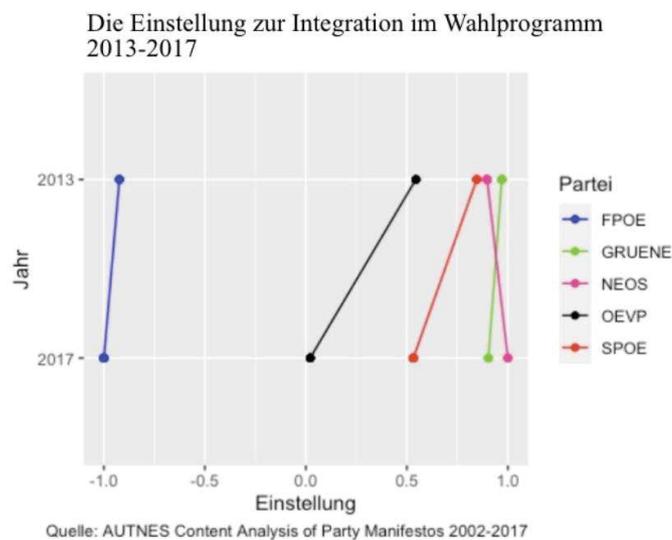


Abbildung 6: Einstellung zur Integration im Wahlprogramm (2013-2017)

Die Abbildung 4 veranschaulicht, dass fast alle Parteien das Thema Migration im Jahr 2017 mit einer negativeren Einstellung ins Wahlprogramm aufgenommen haben. Eine drastischste Umstellung ist bei den NEOS und ÖVP zu beobachten, was bei den NEOS aber auch auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass sie das Thema seltener angesprochen haben. Auch die SPÖ hat

eine negativere Einstellung als vor der sogenannten Flüchtlingskrise. Bei der FPÖ ist eine etwas weniger negative Einstellung zu beobachten und die GRÜNEN blieben relativ standhaft in ihrer Zustimmung. Allein die NEOS haben eine, wenn auch kaum bemerkenswerte, positivere Einstellung zum Thema Integration wie Abbildung 5 verdeutlicht. Bei den GRÜNEN und der FPÖ ist der Unterschied allerdings kaum erwähnenswert. Bei der SPÖ und vor allem ÖVP ist eine deutlich negativere Einstellung zu beobachten, wobei der Unterschied nicht so drastisch ist, wie er bei der Einstellung zum Thema Migration.

Auch im Hinblick auf den Vergleich der Positionen bezüglich Migration und Integration zwischen 2013 und 2017 zeigen sich gemischte Ergebnisse. Die Hypothese, dass die Aussagen über Integration und Migration im Vergleich zu 2013 negativer wurden, kann nur teilweise bestätigt werden. Besonders herausstechend ist die positivere Einstellung der FPÖ gegenüber Migration. Hierfür ist es relevant anzumerken, dass die FPÖ im Zuge der Fluchtbewegung im Sommer 2015 sehr viel Aufwind erhalten hat. Betrachtet man die Ergebnisse der Sonntagsumfragen, dann wird deutlich, dass ab dem Frühjahr 2015 bis April 2017 die FPÖ durchgehend die meisten Stimmen bei einer Nationalratswahl gewonnen hätte (vgl. Politico 2022). Doch trotz dieser hohen Umfragewerte war die Partei weiter politisch isoliert. Weshalb die Möglichkeit besteht, dass die FPÖ sich deshalb moderater in ihrem Wahlprogramm gegeben hat, um potenziell an der Regierungsbildung teilzuhaben (vgl. Heinisch et al. 2020, S. 164). Die möglichen Regierungsambitionen können auch mit der Arbeit von Kortmann und Stecker verbunden werden. Da diese formuliert haben, dass Parteien weniger über Migration sprechen, wenn sich diese Hoffnungen auf eine Regierungsbeteiligung machen (vgl. Kortmann & Stecker 2019, S. 76). Diese Hypothese kann mit der FPÖ verbunden werden, da die Partei, wie bereits gezeigt, weniger oft Migration im Jahr 2017 erwähnt.

Bei der ÖVP lässt sich in ihren Aussagen, vor allem zu Integration von 2013 auf 2017, eine starke negative Veränderung erkennen. Dies kann einerseits auf die bereits erwähnten Motive in Abbildung 2 zurückgeführt werden, andererseits hat sich die ÖVP nach Hofinger et. al in ihrem Framing von Migration stärker an einen restriktiven Rahmen, wie diesem der FPÖ orientiert (vgl. Hofinger et al. 2017, S. 192). Hierbei könnte das Ziel gewesen sein, ein restriktives Framing als Strategie zu nutzen, um Wähler*innenstimmen zu gewinnen (vgl. Krotký 2019, S. 181). Im Zusammenhang mit der ÖVP und den angestiegenen negativen Positionen sei auch die Wahl von Sebastian Kurz zum Parteichef der ÖVP zu erwähnen. Dieser galt bereits als Vertreter eines restriktiven Migrationskurses und als Hardliner bei islamverwandten Themen,

dies hat dazu geführt, dass die ÖVP und die FPÖ in gewissen Standpunkten zu Migration kaum mehr zu differenzieren waren (vgl. Hafez et al. 2019).

Bei den GRÜNEN sind nur minimale Veränderungen zwischen den beiden Jahren zu erkennen. Dies lässt sich womöglich dadurch erklären, dass die GRÜNEN im Sinne des Issue Ownerships kein Thema vorrangig in ihrem Kompetenzbereich führten, welches vor allem 2017 von besonderer Relevanz war und Themen rund um Migration im Wahlprogramm für 2017 kaum erwähnt wurden (vgl. Plescia & Aichholzer 2018). Die allgemein positive Haltung der GRÜNEN entspricht aber auch dem humanitären Bild von der Einstellung der Wähler*innengruppe, die zu migrationspezifischen Themen am wenigsten skeptisch eingestellt sind (vgl. Holzer & Münz 1995, S. 51f). Die Tatsache, dass die Klimakrise immer mehr mediale Aufmerksamkeit erhält (vgl. Chen et al. 2019, S. 1000–1002), kann womöglich dazu geführt haben, dass die GRÜNEN häufiger ihre Haupt- und weniger die Randthemen thematisieren wollten.

Auch bei den NEOS ist zumindest beim Themenfeld Migration eine klare Änderung in die negative Richtung wahrzunehmen. Dies könnte damit erklärt werden, dass gerade mit 2015 die Bevölkerung Österreichs in Umfragen der Regierung eine sehr geringe Zufriedenheit im Umgang mit Integration und Migration kontrastierte und sich die NEOS an die vermeintlich negative Einstellung der Bevölkerung gegenüber Migration anpassen wollten (vgl. Hofinger et al. 2017, S. 189–190). Hinsichtlich Integration ist jedoch eine leicht positive Wendung zu erkennen, was allerdings wenig überraschend ist, da liberale Parteien oft plädieren, dass sie für „Chancengleichheit“ für „alle“ eintreten und integrierte Bürger*innen bessere Leistungen hervorbringen können (vgl. Pühringer 2011, S. 6)

Hingegen bei der SPÖ sind bei beiden Themenfeldern negative Änderungen zu erkennen. Auch die SPÖ hat sich hier nach Hofinger et. al an einem restriktiveren Framing von Migration zu orientieren versucht, um die schlechten Meinungswerte der Bevölkerung zu berücksichtigen. Diese Umstellung entspricht allerdings der Entwicklung der schwedischen sozialdemokratischen Parteien, die seit den 60ern für strengere Richtlinien und Grenzsicherung plädieren, und widersprechen dem allgemeinen Bild, welches besagt, dass sozialdemokratische Parteien automatisch für eine Willkommenskultur eintreten (vgl. Hofinger et al. 2017, S. 192).

7. Fazit

Aus den Ergebnissen lässt sich schließen, dass die Forschungsfrage „Wie hat sich die Einstellung von Parteien in Bezug auf Migration von 2013 bis 2017 verändert?“ nicht eindeutig beantwortet werden kann. Es zeigte sich, dass sich die Einstellung der Parteien zu Migration nicht einheitlich verändert hat, sondern dies abhängig von der Partei ist.

Zusammenfassend kann man sagen, dass Migration und insbesondere die Unterkategorie Asyl, abgesehen von den Wahlprogrammen der FPÖ und GRÜNEN, im Jahr 2017 einen größeren prozentuellen Anteil ausgemacht hat als im Jahr 2013. Nach der Unterteilung zwischen Migration und Integration und der Betrachtung der absoluten Häufigkeiten erkennt man, dass Integration ein größeres Thema war als Migration und dass im Allgemeinen die FPÖ, SPÖ und vor allem die ÖVP häufiger diese Themen ansprachen und die restlichen Themen seltener erwähnten. Bei genauerem Betrachten der Ergebnisse ist die FPÖ besonders auffallend, weil die Zunahme von positiven Aussagen der Partei über Migration nicht zu erwarten war, genauso wenig, wie dass sie Migration im Allgemeinen weniger im Wahlprogramm im Jahr 2017 erwähnt haben. Aus diesem Grund wurde der FPÖ im Forschungsbericht viel Aufmerksamkeit geschenkt.

Ebenfalls konnten die Hypothesen nur für einzelne Parteien bestätigt werden. Die erste Hypothese, welche besagt, dass die Aussagen der Parteien über das Thema Migration von 2013 zu 2017 zugenommen haben, trifft auf die ÖVP, SPÖ und NEOS zu, jedoch nicht auf die GRÜNEN und FPÖ. Die zweite Hypothese, welche davon ausgeht, dass die Positionen in Bezug auf Migration und Integration negativer werden, konnte auch nur für einzelne Parteien bestätigt werden. Die Positionen zum Thema Migration wurde bei ÖVP, SPÖ, NEOS und marginal bei den GRÜNEN negativer. Jedoch haben die Aussagen der FPÖ bezüglich Migration sich ins positivere verändert. Die Positionen bei Integration haben sich bei ÖVP, SPÖ, FPÖ, und marginal bei den GRÜNEN ins Negative verändert. Die NEOS haben im Gegenzug positivere Positionen im Jahr 2017 bezogen als 2013.

Zum bereits erwähnten Rückgang an Aussagen der FPÖ zu Migration kann eine weitere Erklärung möglicherweise sein, dass das Issue Ownership der FPÖ, und zwar die Migration, bereits so stark verankert war, dass eine intensive Darstellung von Migration in dem Wahlprogramm von 2017 als nicht notwendig angesehen wurde, da sich schon die anderen Parteien, allen voran ÖVP, verstärkt mit Migration auseinandergesetzt haben. Auch liegt die leicht positivere

Einstellung der FPÖ höchstwahrscheinlich daran, dass sich die Partei durch die Flüchtlingskrise verpflichtet gefühlt hat, Asyl im Kontext von "humanitären Krisen" zu befürworten, einen Unterschied zwischen "echten" und "Wirtschaftsflüchtlingen" zu machen und um zu verdeutlichen, dass sie "nur" gegen den Missbrauch von Asylverfahren sind und nicht gegen die vorübergehende Aufnahme von Menschen, die in Lebensgefahr sind. Weiters sind im Sinne des Issue Ownerships auch die GRÜNEN für uns sehr spannend, sie hatten im Wahljahr 2017 kein klassisches relevantes Issue inne, aber haben sich dem Thema Migration dennoch fast gar nicht angenähert und haben keine Möglichkeiten und Lösungen aufgegriffen, was in unseren Augen noch anderen Erklärungen bedarf. Eine klare Einordnung und Codierung der Positionen der Parteien hatte trotz unserer Neucodierung einige kleinere Herausforderungen parat. Einige Positionen waren teils nicht nachvollziehbar in unser Schema einzuordnen, genauso bedurfte es auch bei manchen Aussagen von Parteien unterschiedliche Hintergrundinformationen, die wir uns zusätzlich aneignen mussten. Die Recherchen zu unserer Arbeit und deren Ergebnisse haben uns gezeigt, wie einflussreich aktuelle Ereignisse auf die Politik und Parteien sind und wie stark auch die Rolle der Medien und der Bevölkerung unter den von uns genannten Gesichtspunkten ist. Hierbei könnte unser Forschungsbericht als Übersicht über die Jahre 2013 und 2017 dienen und darauf aufbauend weitere prägende gesellschaftliche Ereignisse analysiert werden.

Literaturverzeichnis

Akkerman, T. (2015). Immigration policy and electoral competition in Western Europe: A fine-grained analysis of party positions over the past two decades. *Party Politics*, 21(1), 54–67.

<https://doi.org/10.1177/1354068812462928>

APA. (2017). *Medienanalyse TV-Wahlkampf: 2,5h Sprechzeit für Migrationsthemen*. Abgerufen am 24.04.2022 von https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20171012_OTSO199/medienanalyse-tv-wahlkampf-25h-sprechzeit-fuer-migrationsthemen-grafik

Bartlau, C. (2015). *Flüchtlinge: Kontrollverlust in Österreich*. Die Zeit. Abgerufen am 25.04.2022 von <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-09/oesterreich-fluechtlinge-aus-ungarn>

Bundesministerium des Innern und für Heimat. (2016). *2015: Mehr Asylanträge in Deutschland als jemals zuvor*. Abgerufen am 25.04.2022 von http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2016/01/asylantraege-dezember-2015.html;jsessionid=16D38F31BBD4639BE60789113C722785.2_cid364?nn=9390260

Bundesministerium für Inneres (2020). *Asylstatistik 2020* Abgerufen am 14.02.2022 von https://www.bmi.gv.at/301/Statistiken/files/Jahresstatistiken/Asyl_Jahresstatistik_2020.pdf

Chen, Y., Ghosh, M., Liu, Y., & Zhao, L. (2019). Media Coverage of Climate Change and Sustainable Product Consumption: Evidence from the Hybrid Vehicle Market. *Journal of Marketing Research*, 56(6), 995–1011. <https://doi.org/10.1177/0022243719865898#>

Chomsky, N. (1965). *Aspects of the Theory of Syntax*. MIT Press.

Fassmann, H. (2015). *Historische Entwicklung der Migration nach Österreich*. Abgerufen am 15.02.2022 von <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/laenderprofile/215097/historische-entwicklung-der-migration-nach-oesterreich/>

UNHCR (2016). *Flucht und Vertreibung 2015 drastisch gestiegen*. Abgerufen am 14.02.2022 von <https://www.unhcr.org/dach/de/6483-flucht-und-vertreibung-2015-drastisch-gestiegen.html>

Hafez, F., Heinisch, R., & Miklin, E. (2019). *The new right: Austria's Freedom Party and changing perceptions of Islam*. Universität Salzburg. Abgerufen am 25.04.2022 von <https://www.brookings.edu/research/the-new-right-austrias-freedom-party-and-changing-perceptions-of-islam/>

Heinisch, R., Werner, A., & Habersack, F. (2020). Reclaiming national sovereignty: The case of the conservatives and the far right in Austria. *European Politics and Society*, 21(2), 163–181.

<https://doi.org/10.1080/23745118.2019.1632577>

- Hemetsberger, M. (2020). *Die österreichische Innenpolitik im Lichte der „Flüchtlingswelle“: Der Einfluss der Massenimmigration auf die Politik in Österreich am Beispiel der Nationalratswahl 2017* [Masterarbeit, Johannes Kepler Universität]. <http://epub.jku.at/obvulihs/4920304>
- Hinnfors, J., Spehar, A., & Bucken-Knapp, G. (2012). The Missing Factor: Why Social Democracy Can Lead to Restrictive Immigration Policy. *Journal of European Public Policy*, 19, 585–603. <https://doi.org/10.1080/13501763.2011.607348>
- Hoesch, K. (2018). *Migration und Integration*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-09736-3>
- Hofinger, C., Holzer, A., Oberhuber, F., & Zandonella, M. (2017). *Neue Rahmen für alte Themen Die Rolle von Framing für Erfolg und Scheitern bei der Nationalratswahl 2017*. Abgerufen am 25.04.2022 von <https://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/HofingerHolzerOberhuberZandonella.pdf>
- Holzer, W., & Münz, R. (1995). Fremdenfeindlichkeit in Österreich? Einstellungen zu Migration, ausländischer Bevölkerung und staatlicher Ausländerpolitik. *Demographische Informationen*, 45–53.
- Horevitz, E. (2009). Understanding the Anthropology of Immigration and Migration. *Journal of Human Behavior in the Social Environment*, 19(6), 745–758. <https://doi.org/10.1080/10911350902910914>
- Kaack, H. (1971). *Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-83527-7>
- Kleinen-von Königslöw, k., Meyer, T., Vonbun, R., Wagner, M., & Winkler, K. (2014). Die Sachthemen im Wahlkampf. In *Die Nationalratswahl 2013. Wie Parteien, Medien und Wählerschaft zusammenwirken* (1. Korrektur). Böhlau Verlag.
- Klingemann, H.-D. (1989). Die programmatischen Profile der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Eine quantitative Inhaltsanalyse der Wahlprogramme von SPD, FDP und CDU von 1949 bis 1987. In D. Herzog & B. Weißels (Hrsg.), *Konfliktpotentiale und Konsensstrategien* (S. 99–115). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kortmann, M., & Stecker, C. (2019). Party competition and immigration and integration policies: A comparative analysis. *Comparative European Politics*, 17(1), 72–91. <https://doi.org/10.1057/s41295-017-0108-8>
- Krotký, J. (2019). When Migration Unites Political Parties: The Securitisation of Migration in Czech Party Manifestos. *Politologický Časopis - Czech Journal of Political Science*, 26(3), 181–199. <https://doi.org/10.5817/PC2019-3-181>

- Lehmann, P., & Zobel, M. (2018). Positions and saliency of immigration in party manifestos: A novel dataset using crowd coding: POSITIONS AND SALIENCY OF IMMIGRATION IN PARTY MANIFESTOS. *European Journal of Political Research*, 57(4), 1056–1083. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12266>
- Maurer, M., Jost, P., Kruschinski, S., & Haßler, J. (2021). Fünf Jahre Medienberichterstattung über Flucht und Migration. *Johannes Gutenberg-Universität Mainz Institut für Publizistik*. Abgerufen am 15.02.2022 von https://www.stiftungmercator.de/content/uploads/2021/07/Medienanalyse_Flucht_Migration.p%20df
- Müller, J. (2009). Direkte Kommunikation zwischen Parteien und Wählern in Italien. (Hrsg) *Prof. Dr. Alexander Grasse Institut für Politikwissenschaft Justus-Liebig-Universität Gießen*, 7.
- Müller, W. C., Bodlos, A., Dolezal, M., Eder, N., Ennser-Jedenastik, L., Gahn, C., Graf, E., Haselmayer, M., Haudum, T., Huber, L. M., Kaltenegger, M., Meyer, T. M., Praprotnik, K., Winkler, A. K., & Wurzer, K. (2020). *AUTNES Content Analysis of Party Manifestos: Cumulative File (SUF edition)* [Data set]. AUSSDA. <https://doi.org/10.11587/DEHBL2>
- NEWS. (2022). *Parteien in Österreich: Eine Übersicht*. NEWS. Abgerufen am 25.04.2022 von <https://www.news.at/a/parteien-oesterreich>
- Plescia, C., & Aichholzer, J. (2018). *Zum Schicksal der Grünen bei der österreichischen Nationalratswahl 2017: Hausgemachtes Debakel?* Abgerufen am 24.04.2022 von <https://viecer.univie.ac.at/detail/news/zum-schicksal-der-gruenen-bei-der-oesterreichischen-nationalratswahl-2017-hausgemachtes-debakel/>
- POLITICO Poll of Polls—*Austrian polls, trends and election news for Austria*. (2022). POLITICO. Abgerufen am 24.04.2022 von <https://www.politico.eu/europe-poll-of-polls/austria/>
- Pühringer, S. (2011). *Gleichheit vs. Vielfalt. Ein konstruierter Widerspruch im Neoliberalismus?* (Working Paper Nr. 3). ICAE Working Paper Series. <https://www.econstor.eu/handle/10419/171385>
- Reichart-Dreyer, I. (2000). *Macht und Demokratie in der CDU*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-95627-9>
- Sarcinelli, U. (2003). Wahlkampf. In U. Andersen, J. Bogumil, S. Marschall, & W. Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* (S. 982–991). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23666-3_130
- Statistisches Jahrbuch. (2021). *Statistisches Jahrbuch Migration & Integration Zahlen. Daten.Indikatoren*. Statistik Austria. Abgerufen am 14.02.2022 von https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/content/AT/Fotos/Publikationen/Statistikbroschuere/OEIF_Statistisches_Jahrbuch_2021.pdf

Tagesschau (2016). *Der Anschlag in Nizza—Was genau ist passiert?* Tagesschau. Abgerufen am 25.04.2022 von <https://www.tagesschau.de/ausland/nizza-anschlag-101.html>

van der Brug, W., & Berkhout, J. (2015). The Effect of Associative Issue Ownership on Parties' Presence in the News Media. *West European Politics*, 38(4), 869–887.

<https://doi.org/10.1080/01402382.2015.1039379>

Vogler, C. (2020). *Flüchtlingskrise 2015: Zerreißprobe für Europa*. ORF. Abgerufen am 15.02.2022 von <https://orf.at/stories/3179453/>

Wehling, E. (2016). *Flüchtlingsdebatte: „Flut stellt eine Bedrohung dar“*. DER STANDARD Abgerufen am 15.02.2022 von <https://www.derstandard.at/story/2000031443235/fluechtlingsdebatte-flut-stellt-eine-bedrohung-dar>

Wehling, E. (2016). *Politisches Framing: Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht* (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung). Bundeszentrale für politische Bildung.

Zandonella, M., & Perlot, F. (2017). *Wahltagsbefragung und Wählerstromanalyse* (Nationalratswahl 2017). Institut für Strategieanalysen. Abgerufen am 24.04. 2022 von https://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2017_NRW_Grafiken-Wahltagsbefragung.pdf

Frauen und der Sozialstaat

Wie beeinflussen Frauen in Regierungen die Sozialausgaben?

Abstract

Die Entwicklung von Frauenpartizipation in der Politik ist ein Thema, welches schon vor hundert Jahren mit dem feministischen Kampf begonnen hat. Dass Gleichberechtigung und politische Repräsentation von Frauen in einer Gesellschaft notwendig sind, steht außer Fragen. Deshalb beschäftigen wir uns neben der Entwicklung von Frauen in Regierungen außerdem mit der Frage, wie sich die stärkere Partizipation in den Sozialausgaben widerspiegelt, da in einer patriarchalen Gesellschaft Frauen nach wie vor benachteiligt werden – auch in sozialen Fragen. Um diesen Zusammenhang zu untersuchen, werden in dieser Forschungsarbeit die Daten des *Quality-of-Government*-Datensatzes genutzt und 15 Länder von der ganzen Welt über knapp 30 Jahre mit der gepoolten Zeitreihenanalyse beobachtet und geschaut, wie sich die Anzahl an Frauen in den Regierungen und die Sozialausgaben der Länder verändern. Dabei zeigen die Ergebnisse durchaus, dass vor allem seit Mitte der 2000er-Jahre bis heute ein deutlicher Anstieg von Frauen als Regierungsmitglieder mit einem den steigenden Sozialausgaben einhergeht. Die Regression macht deutlich, dass ein signifikanter Zusammenhang besteht, jedoch wird auch klar, dass die alleinige Anwesenheit von Frauen nicht allein für das Steigen der Sozialausgaben verantwortlich ist. Dies lässt daraus schließen, dass es noch weitere wichtige und entscheidende Faktoren gibt, zum Beispiel die größere werdende Schere zwischen Arm und Reich oder die demographische Entwicklung hin zur Überalterung in den Gesellschaften, die einen Einfluss auf die Sozialausgaben haben.

1. Einleitung

Geschlechterforschung, Gender-Pay-Gap, Gender-Time-Gap, Gleichberechtigung – alles Stichworte, die heutzutage mehr Bedeutung und Beachtung bekommen als jemals zuvor. Die gesellschaftliche Forderung an Wirtschaft und Politik, die nach wie vor bestehende ungleiche Behandlung von Männern und Frauen in vielen Bereich des Lebens zu beenden und beide Geschlechter nicht nur auf dem Papier auf eine Ebene zu stellen, ist selten so präsent gewesen. Laut Gesetz sind Geschlechter zwar gleich, doch beim Blick auf Lohnzettel oder medizinische Standards ist dies noch lange nicht der Fall. Doch auch in der Politik, vor allem auf Regierungsebene, hatten Frauen lange Zeit einen schweren Stand. In Deutschland, zum Beispiel, ist die am 08.12.2021 in Kraft getretene Regierung, die erste, die zu 50% aus Frauen besteht.

Das eine solche Gleichheit nicht mal unter der weiblichen Führung von Angela Merkel gelang, wirft zum einen ein schlechtes Licht auf den deutschen Versuch der Gleichbehandlung. Zum anderen wird die nach wie vor nicht ausreichende politische Partizipation von Frauen, vor allem in konservativen Parteien, kritisiert. Jedoch muss in dieser Diskussion auch berücksichtigt werden, dass der Beginn von weiblicher Partizipation in der Politik gar nicht so weit zurückliegt. In einer männerdominierten Welt waren weibliche Abgeordnete selten, selbst in einem starken und fortschrittlichen Industrieland wurden Frauen während ihrer Reden ausgelacht und ausgebuht. Das 20. Jahrhundert war ein Kampf für Frauenrechte und politische Partizipation, welcher nach wie vor anhält. Das erkennt man auch daran, dass derzeit nur 9,5% der Bürgermeister*innen in Österreich weiblich sind (vgl. Feigl, 2021, S. 15f.). Obwohl Johanna Dohnal in den 80er und 90er Jahren viel bewegt und gezeigt hat, unter anderem wie wichtig politische Partizipation von Frauen ist, spielen obsoletere Geschlechterrollen und -klischees nach wie vor eine Rolle in vielen Entscheidungen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens.

Geschlechterrollen spielen des Weiteren auch im Sozialstaat eine wichtige Rolle. Dieser kümmert sich um die gesellschaftlichen Probleme eines Staates und trifft dabei immer wieder auf neue Herausforderungen. Neben Alter, Krankheit und Stabilisierung, beschäftigt er sich auch mit Familien- und Geschlechterfragen, weshalb der Ausbau und die stärkere Finanzierung des Sozialstaates schon immer eine Aufgabe der sozialdemokratischen und feministischen Agenda war (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung; vgl. Kuller, 2007, S. 199 f.). Deswegen möchten

wir mit dieser Forschung untersuchen, ob die stärkere politische Partizipation von Frauen in den letzten 30 Jahren einen Einfluss auf den Sozialstaat genommen hat.

2. Theorie

Da wir uns in unserem Projekt mit politischer Repräsentation von Frauen beschäftigen, ist es zu Beginn notwendig, die wichtigsten Begriffe im Zusammenhang mit politischer Repräsentation zu erklären.

2.1 Repräsentationsbegriffe

Grundsätzlich gibt es vier Arten der Repräsentation, die voneinander zu differenzieren sind:

Mit der autorisierten Repräsentation meint man allgemein, dass eine bestimmte Person durch das Gesetz dazu befugt worden ist, für jemand anderen zu handeln. Bei der deskriptiven Repräsentation unterscheidet sich ein Vertreter durch Eigenschaften wie Klasse, Geschlecht oder Ethnizität von anderen und handelt so für seine Gruppe. Weiters gibt es auch noch die symbolische Repräsentation, wo eine konkrete Idee vertreten wird und die substantielle Repräsentation, wo die Repräsentant*innen die Verantwortung für ihre Repräsentierten übernehmen und auch die Interessen dieser Gruppe vertreten. Diese letzte Form der Repräsentation ist vor allem für diese Forschung von Wichtigkeit, da herausgefunden werden soll, ob es einen Zusammenhang zwischen den Frauen in der Regierung und den sozialen Interessen, sprich den Sozialausgaben, gibt. Bei dem Punkt, ob es zwingend notwendig ist, dass es eine Beziehung zwischen den Eigenschaften der Vertreter*innen und deren Gruppe gibt, ist sich Anne Phillips (1995) sicher. Sie ist von dieser Notwendigkeit überzeugt, denn das Vorhandensein solcher Gruppen kennzeichnet die Gerechtigkeit, sowie auch die Anerkennung. Weiters gibt es eine erhöhte Legitimität und Effektivität und die Verantwortlichkeit würde ebenso steigen. Das stärkt zugleich das Vertrauen der Repräsentierenden. Außerdem entstehen neue politische Möglichkeiten können hervorgehen, was zu einer Verbesserung der Qualität und Wirkung der Politik führt (vgl. Blome / Fuchs, 2017, S. 2).

2.2 Forschungsstand

Bis jetzt gibt es aber nur wenige Studien, welche sich mit dem Verhältnis zwischen Frauen im Parlament oder auch in der Regierung und der Politik in einer größeren Anzahl von Ländern

auseinandersetzen. Dieser Forschungsbericht soll daher mit der Betrachtung von 15 Ländern aus unterschiedlichen Kontinenten aufzeigen, ob und wie die politische Repräsentation von Frauen in der Regierung die Maßnahmen der (Sozial)Politik beeinflussen. Die meisten Studien untersuchen das Verhältnis von Frauen im Parlament und der Politik. In diesem Forschungsbericht soll jedoch das Verhältnis von Frauen in der Regierung und den Sozialausgaben betrachtet werden, da dabei der Blick auf die entscheidende Ebene gerichtet wird.

In der Forschung wird also versucht, Erklärungen dafür zu finden, dass immer mehr Frauen in die Regierungen gewählt werden. Die Zahl der weiblichen Abgeordneten erhöht sich immer mehr, was jedoch aus einem bestimmten Grund passiert. Viele politische Parteien und deren Akteure, setzten sich als konkretes Ziel, einen höheren Frauenanteil zu bekommen. Es gibt viele Gründe, warum der Anteil der Frauen in der Regierung in vielen Ländern so unterschiedlich ist. Vor allem kommt es auf das Wahlsystem an und wie sich der Wohlfahrtsstaat in einem Land gestaltet. Anne Phillips (1995) hat eine Theorie in Bezug auf die Präsenzpolitik aufgestellt, welche meint, dass weibliche Abgeordnete am besten dafür geeignet sind, die Interessen der Frauen zu vertreten. Daran kann man auch eine Verbindung der deskriptiven und substanziellen Repräsentation erkennen. Phillips (1995) begründet ihre Theorie damit, dass es wesentliche Alltagsunterschiede zwischen Männer und Frauen und deren Interessen gibt. In diesem Zusammenhang werden folgende Themen genannt: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Kindererziehung aber auch sexuelle Belästigung. Weibliche Politiker könnten zumindest teilweise die Erfahrungen von anderen Frauen nachvollziehen (vgl. Wängnerud, 2009, S. 2).

Im nächsten Absatz kommt das Thema auf, wie es dazu kommt, dass Frauen in gewählten politischen Gremien arbeiten. Vor allem in Führungspositionen, die einen großen Einfluss ausüben, sind Frauen eher unterrepräsentiert. Außerdem sind sie auch in vielen politischen Feldern sehr beschränkt. Oft kommt es vor, dass Frauen mit vielen negativen Vorurteilen zu kämpfen haben und sich vorerst unter Beweis stellen müssen, dass sie für eine bestimmte Stelle geeignet sind. Nicht zu vergessen ist auch, dass sexistische Verhaltensmuster gegenüber weiblichen Personen im Parlament ein großes, ernstzunehmendes und auch weltweites Problem ist. Nicht wenige Parlamentarierinnen sind schon öfter mit Entführung, Schlägen, Vergewaltigung und sogar schon mit dem Tod bedroht worden. Viele werden auch beschimpft und sexuell belästigt. Da viele Frauen solche gemeinsamen Erfahrungen teilen, sollen weibliche Abgeordnete aufmerksamer für solche Themen gemacht werden. Diese sollten Themen wie

Sorgearbeit, aber auch Gleichbehandlung von Mann und Frau auf die politische Agenda setzen, im Gegensatz zu den meisten männlichen Vertretern. Es ist ein Fakt, dass Frauen dazu neigen, Themen anzusprechen, die auch mit weiblichen Personen in Verbindung gebracht werden. Im Gegensatz dazu, gibt es aber auch die Meinung, dass die Beziehung zwischen deskriptiver und substantieller Repräsentation viele Nachteile mit sich bringt. Dieser Ansatz meint, dass es nicht bedeutet, dass Vertreter gut für ihre Gruppe handeln, nur weil sie identische Merkmale aufweisen. Andere Autor*innen meinen auch, dass es zu einer Verstärkung der bisherigen Geschlechterstereotype kommen kann, wenn sich nur Frauen für deren Interessen einsetzen und Männer sich hingegen ganz aus der Thematik zurückziehen. Dann ist die Gefahr groß, dass solche Themen nur von Frauen wahrgenommen werden und Männer glauben, dass sie diese nicht betreffen (vgl. Blome / Fuchs, 2017, S. 6f.).

Weiters lässt sich feststellen, dass es auf die Parteien darauf ankommt, ob sie sich für Frauenthemen interessieren und einsetzen oder nicht. Grundsätzlich ist zu erkennen, dass sich linke Parteien im Laufe der Geschichte früher für Fraueninteressen eingesetzt haben als Rechte. Linke Parteien setzten sich auch eher für Frauenrechte ein. Festzuhalten ist, dass es für die substantielle Repräsentation eine sehr wichtige und notwendige Rolle spielt, ob Frauen im Parlament vertreten sind. Als eine hinreichende Bedingung wird es jedoch nicht angesehen. Vor allem kommt es aber auf konkrete Gesetzesinitiativen (=critical acts) darauf an, ob Gleichstellungs- und Frauenpolitische Themen auf die Agenda gesetzt werden (vgl. Blome / Fuchs, 2017, S. 8f.).

2.3 Der Weg der Frauen in die Politik

Der Weg der Frauen in die Politik ist ein langer. Zwischen der allerersten Parlamentswahl 1848 und der Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen gab es viele Hürden. 1889 gab es eine Frauenrechtsbewegung mit vielen Petitionen, Versammlungen und Demonstrationen. Im Jahr 1907 wollte man bei der Reichratswahlordnung die Frauen von der Politik ausschließen, indem man ein gleiches Wahlrecht der Männer umgesetzt hat. Dadurch verloren viele privilegierte Frauen ihr Stimmrecht. Passend zum internationalen Frauentag gab es in Wien im Jahr 1911 einen Kampf um das Frauenwahlrecht, für welches sich auch einige Männer einsetzten. Bei der Frauenstimmrechtskonferenz 1913 kämpfte man ebenso für das Wahlrecht, jedoch ohne Erfolg. Wesentlich ist, dass sich durch den Krieg das Frauenbild verändert hat. Viele Frauen mussten Tätigkeiten übernehmen, die vorher nur Männer ausübten, zum Beispiel als

Schaffnerin oder Briefträgerin. Im Jahr 1918 gab es dann endlich den Beschluss des Frauenwahlrechts und im Jahr 1919 durften die Frauen erstmals ihre Stimme abgeben. 82,10% der wahlberechtigten Frauen gaben bei der Wahl der Nationalversammlung ihre Wahl ab, wobei Prostituierte immer noch davon ausgeschlossen waren. In diesem Jahr zogen auch gleich acht Frauen in das Parlament ein. Diese acht Frauen waren aber auch schon zuvor in Partei- oder Gewerkschaftsorganisationen aktiv. Von 1919 bis 1975 gab es kaum einen Anstieg des Frauenanteils im Parlament. Bis zum Jahr 2002 schafften es sogar 33,9% und somit ein Drittel aller Abgeordneten ins Parlament. Dieser Anteil sank jedoch ab 2006 wieder (vgl. „Der mühsame Weg der Frauen in die Politik“, o.J., online).

2.4 Die politische Macht von Frauen

Wie aus dem vorherigen Unterkapitel erkenntlich, war es für die Frauen bereits ein schwieriger Weg in die Politik und somit auch zur politischen Mitbestimmung. Und doch ist es wichtig, die Frauenanteile in der Politik weiter zu erhöhen, da Frauen immer noch unterrepräsentiert sind. Außerdem sind es immer noch mehrheitlich Frauen, welche frauenpolitische Themen ansprechen und gezielte Aktionen zur Durchsetzung bestimmter Themen fordern.

In vielen internationalen Organisationen wurden bereits zahlreiche Strategien vorgeschlagen, um die politische Repräsentation von Frauen in den Parlamenten zu fördern und die Anzahl an Politikerinnen zu fördern. Eine der bekanntesten Maßnahmen war die „Frauenquote“, welche rasch an Beliebtheit gewann und bereits von vielen Ländern umgesetzt wurde (vgl. Kittilson, 2008, S. 323).

Überdies gibt es bereits Forschungsarbeiten, welche sich mit den Faktoren befassen, die die Wahl von Frauen in ein Amt erleichtern. Eine weitere Beobachtung ist zum Beispiel, dass mehr Frauen im Amt eher zu politischen Ergebnissen führen, welche die Gleichberechtigung und Autonomie der Frauen verbessern (vgl. Kittilson, 2008, S. 324).

Wie bereits im Forschungsstand dargelegt wurde, sind schon einige Studien zu demselben Ergebnis gekommen: Frauen mit politischer Entscheidungsbefugnis sprechen vermehrt Themen und Probleme an, welche sie selbst in ihrem Leben betreffen oder betroffen haben. Es ist daher zu erwarten, dass zum Beispiel Gleichstellungspolitik eher von Frauen in politischen Ämtern umgesetzt wird als von Männern. Aber auch schon allgemein mehr politische Macht für

Frauen kann zu Maßnahmen führen, welche die Gleichberechtigung von Frauen fördert (vgl. Kittilson, 2008, S. 324).

O'Regan (2000) aber hat bereits eine länderübergreifende Studie durchgeführt. Diese zeigte, dass je höher der Anteil an Frauen in einem politischen Amt ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass der Beschäftigungs- und auch Lohnschutz gestärkt wird und eine intensivere Politik der Lohngleichheit betrieben wird. Schwindt-Bayer und Mishler (2005) haben im Jahr 1995 im Rahmen einer umfassenden Studie zur Vertretung der Frauen in der Politik den Einfluss von Frauen im Parlament auf das Sozialrecht und den Mutterschaftsurlaub untersucht. Sie sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die Teilhabe von Frauen im Parlament bei diesen Themen eine essentielle Rolle spielt. Um aber auf diese Ergebnisse aufbauen zu können und um die tatsächlichen politischen Auswirkungen der Frauen erklären zu können, muss der Umfang der Maßnahmen im Laufe der Zeit genauer untersucht werden (vgl. Kittilson, 2008, S. 324).

Die früheren Untersuchungen haben gezeigt, dass die Beziehung zwischen der parlamentarischen Präsenz von Frauen und der Politik möglicherweise nicht linear ist. Stattdessen gehen sie von einer „kritischen Masse“ aus, also eine bestimmte Menge an Frauen in den Parlamenten, ab welchen es zu kollektiven Bemühungen führt. Diese wiederum verbessern die Arbeitsplatznormen und die politische Bedeutung der Frauen wird dadurch weiter gestärkt (vgl. Kittilson, 2008, S. 324).

Gegen diese Theorie gibt es aber auch breite Kritik. Studlar und McAllister (2002) zum Beispiel denken, dass die „kritische Masse“ wenig Einfluss auf die künftigen Errungenschaften der politischen Repräsentation hat. Sie sagen, dass nicht die Menge an Frauen gewichtig ist, sondern das ehrgeizige Bemühen für spezifische politische Ziele, um damit wiederum eine politische, aber auch wirtschaftliche Besserstellung von Frauen zu erreichen (vgl. Kittilson, 2008, S. 324).

2.5 Die politische Repräsentation von Frauen

Das Paper von Lea Elsässer und Armin Schäfer ist auch dem Thema dieses Forschungsberichtes sehr ähnlich und dient als ersten Anhaltspunkt. Die beiden Autoren widmen sich der Frage, ob ein Übergang zum Sozialstaat durch den Anstieg an weiblichen Abgeordneten begründet werden kann.

In der Vergangenheit orientierte sich der Sozialstaat vielmehr an den Bedürfnissen und Wünschen der männlichen Bürger, welche (in Vollzeit) im industriellen Bereich tätig waren. Jedoch

rücken durch den Aufschwung in der Dienstleistungsbranche und durch Veränderungen in der Struktur von Familien die Probleme der Frauen in den Vordergrund. Aus diesem Grund ergibt sich eine neue Herausforderung: die Anpassung des Sozialstaates an diese Erneuerungen und vor allem an die Bedürfnisse der Frauen (vgl. Elsässer / Schäfer, 2018, S. 660). Deshalb wird in diesem Forschungsbericht untersucht, inwiefern es einen Unterschied macht, ob weibliche Abgeordnete in der Regierung sitzen und welche Auswirkungen dies auf den Sozialstaat hat.

Zwischen den 1960er und Ende der 1980er Jahre kam es zu einem steten Anstieg der Sozialausgaben, wenn auch in unterschiedlichem Tempo. Seither ging der Ausbau des Sozialstaates sukzessiv zurück und ab Mitte der 1990er Jahre wurde der Sozialstaat umstrukturiert und teilweise sogar abgebaut, was wiederum zur Entwicklung eines Sozialinvestitionsstaates geführt hat. Aus diesem Grund hat der Sozialstaat in den letzten Jahren viele sozialpolitische Reformen durchgeführt, welche die Teilhabe von Frauen – vor allem für diejenigen mit Kindern – am Arbeitsmarkt erleichtern sollen. Diese Reformen sollen sich außerdem positiv auf die Vereinbarkeit von familiären Angelegenheiten mit dem Beruf auswirken. Die einzelnen Programme der Sozialstaaten sind in sich alle unterschiedlich, aber diese sozialpolitischen Reformen haben alle einen gemeinsamen Nenner: es sind überall größtenteils Frauen als Abgeordnete zu erkennen, welche die Reformen veranlasst und auch realisiert haben. Dies bedeutet, dass eine verstärkte Vertretung von Frauen im Parlament zu Reformen der Sozialpolitik führt, welche im Endeffekt Themen, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, verstärkt ansprechen. Allerdings müssen diese Entwicklungen im Zusammenhang des Sozialstaatumbaus empfunden werden. Denn wo bei den Transferleistungen häufig Kürzungen stattfanden, wurden Leistungen in Bezug auf die Familienpolitik und auf die aktivierende Sozialpolitik ausgebaut. In dem Artikel wird unter anderem auch bekräftigt, dass die deskriptive politische Vertretung von Frauen in Interaktion mit der erhöhten Erwerbsbeteiligung von Frauen einen bedeutenden Beitrag zur detaillierten Gestaltung der Erweiterung in den untersuchten OECD-Ländern leistet. Auch seit diesem Zeitraum, den 1980er Jahren, nimmt der Anteil an femininen Abgeordneten in den OECD-Staaten stetig zu. Waren 1980 durchschnittlich nur sechs Prozent der Abgeordneten weiblich, wurde der Anteil bis zum Jahr 2014 auf 31 Prozent erhöht (vgl. Elsässer / Schäfer, 2018, S. 660 f).

Wie Anne Phillips (1995) auch schon feststellte, folgt aus der Umwandlung der deskriptiven Repräsentation nicht selbstverständlich ein Wandel der Politik - aber die Wahrscheinlichkeit

wird immer größer, dass Themen, welche bis heute nicht aufgegriffen wurden, nun angesprochen werden und dass aus diesem Grund auch unterschiedliche Meinungen eingeholt werden. Diese Arbeit zeigt außerdem, dass das Zusammenwirken aus einer hohen Erwerbsbetätigung von weiblichen Personen bei paralleler politischer Teilhabe in Parlamenten dazu führt, dass es zu einer Verstärkung der sozialpolitischen Leistungen kommt. Jedoch profitieren größtenteils unterschiedliche Gruppen von diesen zwei Arten der Leistung. Dadurch lässt sich ein konkretes Muster sozialer Ungleichheit erkennen, denn während dieser neuen politischen Maßnahmen eher mittelschichtige und auch eher besser qualifizierte Frauen begünstigen, sind schlechter qualifiziertere Personen eher von den Kürzungen der sozialpolitischen Leistungen betroffen (vgl. Elsässer / Schäfer, 2018, S 660f).

Da in diesem Forschungsbericht untersucht wird, ob sich der Sozialstaat verändert, wenn mehr Frauen in der Regierung sind, wird im Folgenden erläutert, wie es zu einem Übergang in den Sozialinvestitionsstaat gekommen ist.

Die Entwicklung der Staaten zu sogenannten Wohlfahrtsstaaten führte zu einer neuen Form des Staates: dem Sozialinvestitionsstaat. Diese neuartige Form entstand vor allem durch konkrete Ziele und Maßnahmen, welche die Sozialpolitik betreffen. Vor der Entwicklung der Sozialinvestitionsstaaten lag der Fokus hauptsächlich auf der Absicherung der Männer auf dem Arbeitsmarkt in Bezug auf Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit. Die neue Form des Sozialstaates legt im Gegensatz dazu einen großen Wert auf die Förderung der Beschäftigung und auch auf die Fähigkeit, beschäftigt zu werden. Das soll bewirken, dass benachteiligte Gruppen, wie Frauen, einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen. Außerdem soll es die Basis der Einnahmen des Sozialstaates verbessern. Für die Umsetzung dieser Ziele, sind jedoch Kürzungen wesentlich und bisherige sozialpolitische Programme müssen reformiert werden. Weiters vertritt der sozialinvestive Staat Maßnahmen zur Förderung von Vereinbarkeit von Beruf mit der Familie, frühkindliche Betreuungen, sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Die Meinungen zu den Entwicklungen zu diesem Trend sind sehr unterschiedlich. Zum einen wird diskutiert, dass es ein weiteres Ziel wäre, die sozialen Systeme durch die Ausdehnung der Steuerbasis in finanzieller Sicht zu stützen, wenn man den Fokus auf die Förderung, besonders von Frauen, am Arbeitsmarkt legt. Andere Autor*innen meinen, dass durch die demografischen und sozioökonomischen Veränderungen neue Risiken entstehen. Es wird argumentiert, dass neue Bedingungen, wie die De-Industrialisierung oder die Zunahme des Dienstleistungsbereiches Risiken in Bezug auf eine niedrige Entlohnung oder Langzeitarbeitslosigkeit erhöhen. Außerdem

wird erwähnt, dass es Folgen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben kann, wenn Frauen vermehrt am Arbeitsmarkt teilnehmen. Zugleich gibt es einen erhöhten Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen und anderen Pflegeleistungen außerhalb der Familie (vgl. Elsässer / Schäfer, 2018, S 662f).

Wesentlich ist, dass wohlfahrtsstaatliche Leistungen sowie Institutionen an die neuen veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen angepasst werden müssen, um den Sozialstaat neu zu strukturieren. Wichtigen Politikmechanismen, unter anderem die politischen Akteur*innen, werden hinsichtlich des sozialstaatlichen Wandels oft außer Acht gelassen, während bedeutsame gesellschaftliche Faktoren und Veränderungen umso mehr in den Vordergrund rücken. Bezüglich der Erwerbsbeteiligung von Frauen in den OECD-Ländern hat sich die Quote in den letzten 30 Jahren deutlich erhöht. Im Jahr 1980 war nur circa jede zweite Frau erwerbstätig, wobei es 2018 schon zwei bis drei Viertel aller Frauen waren, die einer Beschäftigung nachgingen. Das führt, wie oben erwähnt wiederum dazu, dass es schwieriger wird familiäre Angelegenheiten, wie Kinderbetreuung und Hausarbeit mit dem Beruf zu kombinieren. Daher ist es notwendig, dass sich vor allem Frauen, die erwerbstätig sind, für einen sozialstaatlichen Ausbau in diesen Bereichen einsetzen und auch jene Parteien unterstützen, die diese Ziele auf ihrer politischen Agenda haben (vgl. Elsässer / Schäfer, 2018, S 664).

Interessant ist, dass ein Zusammenhang zwischen der Zahl an erwerbstätigen Frauen und den Sozialausgaben existiert. Dies führt darauf zurück, dass es eine stärkere Nachfrage von lohnarbeitenden Frauen nach sozialen Leistungen gibt. Um diese Studie in Zusammenhang mit dieser Forschung zu bringen, ist zu erwähnen, dass diese Nachfrage noch einmal verstärkt wird, wenn gleichzeitig auch mehr Frauen in der Regierung sind (vgl. Elsässer / Schäfer, 2018, S 665).

Dieses Zusammenspiel der Frauenerwerbsquote und der Parlamentarierinnenquote ist ebenso interessant zu beobachten und zu analysieren. Als Ergebnis kam wie erwartet heraus, dass sich beide Variablen positiv auf Ausgaben auswirken. In einem weiteren Modell wird darüber hinaus die Wechselwirkung der zwei Faktoren in das Modell aufgenommen, wobei sich aus dem positiven Koeffizienten ableiten lässt, dass sich die Frauenerwerbsquote stärker auf die Entwicklung von sozialen Leistungen auswirkt, wenn es viele Abgeordnete Frauen gibt. Wenn die Anzahl an Frauen in der Regierung ungefähr 10 Prozent beträgt, ist eine positive Auswirkung der Erwerbsquote auf aktivierende Leistungen zu erkennen. Dieser Effekt wird mit jeder weiteren Frau im Parlament immer größer. Analysiert man die verschiedenen Modelle,

zeigt sich, dass die Kombination einer größeren Erwerbsbeteiligung von Frauen mit einer besseren politischen Repräsentation und höherer Bildung in den Parlamenten dazu führt, dass passive zu aktivierende Leistungen verlagert werden. Während also immer mehr soziale Dienstleistungen entwickelt werden, welche sich positiv auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auswirken sollen, kommt es zu einer Kürzung der passiven Leistungen, die nicht nur zum Beispiel Arbeitslosen zugutekommen, sondern außerdem traditionelle Familienformen fördern. Sozialinvestive Schritte eröffnen dort, wo sie gut realisiert und ausgestaltet sind, Frauen die Chance, sich nicht zwischen Familie und Kindern oder Erwerbsarbeit entscheiden zu müssen. Dadurch fördern diese Maßnahmen unter anderem, dass Frauen finanziell unabhängig von ihrem Partner oder dem Staat sein können (vgl. Elsässer / Schäfer, 2018, S 672f).

Abschließend kann man sagen, dass es durch die Entwicklungen der Geschlechterrollen aber auch durch die Globalisierung größere Forderungen an den Sozialstaat entstanden sind. Außerdem ist eine sehr angespannte Lage im Großteil der Haushalte der OECD-Länder erkennbar. Dadurch geraten Regierungen unter Druck, entsprechende Maßnahmen und Handlungen zu setzen. Darauf reagieren sie durch eine Verknüpfung von sozialen Einschränkungen einerseits und Erhöhungen in den Ausgaben andererseits. Wo genau mehr ausgegeben oder gespart wird, ist dabei nicht willkürlich gewählt. Vielmehr hängt dies auch mit deskriptiver politischer Repräsentation zusammen (vgl. Elsässer / Schäfer, 2018, S 676).

Wie sich aus dieser Arbeit gezeigt hat, geben dort wo der Anteil Abgeordneter Frauen hoch ist und zeitgleich viele Frauen aktiv am Arbeitsmarkt teilnehmen, Staaten mehr für Förderungen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und andere anregende Dienstleistungen aus. Es wird hier davon ausgegangen, dass eine erhöhte Frauenerwerbstätigkeit den Bedarf an sozialen Dienstleistungen steigen lässt und diese besonders von Frauen politisch in Anspruch genommen werden. Zu guter Letzt kann aus den Analysen geschlossen werden, dass die politische Zusammensetzung der Parlamente und damit auch der jeweilige Frauenanteil unter den Abgeordneten sehr wohl maßgeblich und relevant für die sozialpolitischen Leistungen und Ausgaben ist (vgl. Elsässer / Schäfer, 2018, S 676f).

2.6 Entwicklung der Sozialausgaben

Eine weitere wichtige Komponente dieser Forschung stellt die Entwicklung der Sozialausgaben dar. Dies ist in diesem Forschungsbericht wesentlich, da man dadurch schon erste Zusammenhänge in Bezug auf den Frauenanteil in der Regierung erkennen kann. Daher ist es essentiell, dass noch einige theoretische Ansätze zu den Sozialausgaben erläutert werden.

Erstmals stellte die ILO (= *international labour organisation*) einen Vergleich der Sozialausgaben für verschiedene Länder dar. Jedoch wurden hier nur öffentliche Bruttoausgaben berücksichtigt und Sozialausgaben für private Zwecke sowie auch steuerliche Effekte wurden nicht miteinbezogen. Wie auch in dem dieser Forschung verwendete Datensatz, ergeben sich die Sozialausgaben vom Bruttoinlandsprodukt, um die nationalen Ausgaben zu standardisieren. Das Verhältnis von Sozialausgaben zum Bruttoinlandsprodukt wird Sozialleistungsquote genannt. Das Goldene Zeitalter dieser Quote war zwischen 1950 und 1980, denn zwischen diesen Jahren stiegen diese Ausgaben besonders stark an. Die durchschnittliche Erhöhung beträgt 11,6% des BIP. Mit diesem Anstieg hängt auch das hohe Wirtschaftswachstum in diesem Zeitraum zusammen. Wichtige Einflussgrößen sind zum einen die Entwicklung der Wirtschaft in einem Land und zum anderen auch die Politik. Bis zum Jahr 1960 beeinflusste auch der zweite Weltkrieg den Sozialstaat enorm. Auch die Zusammensetzung der Parteien beeinflusste die Sozialausgaben. Hohe Sozialausgaben findet man vor allem in jenen Ländern, wo Arbeitnehmerparteien und christdemokratische Parteien stark vertreten sind. Vor allem in den letzten Jahren hat die Globalisierung zu einer Veränderung des Wohlfahrtsstaates geführt. Natürlich sind die Sozialausgaben nach dem goldenen Zeitalter angestiegen, was mit sozialpolitischen Herausforderungen wie Arbeitslosigkeit oder hoher Lebenserwartung zu tun hat (vgl. Obinger / Schmidt, 2019, S. 541ff.).

3. Forschungsfrage

Um in diesem Zusammenhang zu einem Ergebnis zu kommen, haben wir uns folgende Forschungsfrage überlegt: „Welchen Effekt hat ein höherer Frauenanteil in der Regierung auf die Ausgaben des Sozialstaates?“.

Für uns sind dabei folgende Dinge von Bedeutung: zum einen möchten wir mehrere Regierungen und deren Sozialstaaten betrachten. Zum anderen ist uns die Entwicklung sehr wichtig, weshalb wir einen konkreten Zeitraum festlegen, den wir betrachten. Des Weiteren lässt sich mit dieser Forschungsfrage und dem Vergleich der beiden herangezogenen Variablen erkennen, ob eine Korrelation besteht oder nicht.

4. Hypothesen

Nach einer intensiven Auseinandersetzung mit der Thematik und nach ausgiebiger Recherche wurde eine mögliche Korrelation der Variablen Frauenquote der Regierung und Sozialausgaben erkenntlich.

Für die Beantwortung der oben angeführten Forschungsfrage wurden im Vorfeld zwei Hypothesen aufgestellt. Die Hypothese H1 hierfür lautet: „Eine höhere Frauenquote in der Regierung erhöht die Ausgaben des Sozialstaates“.

Als zweites wurde die entsprechende Gegenhypothese H2 aufgestellt: „Eine höhere Frauenquote in der Regierung wirkt sich nicht auf die Ausgaben des Sozialstaates aus“. Die Bewahrheitung einer dieser Annahmen kann im Laufe der Forschung helfen und einen Teil dazu beitragen, unsere Forschungsfrage zu beantworten.

5. Methode

5.1 Gepoolte Zeitreihenanalyse

Unsere Gruppe hat sich für die gepoolte Zeitreihenanalyse als Methode entschieden, da wir mehrere Länder über die Zeit hinweg beobachten wollen und es pro Land nicht nur eine Beobachtung gibt, sondern mehrere. Außerdem ist es für uns interessant, da wir sehen wollen, wie sich die Frauenquote und die Sozialausgaben über die Jahre verändern, weshalb wir auch mehrere Zeitpunkte brauchen. In unserem Beispiel ist die abhängige Variable die Sozialausgaben in Prozent des BIP und die unabhängige Variable wird mit dem Frauenanteil in der Regierung gemessen. In unserem Forschungsprojekt untersuchen wir 15 verschiedene Staaten im Zeitraum von 1980 bis 2018 (vgl. Schmitt, 2019, S. 2f.).

5.2 Probleme und Lösungen

Jedoch tauchen bei dieser Methode etliche Probleme auf. Eines davon ist die Autokorrelation. Damit ist gemeint, dass Störvariablen verschiedener Zeitpunkte abhängig voneinander sind, also miteinander korrelieren. Folgendes Beispiel soll dies verdeutlichen: Die Frauenquote von 2010 hängt mit jener von 2012 zusammen, da ja zum späteren Zeitpunkt noch immer gleiche Frauen wie im Jahr 2010 in der Regierung sind. Das widerspricht sich mit den Annahmen der klassischen linearen Regression. Die Autokorrelation kann auch räumlich auftreten, und zwar dann, wenn mehrere Länder miteinander korrelieren. Ein weiteres Problem tritt bei der Panelheteroskedastizität auf. Residuen sind sogenannte Abweichungen oder auch Fehler. Es ist eine wichtige Voraussetzung, dass die Varianz der Residuen immer gleich ist und mit dem vorhergesagten Wert zusammenhängt, um die Abweichung so gering wie möglich zu halten. Wenn das nicht der Fall ist, spricht man von Heteroskedastizität. Weiters kann ein Fehler entstehen, wenn exogene Schocks vorliegen. Darunter versteht man, dass zum Beispiel eine Krise dazu führt, dass sich die Sozialausgaben stark verändern, was wiederum zu einer Korrelation der Residuen führt.

Eine Lösung für die Autokorrelation wurde von Beck and Katz vorgeschlagen:

Man sollte eine zeitverzögerte abhängige Variable mit aufnehmen, exogene Schocks rechtzeitig kontrollieren und auch mit einplanen. Auch wenn dieser Vorschlag sehr beliebt ist, wird immer wieder auf diverse komplexe Probleme und Schwierigkeiten hingewiesen (vgl. Schmitt, 2019, S. 2f.).

6. Datensatz

Das Quality of Government Institut der Universität Göteborg hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Regierungen und Regierungssysteme dieser Welt zu untersuchen und deren Qualität anhand verschiedenster Kriterien zu messen. Der QoG-OECD-Datensatz aus dem Jahre 2021 beinhaltet solche Daten und wird für diese Forschung genutzt. Zum einen umfasst der Datensatz die Daten aus den 35 OECD-Staaten zwischen 1948 bis 2018, zum anderen inkludiert dieser auch noch den Who-Gov-Datensatz, der noch weitere 178 Länder betrachtet. Da diese Forschung eher einen gröberen Überblick und erstmal eine mögliche Korrelation feststellen soll,

haben wir uns für die entsprechenden Variablen entschieden, die diese Korrelation offenlegen können. Das heißt auch, dass in dieser Forschung noch keine Daten näher betrachtet werden, welche den exakten Einfluss von Frauen auf die verschiedenen Sozialausgaben beschreiben können.

Bei den entsprechenden Variablen handelt es sich um Länder, Jahre, die Gesamtgröße der Regierung, der Frauenanteil in der Regierung und den Sozialausgaben prozentual am BIP. Weiters haben wir uns aus der Gesamtgröße der Regierung und dem Frauenanteil den Anteil an Männern in der Regierung berechnet. Da nicht alle Länder auf einmal betrachtet werden können, haben wir uns für die folgenden Länder entschieden: Australien, Österreich, Estland, Finnland, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Island, Italien, Japan, Mexiko, Norwegen, Polen, Spanien und USA. Der Grund für diese Auswahl ist, dass wir zum einen eine möglichst große globale Verteilung der betrachteten Länder haben möchten und dass zum anderen unsere relevanten Daten nicht für jedes Land zur Verfügung stehen.

Dieses Problem besteht auch bei der Auswahl des Zeitrahmens, weshalb nur der Zeitraum von 1980 bis 2018 betrachtet wird. Neben der Bereitstellung der Daten, ist auch entscheidend, dass die politische Partizipation von Frauen bis in die späten 1980er Jahre extrem niedrig war. Beate Hoecker beschreibt und kritisiert, dass selbst nach der Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi die weibliche Partizipation in der Politik "ernüchternd" (Hoecker, 1998, S.11) sei und zuvor gesteckte Ziele für eine steigende Beteiligung nicht eingehalten wurden (vgl. ebd.). Dementsprechend ist es für das Ziel dieser Forschung sinnvoll, dass wir den Zeitraum betrachten, in dem Frauen tatsächlich einen entscheidungspolitischen Einfluss auf die betriebene Politik nehmen.

Des Weiteren wurden die Daten zur gesamten Regierungsgröße und dem Frauenanteil in den Regierungen herangezogen, damit das Verhältnis direkt zu sehen ist. Der Grund, weshalb wir uns auf die Regierung und nicht auf ein gesamtes Parlament konzentrieren, liegt darin, dass wir unseren Blick auf die entscheidende Ebene richten möchten. Im Parlament wird viel diskutiert, geredet, Anträge und Gesetzesvorschläge werden eingebracht. Ob ein Gesetz letztlich unterstützt wird und in Kraft tritt, ist von der Regierung abhängig. Außerdem lässt sich gemeinsam mit dem Heranziehen der Zeit auch die Entwicklung, vor allem auch nach angesprochener Weltfrauenkonferenz, beobachten. Genauso lässt sich mit den herangezogenen Zahlen der Sozialausgaben ebenfalls eine Zeitreihenanalyse erstellen, deren Entwicklung wir mit

der Entwicklung des Frauenanteils vergleichen. Diese Entwicklungen und Ergebnisse werden nun im folgenden Teil erklärt.

7. Ergebnisse aus der Analyse

Nach der Literaturrecherche, der Auswahl der Theorie sowie der Beschreibung der geeigneten Methode begannen wir den Zusammenhang folgender Variablen visuell darzustellen: Länder, Jahre (von 1980 – 2018), Gesamtanzahl der Regierungsmitglieder, Frauen in den Regierungen und Sozialausgaben der einzelnen Länder. Eine etwas größere Herausforderung war es, diese beiden Variablen mit den zwei anderen relevanten Variablen, nämlich den Jahren und den Ländern, in einer einzigen Grafik zu veranschaulichen. Um einen besseren Vergleich der Sozialausgaben zu bekommen, entschieden wir uns dazu, diese nach den einzelnen Ländern aufzuteilen.

7.1 Vergleich Männer und Frauen in Regierungen

Die folgende Grafik zeigt einen ersten Überblick der Frauen und Männer in den Regierungen in den Jahren von 1990 bis 2018. Dabei wird die Anzahl der Regierungsmitglieder auf der y-Achse dargestellt und die Jahre von 1980 bis 2020 sind auf der x-Achse zu sehen. Die roten Balken spiegeln hier den Anteil der Männer in der Regierung wider und die blauen Balken stellen den Frauenanteil dar. Hierbei ist deutlich erkennbar, dass die Regierungsgröße im Zeitverlauf ansteigt. Bis zum Jahr 1988 blieb die Anzahl der Regierungsmitglieder konstant und erst danach gab es einen rasanten Anstieg. Der drastische Abfall ab 2015 ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass von einigen Ländern Daten fehlen. Auffallend ist jedoch auch, dass sich der starke Rückgang an Männern in den Regierungen nicht bei den Frauen widerspiegelt, was bedeutet, dass der prozentuale Anteil an Frauen zu den Jahren davor eher steigt.

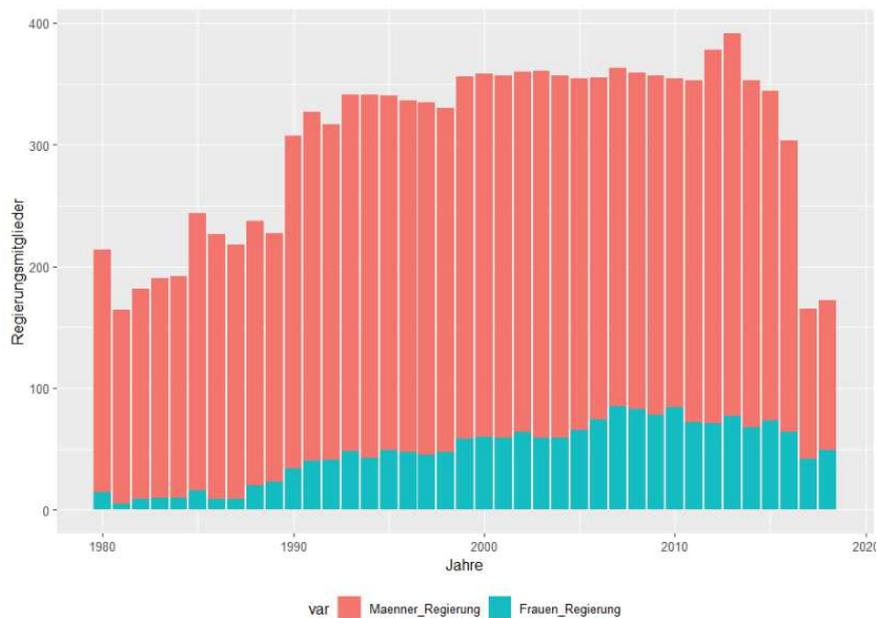


Abbildung 1: Männer und Frauen in Regierungen aller Länder im Zeitverlauf

7.2 Frauen in der Regierung und Sozialausgaben im Zeitverlauf

Diese Grafik beinhaltet alle unsere relevanten Variablen, welche für die Forschungsfrage von Bedeutung sind. Dabei werden auf der x-Achse die Jahre von 1980 bis 2018 dargestellt und die Sozialausgaben kommen auf der y-Achse zum Ausdruck. Die 15 Länder werden hier mit verschiedenen Farben dargestellt. Um die Frauen in die Grafik miteinzubeziehen, werden diese auf den einzelnen Ländern mit Punkten dargestellt. Hierbei gilt: je dicker der Punkt umso höher ist der prozentuelle Anteil der Frauen in den Regierungen. Wie man rechts auf der Grafik erkennen kann, liegt der maximale prozentuelle Anteil an Frauen im Durchschnitt bei 50 Prozentpunkten. In vielen Ländern gab es auch gar keine Frauen in der Regierung. Sehr auffällig ist hier die blaue Linie, welche das Land Mexiko darstellt. Hierbei sind die Sozialausgaben und der prozentuelle Frauenanteil in der Regierung im Vergleich zu den anderen Ländern sehr niedrig. Finnland sticht auch besonders heraus, da hier die Sozialausgaben im Jahr 1992 mit circa 30 Prozentpunkte des BIP am höchsten sind. Auch im Jahr 2015 sind in diesem Land die Sozialausgaben in Prozentpunkte des BIP bemerkenswert hoch.

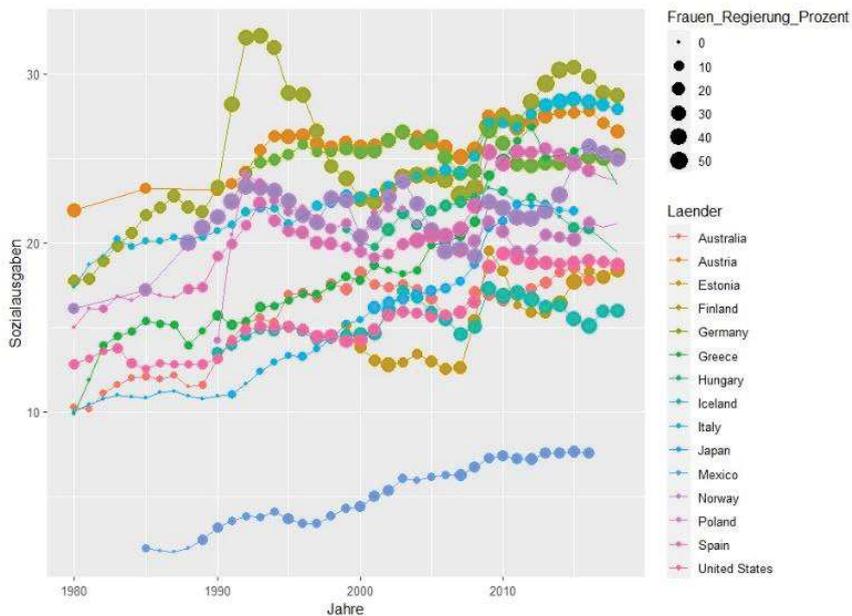


Abbildung 2: Frauen in der Regierung und Sozialausgaben im Zeitverlauf

7.3 Sozialausgaben im Zeitverlauf gruppiert nach Ländern

Die folgende Grafik zeigt die Sozialausgaben in % des BIP der ausgewählten Länder im Zeitverlauf. Hierbei kann man die einzelnen Länder genauer betrachten. Wie oben bereits erwähnt, sticht Mexiko aufgrund der niedrigen Sozialausgaben heraus, welche im gesamten Zeitraum nur zwischen 1,7 und 1,9 % des BIP betragen. Dies liegt vor allem daran, dass Mexiko ein Schwellenland ist. In Österreich kann man konstant hohe Sozialausgaben erkennen, ähnlich wie in Deutschland. Auch die skandinavischen Länder Norwegen und Finnland weisen überdurchschnittlich hohe Sozialausgaben auf. Wenig überraschend ist die Situation in den Vereinigten Staaten, da diese eher unterdurchschnittlich niedrige Sozialausgaben aufzeigt. Bei allen Ländern, bis auf Ungarn, ist jedoch im Großen und Ganzen ein Anstieg der Sozialausgaben im Zeitverlauf zu erkennen.

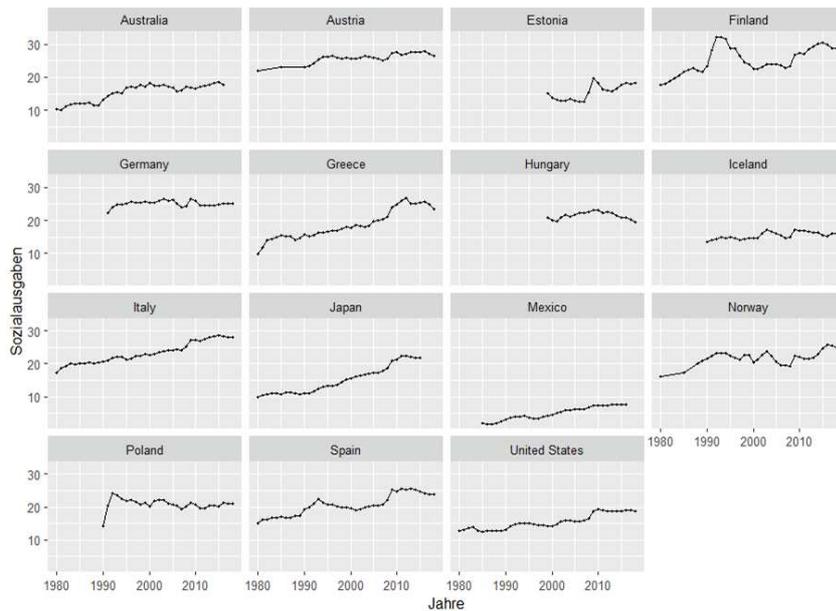


Abbildung 3: Sozialausgaben im Zeitverlauf gruppiert nach Ländern

7.4 Deskriptive Tabelle

Deskriptive Statistik							
Statistic	N	Mean	St. Dev.	Min	Pctl(25)	Pctl(75)	Max
Gesamtzahl_Regierungsmitglieder	482	24.519	7.886	14.000	20.000	26.000	64.000
Frauen_Regierung	482	3.865	2.692	0.000	2.000	6.000	13.000
Sozialausgaben	490	19.000	5.988	1.725	15.276	23.339	32.264

Abbildung 4: Deskriptive Tabelle

In dieser deskriptiven Tabelle haben wir die wichtigsten Statistikmaße dargestellt. N ist hier die Anzahl der Beobachtungen, Mean der durchschnittliche Wert der angegebenen Variablen und Min und Max stellen jeweils den kleinsten und größten beobachteten Wert dar.

Die durchschnittliche Abweichung (=St. Dev.), sowie die Quartile (Pctl25, Pctl75) sind für unsere Forschung nicht relevant. Im Folgenden wird auf die einzelnen Variablen näher eingegangen. Der maximale Wert beträgt hier 64 Regierungsmitglieder, welcher in Australien im Jahr 2013 war. Von den 64 Mitgliedern waren zehn Frauen in der Regierung. Das Minimum der gesamten Regierungsmitglieder beträgt 14, was auf Island im Jahr 1995, 1998, 2011, 2012, 2015 und 2016 zutrifft. In diesen Jahren lag der Frauenanteil immer zwischen eins und fünf Frauen in der Regierung. Nicht in der Tabelle zu finden, jedoch trotzdem interessant ist, dass

in Mexiko in den Jahren 1986, 1987 und 1988 von 23 Regierungsmitgliedern null Frauen waren. Der maximale Frauenanteil in der Regierung war im Jahr 2009 in Finnland. Hier bestand die Regierung insgesamt aus 25 Mitgliedern und dreizehn davon waren Frauen. Dies ist vergleichsweise ein sehr hoher Wert, da hier die Frauen über 50% der gesamten Regierung ausmachen. Auch die Betrachtung der Sozialausgaben ist relevant. Die maximalen Sozialausgaben sind 32,264 in % des BIP, was im Jahr 1993 in Finnland der Fall war. In diesem Jahr waren es insgesamt 21 Regierungsmitglieder und sieben davon waren Frauen. Das Minimum der Sozialausgaben betrug 1,725 % des BIP im Jahr 1987 in Mexiko. Um noch näher auf Österreich einzugehen, möchten wir erwähnen, dass die Sozialausgaben im Jahr 2016 mit 27,837% des BIP am höchsten waren. Die höchste Frauenquote in der Regierung war in Österreich in den Jahren 2007 und 2008 mit 9 Frauen von insgesamt 25 Regierungsmitgliedern. In diesen Jahren betrugen die Sozialausgaben um die 25% des BIP.

7.5 Lineare Regression

Im Folgenden wurde analysiert, wie stark unsere beiden Variablen miteinander korrelieren. Dafür wurde eine lineare Regression erstellt, wobei wir unsere abhängige Variable, also die Sozialausgaben in % des BIP, anhand einer linearen Funktion der unabhängigen Variable, dem

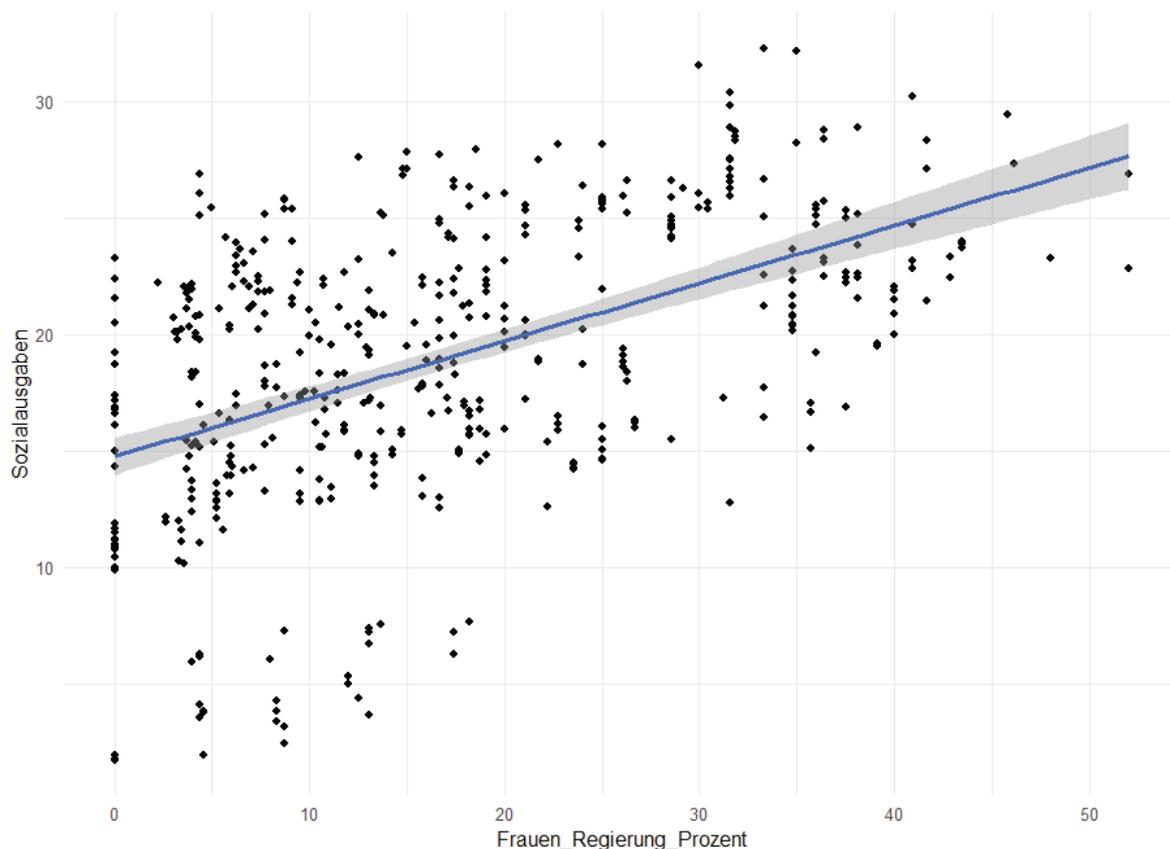


Abbildung 5: Lineare Regression

Frauenanteil in der Regierung, erklären. Im weiteren Verlauf haben wir uns die Ergebnisse in einer Regressionstabelle ausgeben lassen.

Zuerst gehen wir näher auf die oben angeführte Grafik ein. Auf der x-Achse befindet sich unsere unabhängige Variable und auf der y-Achse die abhängige Variable, welche wir erklären. Hier wird ein klarer linearer Zusammenhang unserer beiden Variablen deutlich. Einen linearen Zusammenhang erkennt man im Vergleich zu einem nichtlinearen Zusammenhang daran, dass eine gerade Linie durch die Punktwolke gezogen werden kann. Dennoch befinden sich in der linken unteren Ecke Ausreißer, welche Länder mit einer niedrigen Frauenquote und einem niedrigen Anteil an Sozialausgaben widerspiegeln. Ein ganz klares Beispiel dafür stellt das Land Mexiko dar. Doch auch innerhalb Mexikos zeichnet sich ein steigender Trend ab.

7.5.1 Regressionstabelle ohne Kontrollvariablen

<i>Dependent variable:</i>	
Sozialausgaben	
Frauen_Regierung_Prozent	0.248*** (0.020)
Constant	14.756*** (0.408)
Observations	482
R ²	0.249
Adjusted R ²	0.248
Residual Std. Error	5.220 (df = 480)
F Statistic	159.393*** (df = 1; 480)
<i>Note:</i>	* p<0.1; ** p<0.05; *** p<0.01

Abbildung 6: Regressionstabelle ohne Kontrollvariable

Beim Blick auf die Regressionstabelle wird außerdem folgendes klar. Da die Sozialausgaben mit durchschnittlich 14,76% weit unterhalb des Durchschnitts liegen, den wir aus der deskriptiven Tabelle kennen, wird deutlich, dass der Einfluss von weiblichen Regierungsmitgliedern nicht zu unterschätzen ist. Vor allem da im Abgleich mit den Sozialausgaben der einzelnen

Länder meist ein höherer Wert vorliegt. Erkennbar ist dies auch daran, dass mit jedem Prozentpunkt die Sozialausgaben um 0,25% steigen. Das *Adjusted R² Outcome* der Regressionstabellen ohne Kontrollvariable lässt außerdem erkennen, dass die gewählten Variablen einen 25%-igen Zusammenhang aufweisen. Dieser Zusammenhang ist zwar noch relativ gering, was darauf schließen lässt, dass Frauen in Regierungen nicht der einzige Grund für das Ansteigen der Sozialausgaben sind. Dem gegenüber steht jedoch das sehr hohe Signifikanzniveau, das eine Fehlerwahrscheinlichkeit bei diesem Zusammenhang nahezu ausschließt.

7.5.2 Regressionstabelle mit Kontrollvariablen

	<i>Dependent variable:</i>	
	Sozialausgaben	
	(1)	(2)
Frauen_Regierung_Prozent	0.248*** (0.020)	0.207*** (0.022)
Jahre		0.106*** (0.025)
Constant	14.756*** (0.408)	-197.197*** (50.470)
Observations	482	482
R ²	0.249	0.276
Adjusted R ²	0.248	0.273
Residual Std. Error	5.220 (df = 480)	5.132 (df = 479)
F Statistic	159.393*** (df = 1; 480)	91.278*** (df = 2; 479)
<i>Note:</i>	* p<0.1; ** p<0.05; *** p<0.01	

Abbildung 7: Regressionstabelle mit Kontrollvariablen

Um das Ergebnis der Regression zu überprüfen, ist in Abbildung 7 die Tabelle mit der Kontrollvariable „Jahre“ zu sehen. Dabei lässt sich vor allem beim Blick auf das *Adjusted R² Outcome* erkennen, dass es eine Steigerung gibt, die unsere erste Hypothese bestätigt. Diese Steigerung ist zwar nur minimal, trotzdem zeigt sie, dass ein Zusammenhang zwischen den gewählten Variablen besteht. Das lässt jedoch auch weiterhin den Schluss zu, dass es neben dem Frauenanteil auch noch viele weitere Gründe für eine Steigerung der Sozialausgaben geben wird.

8. Fazit

Abschließend lässt sich also sagen, dass die wachsende Beteiligung von Frauen in Regierungen in den betrachteten Ländern und über den betrachteten Zeitraum durchaus mit ebenfalls steigenden Sozialstaatausgaben einher geht. Neben der Forschungsfrage kann also auch die Hypothese 1 bestätigt werden, da beim Blick auf die Ergebnisse deutlich wird, dass sich mehr Frauen in den Regierungen der betrachteten Länder befinden und die Sozialausgaben über die Jahre auch steigen. Ob diese steigenden Ausgaben komplett auf die Partizipation von Frauen zurückzuführen sind, lässt sich anhand dieser Forschung nicht sagen, jedoch bietet sie eine gewisse Grundlage und Raum für Vertiefungen. Dabei können weitere Kriterien herangezogen und mögliche Unterscheidungen in den Sozialausgaben eines Staates getroffen werden. Trotzdem stellt man bei der Betrachtung der Ergebnisse fest, dass die stärkere Partizipation von Frauen in Regierungen und das Wachsen der Sozialausgaben ungefähr parallel verlaufen, was auf einen Zusammenhang schließen lässt. Beim genaueren Betrachten der Ergebnisse fallen interessante und spannende Zahlen ins Auge. So zum Beispiel, dass Regierungen in den betrachteten Ländern groß ausfallen können, z.B. Australien 2013 mit 64 Mitgliedern, trotzdem waren nur 10 Frauen daran beteiligt. Mit 17% vom BIP lagen die Sozialausgaben in Australien in diesem Jahr auch etwas unterhalb des Durchschnitts aller Länder, wohingegen die finnische Regierung in den Jahren 2007 und 2009 13 von 25 Frauen in der Regierung hatte und mit steigenden Sozialausgaben von 22% auf 26% einen überdurchschnittlichen Wert aufweist. Wo genau schlussendlich die Korrelation von weiblicher Beteiligung in Regierung und den Sozialausgaben eines Staates liegt, lässt sich nicht genau sagen, aber die Vermutung liegt nahe, dass es einen Zusammenhang geben könnte, der in den weiteren Forschungen aufgedeckt werden kann.

Literaturverzeichnis

Blome, A. / Fuchs, G. (2017): Macht und substantielle Repräsentation von Frauen, *Femina Politica*. Bundeszentrale für politische Bildung. Sozialstaat. Sozialstaat | bpb.de (abgerufen am 23.05.2022)

Elsässer, L. / Schäfer A. (2018): Die politische Repräsentation von Frauen und der Umbau des Sozialstaats. In: *Politische Vierteljahresschrift*. (Deutscher Verein. f. Politikwissenschaften)

Feigl, S. (2021): *Frauenpolitische Errungenschaften. Geschichte und Gegenwart*. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz: Wien.

Hoecker, B. (1998): Einleitung. In: Hoecker, B. (Hrsg.): *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa*. VS Springer Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. S. 11 – 16.

Kittilson, M. C. (2008): Representing Women: The Adoption of Family Leave in Comparative Perspective. *The Journal of Politics*.

Kuller, C. (2007): Soziale Sicherung von Frauen – ein ungelöstes Strukturproblem im männlichen Wohlfahrtsstaat. Die Bundesrepublik im europäischen Vergleich. *Archiv für Sozialgeschichte* 2007 (47). S. 199 – 236.

Obinger, H. / Schmidt, M. (2019): *Handbuch Sozialpolitik*. VS Springer Verlag: Wiesbaden

Phillips, A. (1995): *The politics of presence. The political representation of gender, ethnicity, and race*. Oxford: Oxford University Press.

Republik Österreich Parlament: *Der mühsame Weg der Frauen in die Politik* (o. J.), <https://www.parlament.gv.at/PERK/FRAU/POL/> (abgerufen am 15.01.2022)

Schmitt, C. (2019): *Quantitative Methoden in der international vergleichenden Sozialpolitikforschung*. VS Springer Verlag: Wiesbaden

Teorell, J. / Kumlin, S. / Sundström, A. / Holmberg, S. / Rothstein, Bo. / Alvarado-Pachon, N. / Dalli, C. M. (2021): *The QOG OECD Dataset 2021. Codebook*. University of Gothenburg: The Quality of Government Institute.

Wängnerud, L. (2009): *Women in Parliaments. Descriptive and Substantive Representation*. In: *Annual Review of Political Science*. *Annual Review of Political Science*.

Geschlechtergerechte Repräsentation

Wie wirkt es sich auf die Inanspruchnahme der Kinderbetreuungsstätten aus, wenn mehr Frauen in der Regierung vertreten sind?

Abstract

Es herrscht Einigkeit, dass die Thematik "Geschlechtergerechte Repräsentation" im Allgemeinen, aber auch besonders in Hinsicht auf Politik und die damit verbundenen Tätigkeiten, wirklich wichtig ist. Aber wir wissen nicht viel über die Frage „Wie wirkt es sich auf die Inanspruchnahme der Kinderbetreuungsstätten aus, wenn mehr Frauen in der Regierung vertreten sind?“, obwohl Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit immer wichtiger werden und dieses Ziel in der Gesellschaft angestrebt wird. Unser Forschungsbericht konzentriert sich auf die Kinderbetreuungsquote der Dreijährigen und den Frauenanteil in der Regierung und stützt sich auf die OECD Datensätze "Enrolment rate in early childhood education" sowie "QoG OECD Datensatz", die wir anhand der gepoolten Zeitreihenanalyse bearbeitet haben. Durch unsere Recherche konnte zwar ein Zusammenhang festgestellt werden, jedoch kein signifikanter. In manchen Ländern sind die Zusammenhänge deutlicher und einfacher zu erkennen als in anderen.

1. Einleitung

Der vorliegende Bericht beschäftigt sich mit dem Thema „Geschlechtergerechte Repräsentation“ und gibt einen groben Überblick über die bisher bekannte Thematik und deren Ergebnisse.

Die Forschungsfrage unseres Berichts lautet: „Wie wirkt es sich auf die Inanspruchnahme der Kinderbetreuungsstätten aus, wenn mehr Frauen in der Regierung vertreten sind?“ Im Laufe der letzten Jahrzehnte sind immer mehr Frauen in den verschiedensten Gremien vertreten, was gewisse Veränderungen mit sich bringt, auf die wir in dieser Arbeit auch näher eingehen wollen (vgl. Jalalzai/Bolzendahl/Alexander, 2017, S.6).

Auch wenn es einen kleinen Aufwärtstrend gibt, sind Frauen noch immer in der Regierung unterrepräsentiert. Die Rede ist immer von Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit. Dies sollte auch in der Politik der Fall sein. Erwähnenswert ist auch, dass Frauen weltweit mit mehr als der Hälfte der Bevölkerung die mit Abstand größte Gruppe sind. Daher ist es umso wichtiger, dass diese Gruppe in der Regierung angemessen vertreten ist.

Somit werden wir in diesem Bericht untersuchen, ob es einen Zusammenhang zwischen mehr Frauen in der Regierung und einer höheren Kinderbetreuungsquote der Dreijährigen gibt. Grundsätzlich wird sich mehr mit Österreich beschäftigt, die daraus gewonnenen Daten wurden dann aber auch mit anderen Ländern verglichen.

Zuerst werden die Themen „Frauen in der Politik“ und das Thema „Kinderbetreuungsquote“ erläutert. In dem darauffolgenden Kapitel bekommt man einen Einblick in die Hypothese, auf die der Forschungsbericht beruht. Zudem wird dann auch noch der Datensatz, der bei der Forschung gewählt wurde vorgestellt, sowie die deskriptiven Statistiken, die aus dem Datensatz entstanden sind.

Zudem muss gesagt werden, dass uns bei der Verfassung des Berichts bewusst wurde, dass diese Thematik relativ kritisch zu betrachten ist, da man sehr schnell auf Vorurteile stößt. Aus diesem Grund wollten wir anmerken, dass wir uns dieser Vorurteile bewusst sind und versuchen, so gut wie möglich, objektiv zu bleiben.

2. Theorie

2.1. Frauen in der Politik

In diesem Abschnitt beschäftigen wir uns vor allem mit der historischen Entwicklung von Frauen in der Politik. Es geht hierbei um Hintergrundinformationen, die eine Voraussetzung dafür sind, zu verstehen, warum diese Thematik auch jetzt noch wichtig und relevant ist. Auf Basis dieser Informationen entwickelten wir sowohl unsere Forschungsfrage als auch unsere Hypothese.

2.1.1. Geschichtlicher Einblick

Es war nicht immer der Fall, dass sich Frauen am politischen Geschehen beteiligen konnten. In Österreich wurde 1918 das allgemeine Wahlrecht eingeführt, was ein großer Schritt für die Entwicklung der Frauen in der Politik war. Im Jahr 1919 kam es dann auch erstmals dazu, dass weibliche Abgeordnete in das Parlament einzogen. Zum damaligen Zeitpunkt zogen insgesamt acht Frauen in das Parlament ein. In den Jahren von 1919 bis 1975 blieb zudem auch der Frauenanteil im Parlament fast gleich, der Anteil war nie höher als 6,7 Prozent (vgl. Parlament, 2021).

Im Nationalrat kam es im Dezember 2002 zum ersten Mal dazu, dass der Frauenanteil über ein Drittel der Abgeordneten ausmachte. Jedoch kam es nach den Nationalratswahlen in 2006 zu einem Rückgang der weiblichen Abgeordneten. 2008 waren es dann insgesamt nur 50 Frauen von 183 Abgeordneten, die im Nationalrat saßen. Zurzeit kann gesagt werden, dass der Frauenanteil bei fast 40 Prozent liegt (vgl. Parlament, 2021).

Europaweit wurde erstmals die weibliche politische Partizipation während der Französischen Revolution, genauso während der Revolution von 1848 bemerkbar. Jedoch handelte es sich hier nur um einen Einzelfall, denn erst am Ende des 19. Jahrhunderts kam es zu vielen Frauenbewegungen in den Ländern. Frauen kämpften gezielt für ihre politischen und sozialen Rechte. Einer der Gründe, warum die Frauenbewegungen überhaupt entstanden, waren die Wahlrechtsreformen. Obwohl wenige Frauen das Recht hatten an Wahlen teilzunehmen, war der Großteil der weiblichen Bevölkerung von der politischen Partizipation ausgeschlossen (vgl. Österreichische Nationalbibliothek, 2022).

Nach dem ersten Weltkrieg kam es dann zu einem sehr radikalen politischen Umbruch. Nicht nur Österreich führte 1918 das Frauenwahlrecht ein, sondern viele andere Länder begannen auch damit, Frauen eine politische Stimme zu geben. Finnland war eines der ersten Länder, welche das Frauenwahlrecht einführten (1906), gefolgt von Norwegen (1913), genauso wie Dänemark und Island (1915). Gleichzeitig wie Österreich führten auch Deutschland, Estland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Polen und Russland 1918 das Frauenwahlrecht ein. In manchen Ländern kam es aber nicht zur gewünschten Veränderung. Beispielsweise mussten Frauen in Frankreich (1944) und Belgien (1948) noch länger auf die politische Gleichberechtigung warten. Die meisten südeuropäischen Länder, genauso wie die Schweiz, führten das Wahlrecht

für Frauen erst nach dem zweiten Weltkrieg ein (vgl. Österreichische Nationalbibliothek, 2022).

Danach kam es zu weiteren Schritten, die den Frauenanteil in der Politik erhöhen sollten. Die UN-Frauenstatuskommission wollte bis zum Jahr 1995, einen Frauenanteil von jeweils 30 Prozent in Parteien, Gewerkschaften, Regierungen und in anderen signifikanten Institutionen erreichen. Dieser Plan wurde als eines der 12 strategischen Ziele in der Pekinger Deklaration und Aktionsplattform festgelegt (vgl. Bundeskanzleramt, 2021).

2.1.2. Österreich Heute

Trotz vieler Regelungen kann man auch heute in Österreich noch nicht von einer ausgewogenen politischen Vertretung sprechen. Wenn man sich die einzelnen Gremien genauer ansieht, kann man feststellen, dass in der Bundesregierung momentan 47 Prozent Frauen vertreten sind und im Nationalrat beträgt der Frauenanteil nur circa 40 Prozent. Bei den Gemeinden sind Frauen auch sehr deutlich die Minorität. Insgesamt gibt es 2.095 Gemeinden in ganz Österreich, wobei laut Angaben in 2021, nur 198 eine Bürgermeisterin hatten. Somit beträgt der Frauenanteil auf Ebene der Gemeinden 9,5 Prozent. Sieht man sich weitere Institutionen an, kann auch hier festgestellt werden, dass Frauen meist in der Minderheit sind (vgl. Bundeskanzleramt, 2021, S.9ff).

Eine ausgeglichene Vertretung von Männern und Frauen in politischen Entscheidungspositionen sichert somit auch die Vertretung der gesamten Bevölkerung. Daher führten einige österreichische Parteien interne Quotenregelungen für sowohl die Wahllisten als auch für die zu besetzenden Mandate und Funktionen ein. Jedoch gibt es in Österreich noch keine gesetzlichen Bestimmungen, wie in vielen anderen europäischen Ländern auch (vgl. Parlament, 2021).

In zehn EU-Mitgliedsstaaten, unter anderem in Frankreich, Belgien oder Portugal, gibt es bereits die besagten gesetzlichen Quotenregelungen für Parlamentswahlen. Dabei werden Mindestwerte nach Geschlecht für die Zusammensetzung der Wahllisten angegeben, die bei der Nichteinhaltung an verschiedenste Sanktionen gebunden sind.

In Polen, Slowenien, Italien, Spanien und Belgien werden Wahllisten, die den Mindestanteil nicht erfüllen, überhaupt nicht erst zugelassen. In Irland, Portugal, Kroatien und Frankreich werden hingegen bei der Nichteinhaltung unterschiedliche finanzielle Sanktionen angesetzt (vgl. Bundeskanzleramt, 2021, S.28f).

Beim Vergleich der EU-Staaten ist sehr deutlich zu erkennen, dass Mitgliedstaaten mit solchen gesetzlichen Quotenregelungen eine schnellere Erhöhung vorweisen als Mitgliedsstaaten, welche freiwillige Regelungen auf Parteiebene implementiert haben. Nach Angaben des European Institute of Gender Equality (EIGE) verdoppelte sich der Frauenanteil seit 2004 in jenen EU-Staaten, welche eine gesetzliche Quotenregelung eingeführt haben. Länder, ohne solcher Regelungen, machen deutlich kleinere Fortschritte (vgl. o.V., Bundeskanzleramt, 2021, S.29f).

Im Jahr 2019 wurde dann auch im Nationalrat eine Änderung des Klubfinanzierungsgesetzes durchgeführt. Hier wurde ein Bonus dafür beschlossen, wenn ein Frauenanteil von mehr als 40 Prozent erreicht wird. Somit wird die Klubförderung um 3 Prozent erhöht, wenn ein Parlamentsklub mehr als 40 Prozent Frauen beinhaltet (vgl. o.V., Bundeskanzleramt, 2021, S. 18).

2.1.3. Weltweit Frauen in der Politik

Sieht man sich die Repräsentation von Frauen in der Politik weltweit genauer an, kann festgestellt werden, dass auch hier ein relativ kleiner Anteil von Frauen in den politischen Ämtern vertreten ist. In den letzten Jahrzehnten ist bereits eine Verbesserung zu sehen, jedoch besetzen Frauen trotzdem nur 24,3 Prozent der Parlamentsplätze weltweit.

In vielen Länder, wie beispielsweise in den Nördlicheren, kann man bereits eine Verbesserung erkennen. Dort sind circa 42,8 Prozent der Parlaments Plätze von Frauen besetzt. Dennoch liegt der Frauenanteil in vielen Ländern noch unter 10 Prozent, in drei Ländern weltweit gibt es zudem noch immer keine weibliche Vertretung im Parlament (vgl. Hessami/Lopes da Fonseca, 2020, S.1).

Der Gender Pay Gap im politischen Feld mit 78 Prozent ist besonders groß. Seit 2020 ist der Gender Pay Gap um 2,4 Prozent gestiegen. Diese Zahlen führen auf eine Studie zurück, die sich 156 Länder genauer ansieht. Es wird erwartet, dass sich der Gender Pay Gap im politischen Feld bei den jetzigen Entwicklungen erst in 145,5 Jahren schließen wird (vgl. World Economic Forum, 2021, S.5).

Trotz der Verbesserung der weiblichen Repräsentation erkennt man, dass Frauen weniger führende Positionen besetzen. Anfang 2019 waren weltweit nur 19 Frauen Staatsoberhaupt oder Regierungschefin. Zudem waren weltweit 20,7 Prozent der Frauen Ministerinnen.

Obwohl Verbesserungen bemerkbar sind, kann man noch immer nicht von einer geschlechtergerechten Repräsentation sprechen (vgl. Hessami/Lopes da Fonseca, 2020, S.2f).

2.1.4. Unterschiede zwischen Mann und Frau

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass solange es noch Unterschiede in den Präferenzen der Richtlinien in den politischen Entscheidungen zwischen den beiden Geschlechtern gibt, hat das Geschlecht einen Einfluss und einen Effekt auf die zu treffenden Entscheidungen (vgl. Hessami/Lopes da Fonseca, 2020, S.2).

Frauen sind zudem mehr dazu geneigt, Probleme anzusprechen, die hauptsächlich Frauen selbst betreffen. Unter anderem widmen sie sich vermehrt Themen wie Sexismus sowie Gesetze für Abtreibungen. Zudem beschäftigen sie sich durch die traditionellen Geschlechterrollen auch mehr mit Familienhilfen und den Gesetzen bezüglich dem Kindesunterhalt (vgl. Hessami/Lopes da Fonseca, 2020, S.4).

Noch hinzu kommt, dass Frauen formale und informelle Barrieren für spätere Politikerinnen brechen und zugleich sind sie Vorbilder für Frauen und Mädchen weltweit (vgl. Hessami/Lopes da Fonseca, 2020, S.2).

2.1.5. Gründe für die Unterrepräsentation von Frauen

Bei Untersuchungen kam man sehr rasch auf Gründe, warum Frauen überhaupt in der Politik so unterrepräsentiert sind.

Wenn man sich den Wettkampf genauer ansieht, stellt sich heraus, dass Frauen überhaupt weniger oft für ein Amt kandidieren. Der Grund hierfür ist der Wettbewerb. Frauen, mit denselben Qualitäten wie ihre männlichen Gegner, kandidieren seltener für ein politisches Amt, weil sie seltener dazu ermutigt werden als die männlichen Kandidaten. Somit beginnt der Wettkampf schon einmal mit weniger weiblichen Kandidatinnen (vgl. Hessami/Lopes da Fonseca, 2020, S.3).

Zudem kommt, dass viele Wähler*innen Vorurteile gegenüber den weiblichen Kandidatinnen aufweisen. Nicht nur Wähler*innen haben diese Vorurteile, sondern man erkennt auch, dass die Parteiführer*innen oft schon vorab negativ auf die weiblichen Kandidatinnen eingestellt sind. Außerdem hat ein Großteil der heutigen Gesellschaft, vor allem die ältere Generation, ein sehr veraltetes Bild von Frauen. All das trägt natürlich auch zu der Unterrepräsentation von Frauen in der Politik bei (vgl. Hessami/Lopes da Fonseca, 2020, S.3).

Frauen und Männern werden zu dem unterschiedliche, sich einander ausschließende Kompetenzen zugeschrieben, die sich zudem auch in unterschiedlichsten Politikfeldern einordnen.

Männer stehen für Außenpolitik, Militär, Wirtschaft und Sicherheit. Wohingegen Frauen eher für Gesundheit, Erziehung, Umwelt und Soziales eingesetzt werden (vgl. Holtz-Bacha, 2009).

Daraus wird klar, dass Frauen, besonders in der Politik, auch mit gesellschaftlichen Stereotypen zu kämpfen haben. Die potenziellen Wähler*innen haben bestimmte Vorstellungen davon, was sie in einem/einer zukünftigen Politiker*in sehen, welche Eigenschaften sie vorweisen sollen und wie sie sich zu verhalten haben. All diese Eigenschaften und Charakterzüge sind meist Merkmale, die eher dem männlichen Geschlecht zugeschrieben werden (vgl. Holtz-Bacha, 2009).

2.1.6. Effekte von Frauen in der Politik

In Bezug auf unser Forschungsthema, wurde bereits auf wissenschaftlicher Basis gezeigt, dass Frauen in der Politik in bestimmten Bereichen einen erheblichen Effekt auf die Regelungen und Gesetze haben. Vor allem in Industrieländern gibt es einen eindeutigen Zusammenhang von der Bereitstellung von öffentlichen Gütern, mit Fokus auf Bildung und Gesundheit. Zu betonen ist hier aber, dass nicht festgestellt wurde, ob ein höherer Frauenanteil einen Einfluss auf die öffentliche Politik hat, vor allem wenn man sich die Ausgabenmuster ansieht. Neue Erkenntnisse zeigen wiederum, dass die Vertretung von Frauen, Veränderungen mit sich bringen, speziell bei den Beratungen im parlamentarischen Bereich und auch bei spezifischen Entscheidungen (vgl. Hessami/Lopes da Fonseca, 2020, S.1).

Es wurden schon einige Forschungen durchgeführt und die Wissenschaftler*innen Bratton und Ray haben bereits festgestellt, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Frauenanteil in den norwegischen Gemeinderäten und der Kinderbetreuung gibt. Weiters hat eine Studie von Helena Svaleryd herausgefunden, dass der Frauenanteil in schwedischen Kommunalräten mit den Ausgaben für Kinderbetreuung und Bildung verknüpft ist (vgl. Hessami/Lopes da Fonseca, 2020, S.4).

Die zwei Wissenschaftler Jayasuriya und Burke machten eine interessante Erkenntnis. In ihrer Forschung beschäftigten sie sich mit 119 verschiedenen Ländern. Das Ergebnis aus dieser Forschung war, dass sie herausgefunden haben, dass eine stärkere Beteiligung von Frauen in der Regierung positiv mit dem Wirtschaftswachstum verbunden ist. Zudem gibt es auch noch zahlreiche Belege, dass die Vertretung von Frauen in der Regierung positiv mit fünf bestimmten Bereichen verbunden ist. Diese wären: Menschen, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft (vgl. Mirziyoyeva/Salahodjaev, 2021, S.2).

Auch andere Zusammenhänge wurden erforscht. Es wurde von den Wissenschaftler*innen Quamruzzaman und Lange festgestellt, dass ein höherer Frauenanteil mit einer höheren Impf- rate und geringeren Kindersterblichkeitsraten zusammenhängt. Mavisakalyan und Tarverd ha- ben in ihrer Forschung herausgefunden, dass mehr Bewusstsein für den Klimawandel mit ei- nem höheren Frauenanteil zusammenhängt. Dies hat zur Folge, dass die Vertretung von Frauen in der Politik sehr viele positive Effekte hat (vgl. Mirziyoyeva/Salahodjaev, 2021, S.3).

Die Beziehung zwischen weiblicher politischer Ermächtigung und schärferen staatlichen Maß- nahmen wurde bereits erforscht. Heraus kam, dass die Beteiligung von Frauen an der Regie- rung einen negativen und zudem auch einen signifikanten Zusammenhang mit dem Korrupti- onsindex hat. Wichtig zu erwähnen ist hier, dass bestimmte Faktoren berücksichtigt wurden, wie die wirtschaftliche Entwicklung, die Kultur und auch die koloniale Herkunft. Die weibliche Vertretung in der Regierung hat ebenfalls eine negative Auswirkung auf Bestechungen und Korruption (vgl. Salahodjaev u. a, 2020, S.3).

Schlussendlich kann nun gesagt werden, dass sich global einiges in den verschiedensten Län- dern geändert hat. Die Entwicklungen in Bezug auf die Repräsentation der Frauen in der Politik sind sehr positiv. Es gibt einen bemerkenswerten Anstieg des Frauenanteils. Zudem wurde das Jahr 2018 als „Das Jahr der Frau“ gefeiert (vgl. Hessami/Lopes da Fonseca, 2020, S.7).

Ein sehr aktuelles Beispiel für Österreich, dass auch mit unserer Hypothese übereinstimmen würde, wäre, dass die Frauen- und Familienministerin Susanne Raab ankündigte, dass sie mehr Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung in Österreich zu Verfügung stellen wird (vgl. o.V., Bundeskanzleramt, 2021).

2.2. Kinderbetreuungsquote

2.2.1. Kinderbetreuungsquote im Vergleich mit anderen Ländern

Zuerst sollte einmal gesagt werden, dass die Kinderbetreuung in vielen Ländern anders aus- sieht als in Österreich. Somit ist klar, dass sich die Kinderbetreuungsquote auch auf andere Faktoren bezieht.

Die Betreuungsquote für Kleinkinder unter drei Jahren ist mit 99 Prozent am höchsten in Frankreich, gefolgt von Schweden mit ca. 90 Prozent und Finnland mit 80 Prozent. Im Vergleich dazu, gibt es noch die Betreuungsform für die Altersgruppen von 3 Jahren bis Grundschulalter.

Hierbei ist Frankreich der Spitzenreiter, wo nahezu alle Kinder (99 Prozent) einen Betreuungsplatz haben. Schweden liegt auch sehr weit oben mit 80 Prozent und Finnland hingegen bildet das Schlusslicht mit 66 Prozent (vgl. Dörfler/Kaindl, 2007, S. 20).

Für ein besseres Verständnis der Prozentzahlen, hier noch ein Vergleich wie es in Österreich aussieht. Die Kinderbetreuungsquote der 0- bis 2-Jährigen liegt in Österreich bei 76 Prozent und bei den 3- bis 5-Jährigen bei 93 Prozent (vgl. o.V., Kinder Rechte – Kinderbetreuungsquote, 2020, S.1).

Die großen Unterschiede von Land zu Land in der Versorgungsquote lassen sich teilweise durch die unterschiedlichen rechtlichen Situationen in den untersuchten Ländern erklären. Es gibt zwar in allen vier Ländern einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz, jedoch gibt es unterschiedliche Regelungen in Bezug auf die Betreuungszeit und der Altersgruppen (vgl. Dörfler/Kaindl, 2007, S.20f).

2.2.2. Arten von Kinderbetreuung in Österreich

Für Österreich kann gesagt werden, dass es sehr viele verschiedene Arten von Kinderbetreuung gibt. Es ist ein Thema, dass die Eltern ab der Geburt an beschäftigt – vor allem ist es wichtig, wenn die Eltern vorhaben, wieder ins Berufsleben zurückzukehren, was bei den meisten der Fall ist. Um ein paar Betreuungsformen anzuführen: Kinderkrippen für Kinder unter drei Jahren, Kindergärten, Tagesmütter/Väter, Babysitter*innen, ganztägige Schulformen (vgl. o.V., Formen der Kinderbetreuung, 2022).

2.3. Entwicklung der Forschungsfrage

Bereits vor diesem Bericht, hatten wir schon Interesse an diesem Thema. Mit geschlechtergerechter Repräsentation haben wir uns schon im Vorhinein auseinandergesetzt und daher war das Thema für unseren Forschungsbericht schnell klar. Da es oft diese Vorurteile oder auch Gerüchte gibt, dass Frauen in der Politik sich mehr für die Bereiche Familie und Kinder einsetzen, wollen wir nun wissen, ob an diesen Vorurteilen etwas dran ist oder nicht. Wir haben uns dann für die Kinderbetreuungsquote entschieden. Zudem gibt es bereits bewiesene Effekte. Eine Studie von Helena Svaleryd hat herausgefunden, dass der Frauenanteil in schwedischen Kommunalräten mit den Ausgaben für Kinderbetreuung miteinander verknüpft ist. Daher wollten wir uns mit dem Thema auseinandersetzen und versuchen herauszufinden, ob auch in anderen Ländern ein Zusammenhang zwischen den beiden Faktoren besteht.

3. Hypothese

Aus der Theorie haben wir uns somit eine Hypothese abgeleitet – „Die Inanspruchnahme der Kinderbetreuungen wird mehr, wenn mehr Frauen in der Regierung vertreten sind.“ Wobei hier der Fokus auf der Kinderbetreuungsquote liegen soll.

Natürlich haben wir auch unabhängige und abhängige Variable definiert. In unserem Fall ist die abhängige Variable die Kinderbetreuungsquote und die unabhängige Variable die Frauen in der Regierung.

4. Daten

Wir mussten zwei verschiedene Datensätze zusammenmergen, da es bei uns keinen gab, der alle, für uns wichtigen, Daten bereits hatte. Zum einen hatten wir einen Datensatz (WhoGov) der sich mit Meso-Daten beschäftigt. Dieser Datensatz gab uns Informationen zu Geschlecht, Geburtsjahr sowie die Partei von Regierungsmitgliedern aus 177 Ländern von 1966 bis 2016. Da uns bei diesem Datensatz aber nur der Frauenanteil der Regierungsmitglieder*innen interessierte, filterten wir diese Daten, sowie die Länder und die Jahre heraus. Bei der Weiterverarbeitung unserer Daten fiel uns jedoch auf, dass der WhoGov Datensatz nicht passend für uns ist. Der Datensatz lieferte uns keine guten Variablen, die wir als Kontrollvariablen verwenden konnten (vgl. o.V., WhoGov Dataset, 2021).

Daher suchten wir uns einen neuen Datensatz und entschieden uns für den QoG OECD Datensatz (data_qog). Der Datensatz enthält Daten von 1946 bis 2020 von 35 Ländern. Es handelt sich hier um einen sehr großen Datensatz mit über 1.000 Variablen. Auch hier suchten wir uns die Variable, die den Frauenanteil der Regierungsmitglieder*innen widerspiegelt. Dabei ist zu bedenken, dass die Frauenquote nur ein Messwert eines bestimmten Zeitpunktes ist und dadurch unsere unabhängige Variable `wgov_minfem` nur den absoluten Frauenanteil darstellt. Um den tatsächlichen Frauenanteil in der Regierung zu bekommen, müssten wir dies wie folgt berechnen: $wgov_minfem/wgov_min \times 100 = \% \text{ Frauen in der Regierung}$ (vgl. o.V., QoG OECD Dataset, 2021).

Der zweite Datensatz den wir verwendeten OECD, oder auch `data_child`, beschäftigte sich mit der Kinderbetreuungsquote in 41 verschiedenen Ländern von 2000 bis 2019. Der Datensatz

war um einiges kleiner als der vorherige. Hier konnten wir alle Daten gebrauchen (vgl. o.V., OECD Data, 2021).

Da wir zwei Datensätze für unseren Forschungsbericht verwenden, mussten wir diese miteinander kombinieren, also mergen. Wie man im Bild unten erkennen kann, gibt es mehrere Möglichkeiten. Wir haben uns für „left_join()“ entschieden.

Um sich das nun leichter vorstellen zu können, hier nun eine kleine Erklärung anhand unserer Datensätze. Datensatz a => data_child; Datensatz b => data_qog. Der data_child Datensatz beinhaltet die Kinderbetreuungsquote, Länder, Jahre und noch weitere Daten, die für unsere Forschung wichtig sind. Wiederum der Datensatz data_qog ist sehr umfangreich und beinhaltet mehrere Daten, die für uns nicht von Nutzen sind.

Bei left_join ist es nun so, dass der Datensatz, der links steht zur Gänze übernommen wird. In unserem Fall ist das der kleinere Datensatz data_child. Der zweite Datensatz data_qog wird rechts eingefügt. Damit man nun die Datensätze miteinander kombinieren kann, braucht man Variablen, die in beiden Datensätzen gleich sind. In unserem Fall sind das die Variablen der Länder und der Jahre. So überschneiden sich dann die zwei Datensätze in diesen beiden Variablen. Durch den Befehl left_join werden nun alle Daten, die für uns nicht relevant sind automatisch entfernt und wir haben einen neuen Datensatz data_new. Mit den gemergten Datensatz haben wir in unserer Forschung weitergearbeitet (vgl. Strang, left join, 2021).

Combine Data Sets

a	
x1	x2
A	1
B	2
C	3

+

b	
x1	x3
A	T
B	F
D	T

=

Mutating Joins

<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead><tr><th>x1</th><th>x2</th><th>x3</th></tr></thead> <tbody><tr><td>A</td><td>1</td><td>T</td></tr><tr><td>B</td><td>2</td><td>F</td></tr><tr><td>C</td><td>3</td><td>NA</td></tr></tbody> </table>	x1	x2	x3	A	1	T	B	2	F	C	3	NA	dplyr::left_join(a, b, by = "x1") Join matching rows from b to a.			
x1	x2	x3														
A	1	T														
B	2	F														
C	3	NA														
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead><tr><th>x1</th><th>x3</th><th>x2</th></tr></thead> <tbody><tr><td>A</td><td>T</td><td>1</td></tr><tr><td>B</td><td>F</td><td>2</td></tr><tr><td>D</td><td>T</td><td>NA</td></tr></tbody> </table>	x1	x3	x2	A	T	1	B	F	2	D	T	NA	dplyr::right_join(a, b, by = "x1") Join matching rows from a to b.			
x1	x3	x2														
A	T	1														
B	F	2														
D	T	NA														
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead><tr><th>x1</th><th>x2</th><th>x3</th></tr></thead> <tbody><tr><td>A</td><td>1</td><td>T</td></tr><tr><td>B</td><td>2</td><td>F</td></tr></tbody> </table>	x1	x2	x3	A	1	T	B	2	F	dplyr::inner_join(a, b, by = "x1") Join data. Retain only rows in both sets.						
x1	x2	x3														
A	1	T														
B	2	F														
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead><tr><th>x1</th><th>x2</th><th>x3</th></tr></thead> <tbody><tr><td>A</td><td>1</td><td>T</td></tr><tr><td>B</td><td>2</td><td>F</td></tr><tr><td>C</td><td>3</td><td>NA</td></tr><tr><td>D</td><td>NA</td><td>T</td></tr></tbody> </table>	x1	x2	x3	A	1	T	B	2	F	C	3	NA	D	NA	T	dplyr::full_join(a, b, by = "x1") Join data. Retain all values, all rows.
x1	x2	x3														
A	1	T														
B	2	F														
C	3	NA														
D	NA	T														

Abbildung 1: Cheat Sheet RStudio

5. Methode

Die passende Methode für unsere Forschungsarbeit ist die „gepoolte Zeitreihenanalyse“, da hier Länder über die Zeit hinweg beobachtet werden. Es liegt also pro Land nicht nur eine Beobachtung pro Variable vor, sondern mehrere Beobachtungen pro Land je nach Größe des Untersuchungszeitraums. Wie oben erwähnt wollen wir mehrere Länder vergleichen und somit einen Zusammenhang feststellen. Zur Analyse der Einflussbeziehungen wird die „Ordinary Least Square Regression“ (OLS) verwendet (vgl. Schmitt, 2019, S.2f).

6. Deskriptive und Schließende Statistik

Im folgenden Kapitel werden die verschiedenen Grafiken, welche wir mit unserem zusammengeführten Datensatz erstellt haben, vorgestellt und beschrieben. Zuerst eine Tabelle, um die verschiedenen Werte geordnet darstellen zu können, dann zwei Streudiagramme, womit wir die beiden Hauptvariablen in Verbindung setzen konnten. Daraufhin kommen wir zum Streudiagramm, genauso wie zur Regressionstabelle. Zudem wird noch näher auf die Normalverteilung und Homoskedastizität eingegangen. Danach haben wir Kreuztabellen erstellt und einen Boxplot, um die beiden Variablen noch mehr in Zusammenhang stellen zu können. Weiters haben wir auch einen Zeitreihenplot mit einigen Länder Beispielen erstellt, um so die Unterschiede zwischen einigen Ländern darstellen zu können.

6.1. Deskriptive Statistik

6.1.1 Tabelle

Als erste deskriptive Statistik haben wir zunächst eine Tabelle erstellt, um über die drei wichtigsten Variablen einen besseren Überblick zu bekommen. Mithilfe dieser konnten wir erste Werte und Zusammenhänge dieser Variablen darstellen.

	vars	n	mean	sd	median	trimmed	mad	min	max	range	skew
AGE_3	1	398	69,35	28,25	77,58	73,70	22,59	0,00	100,00	100,00	-1,14
wgov_min	2	339	17,12	5,03	16,00	16,85	4,45	7,00	33,00	33,00	0,53
female_minister_share	3	339	25,96	14,93	25,00	25,56	16,85	0,00	57,14	57,14	0,20
	kurtosis	se									
AGE_3	0,32	1,42									
wgov_min	0,31	0,27									
female_minister_share	-0,91	0,81									

Abbildung 2: Tabelle

Die Tabelle stellt den Zusammenhang zwischen allen Minister*innen in der Regierung "wgov_minister", den tatsächlichen Frauenanteil in der Regierung "female_minister_share" und der Kinderbetreuungsquote aller Dreijährigen "AGE_3" dar. Aus der Tabelle ist ersichtlich, dass der Mittelwert („mean“), also der Durchschnittswert aller Kinderbetreuungsquoten, der drei Jahre alten, bei 69,35 Prozent liegt. Das heißt durchschnittlich rund 70 Prozent aller Dreijährigen befinden sich in Kinderbetreuung. Der Mittelwert der Minister*innen liegt hier bei 17,12. Die Variable „female_minister_share“ wurde mithilfe unseres neu zusammengeführten Datensatzes erstellt und besagt den tatsächlichen Anteil an Minister*innen in der Regierung. Hierbei liegt der Mittelwert bei 25,96. Als nächsten wichtigen Wert kann man hier auch die Standardabweichung ablesen, welche die Streubreite der Merkmale um den Mittelwert beschreibt. Die Standardabweichung („sd“) beträgt bei den Dreijährigen 28,25, bei den Minister*innen liegt sie bei 5,03 und bei dem tatsächlichen Minister*innen Anteil in der Regierung liegt sie bei 14,93. Als nächsten wichtigen Wert in dieser Tabelle ist der Median zu erkennen, dieser ist jener Wert, der bei einer Auflistung aller Merkmale, genau in der Mitte liegt. Bei der Kinderbetreuungsquote aller Dreijährigen beträgt dieser 77,58 Prozent, bei den Kabinettsminister*innen beträgt dieser 16 und bei den tatsächlichen Ministerinnen in der Regierung beträgt dieser 25. Der kleinste Wert bei der Kinderbetreuungsquote der Dreijährigen ist in dieser Tabelle als 0 Prozent ersichtlich und der größte als 100 Prozent. Bei den Kabinettsminister*innen ist der Minimalwert 7 und der Maximalwert 33. Bei dem tatsächlichen Minister*innen Anteil in der Regierung liegt der kleinste Wert bei 0 und der größte Wert bei 57,14.

6.1.2 Streudiagramme

Mittels einer linearen Regression wird ein Zusammenhang zwischen einer Zielvariable, in unserem Fall die Kinderbetreuungsquote oder AGE_3, und einer Einflussvariable, in unserem Fall die Frauen in der Regierung untersucht.

Als nächste Grafik wurde ein Streudiagramm erstellt, um den Zusammenhang zwischen der Kinderbetreuungsquote und dem Frauenanteil in der Regierung besser darstellen und analysieren zu können. Unten sieht man hier zwei Grafiken, beide wurden jedoch mit denselben Variablen und Werten erstellt. Der Unterschied zwischen den beiden Darstellungen ist lediglich die Regressionsgerade, welche in der unteren Grafik linear ist und in der Oberen kurviger. Dies liegt daran, dass die erste Regressionsgerade von R Studio erstellt wurde. Um die grafische Darstellung ansehnlicher zu machen, fügten wir den Befehl "geom_smooth (method = "lm")" hinzu. So entstand, wie in der zweiten Grafik sichtbar, eine lineare Regressionsgerade

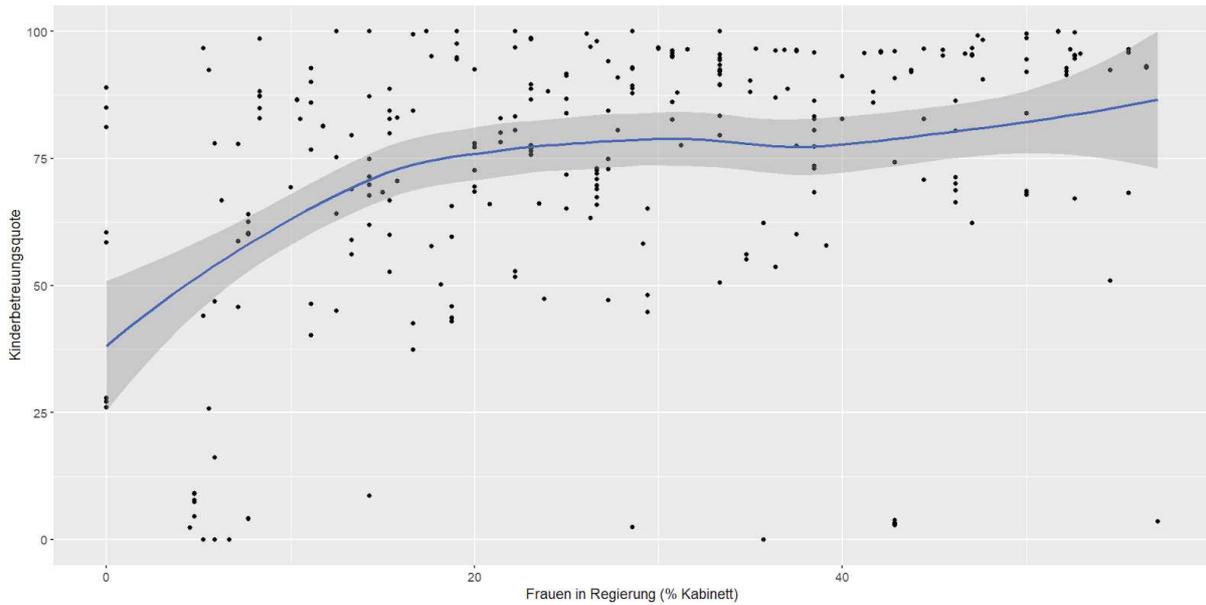


Abbildung 3: Streudiagramm - erstellt mit dem Programm R

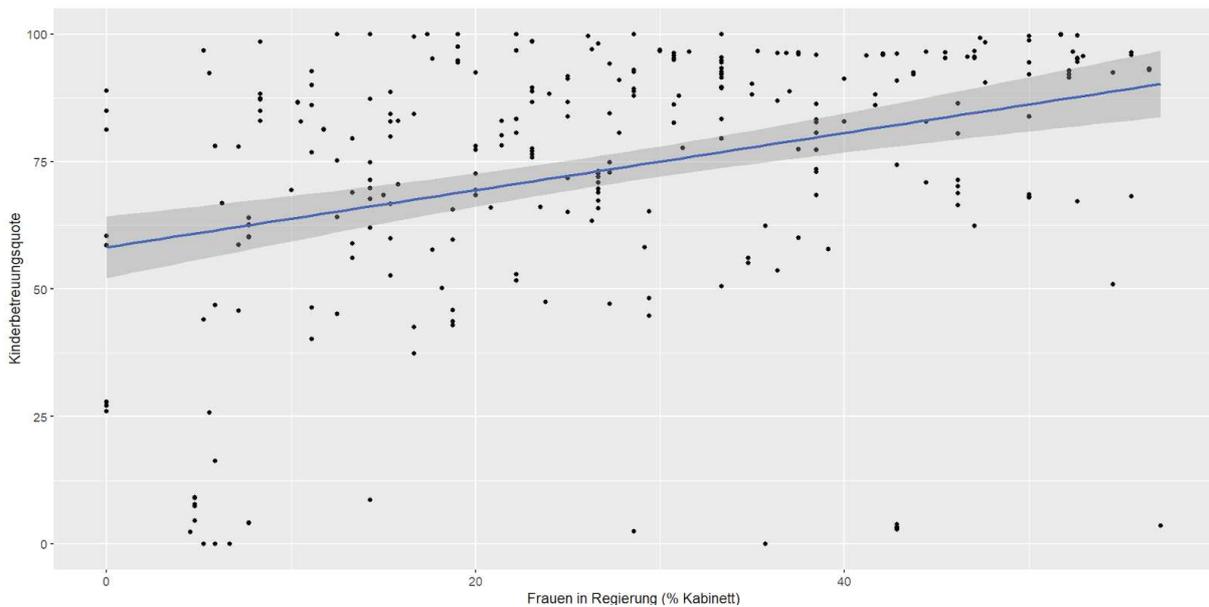


Abbildung 4: Streudiagramm - lineare Regressionsgerade

Die Kinderbetreuungsquote ist hier auf der y-Achse abgebildet und der prozentuale Anteil der Frauen in der Regierung auf der x-Achse. Der kleinste Wert des Frauenanteils, sowie auch der Kinderbetreuungsquote liegt hier bei 0 Prozent. Der größte Wert der Kinderbetreuungsquote liegt hier so wie in der Tabelle oben ersichtlich bei 100 Prozent und der Frauenanteil bei 57,14 Prozent.

Die Regressionsgerade zeigt in der Grafik Schwankungen, jedoch im weiteren Sinne steigt die Kinderbetreuungsquote eher, wenn mehr Frauen in der Regierung vertreten sind. Jedoch ist

der Zusammenhang nicht sehr stark. Viele Ausreißer sind hier vor allem im mittleren Feld der Grafik zu sehen, sowie auch einige Ausreißer, bei denen die Kinderbetreuungsquote sehr niedrig, jedoch ein nicht so geringer Frauenanteil ersichtlich ist. Manche Ausreißer zeigen hier auch, dass es in einigen Ländern durchaus auch eine große Kinderbetreuungsquote gibt, wo sehr wenige bis gar keine Frauen in der Regierung vertreten sind.

Mithilfe dieser Grafik kann der Zusammenhang der beiden Variablen grafisch eindeutiger dargestellt werden. Hier ist somit auch ersichtlich, dass ein Zusammenhang zwischen dem Anteil der Frauen in der Regierung und der Kinderbetreuungsquote besteht, wenn auch ein nicht sehr großer.

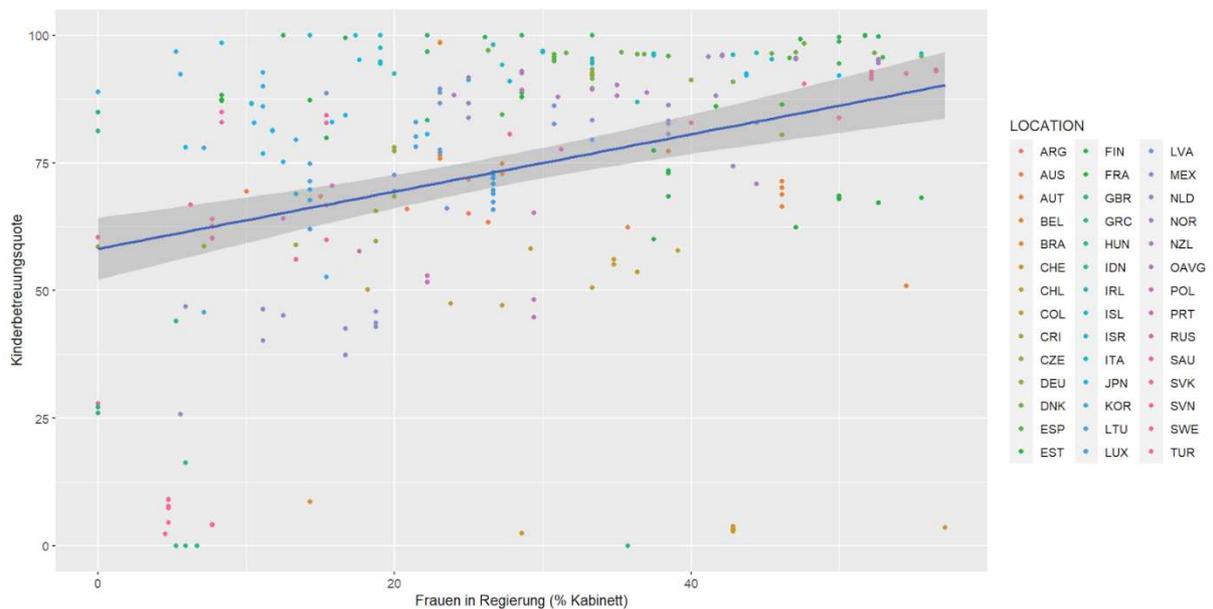


Abbildung 5: Streudiagramm - Bezug auf Länder

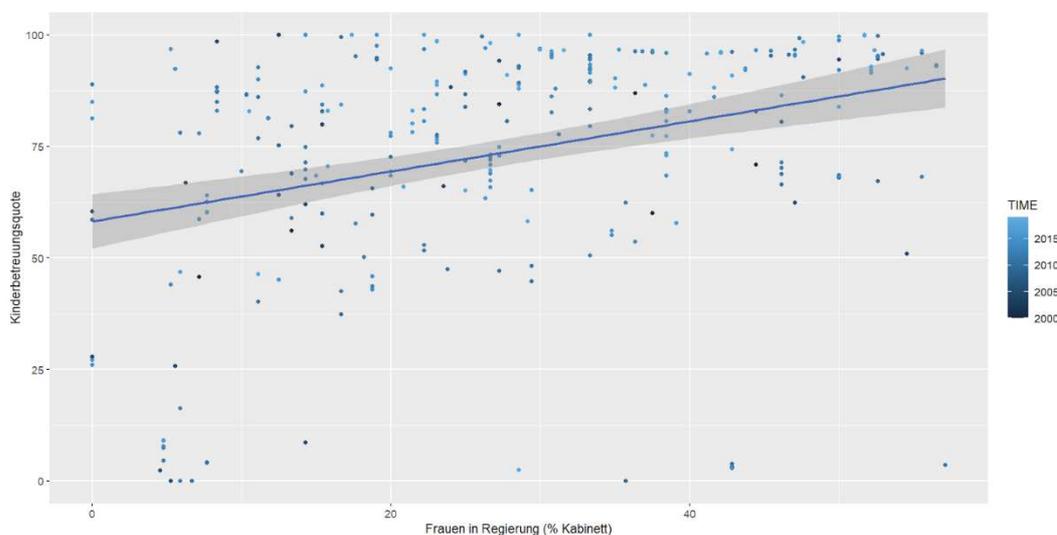


Abbildung 6: Streudiagramm - Bezug auf Jahre

In der dritten hier ersichtlichen Grafik haben wir mit Hilfe von R herausfinden wollen, ob ein bestimmtes Land die Regressionsgerade besonders nach unten drückt. Daher haben hier auch alle Länder, die wir mit einbezogen haben, verschiedene Farben. Wie man hier nun aber sehr gut erkennen kann, gibt es kein bestimmtes Land/keine bestimmten Länder, welche die Regressionsgerade besonders nach unten ziehen, denn es sind viele verschieden farbige Punkte zu sehen. Darüber hinaus haben wir mit demselben Prinzip auch noch eine vierte Grafik erstellt, wobei wir hier jedoch nicht die Länder, sondern die Jahreszahlen untersucht haben. Somit wollten wir ausschließen, dass irgendein Jahr oder mehrere Jahre schlecht abgeschnitten haben. Jedoch auch hier waren keine Zusammenhänge sichtbar.

6.1.3 Boxplot

In diesem Kapitel wird unser Boxplot analysiert, welcher ebenfalls mit dem neuen zusammengeführten Datensatz erstellt wurde.

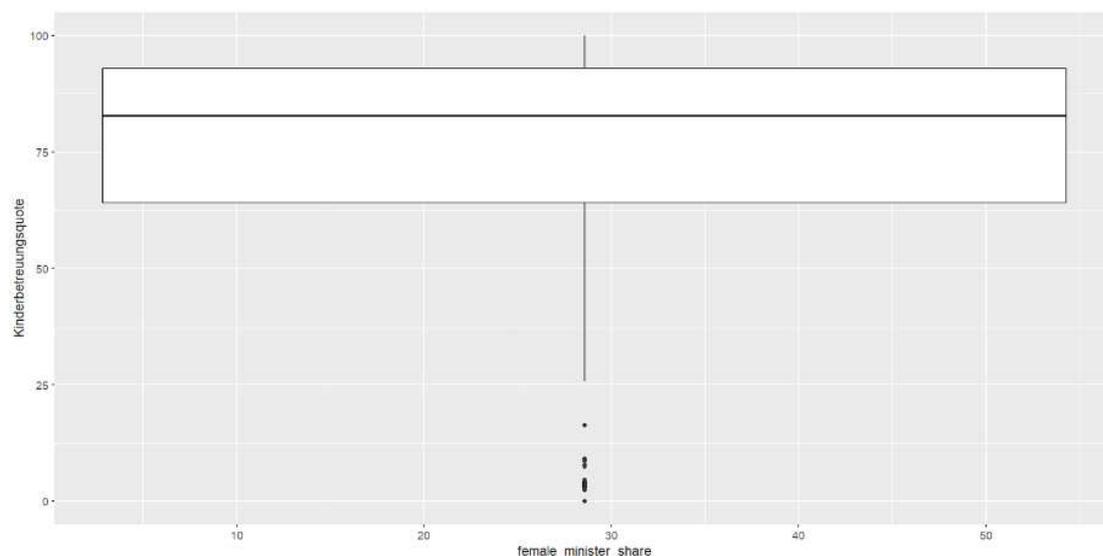


Abbildung 7: Boxplot

In diesem Boxplot liegt auf der y-Achse die Variable „Kinderbetreuungsquote aller Dreijährigen“ und auf der x-Achse liegt die Variable „Frauen in der Regierung (Prozent Kabinett)“. In der Grafik ist zunächst zu erkennen, dass sich der Kasten, der den Interquartilsabstand aufspannt, in der oberen Hälfte befindet. Als nächstes sind jedoch auch einige Ausreißer zu erkennen, welche eine sehr niedrige Kinderbetreuungsquote der Dreijährigen darstellen. Das heißt, dass der Großteil der Länder, welche im Datensatz erfasst sind, eine mittlere bis hohe Kinderbetreuungsquote aufweisen, jedoch gibt es auch Daten zu ein paar Ländern, die eine sehr niedrige Kinderbetreuungsquote haben. Das 1. Quartil liegt bei ca. 63 Prozent, das dritte

Quartil bei ca. 94 Prozent. Der Median liegt bei ungefähr 80 Prozent. Demzufolge sind 50 Prozent der Werte der Verteilung kleiner oder gleich diesem Wert und 50 Prozent sind größer oder gleich diesem Wert. Dadurch ist zu erkennen, dass ein sehr hoher Anteil der Länder eine relativ hohe Kinderbetreuungsquote der Dreijährigen vorweist. Der kleinste Wert, also das Minimum, liegt bei 0 Prozent und der höchste Wert, also das Maximum, liegt bei 100 Prozent.

6.1.4 Zeitreihenplot - Kinderbetreuungsquote

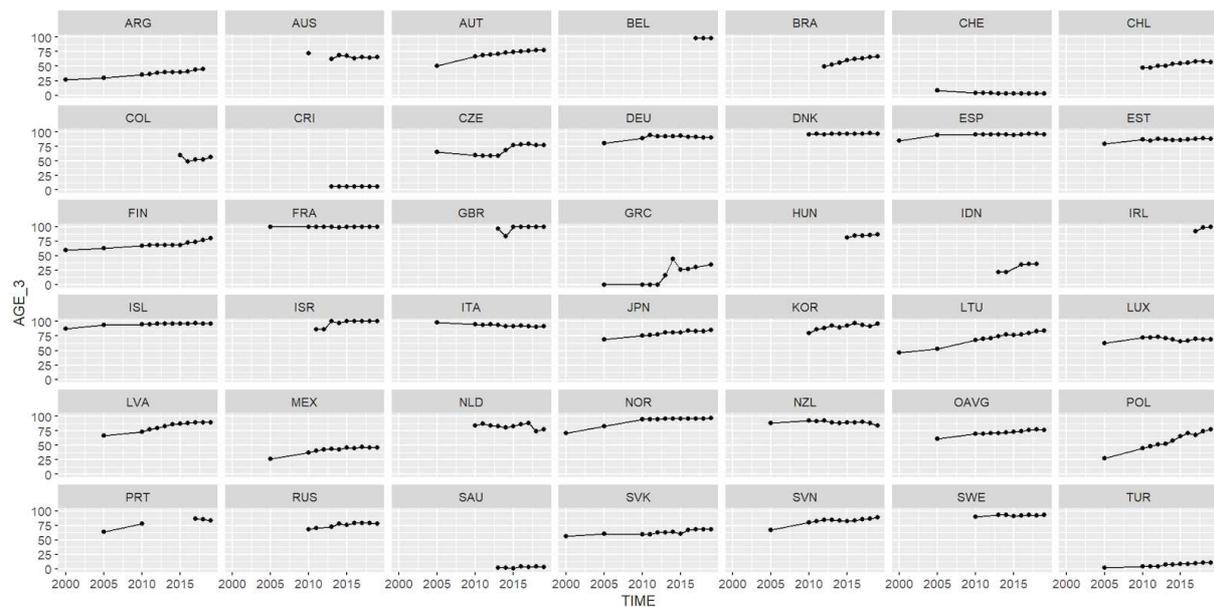


Abbildung 8: Zeitreihenplot mit 42 Ländern

Als nächstes haben wir mithilfe von dem Programm R auch einen Zeitreihenplot erstellt, um somit alle 42 Länder einzeln besser darstellen zu können. In dieser Grafik kann man die Kinderbetreuungsquoten aller Dreijährigen in den jeweiligen Ländern zwischen 2000 und 2019 ablesen. Was man sofort erkennen kann, ist das bei allen Ländern in den Jahren 2005 bis 2010 keine Daten vorhanden sind. Die Erklärung hierfür ist, dass der OECD Datensatz nicht vollständig ist und somit keine entsprechenden Daten zur Verfügung hat. Oft sind zudem auch erst Daten ab 2005, 2010, 2012 oder 2015 vorhanden.

Wie man hier gut erkennen kann, gibt es doch sehr große Unterschiede zwischen den Ländern. Die Länder mit der höchsten Kinderbetreuungsquote schon seit dort Daten gesammelt wurden sind zum Beispiel Deutschland, Dänemark, Spanien, Estland, Frankreich, Ungarn, Belgien und Irland, wobei hier in beiden Ländern nur drei Daten vorhanden sind, Island, Israel, Italien, Norwegen, Neuseeland und Schweden.

Besonders schlecht schneiden die Schweiz, Costa Rica, Saudi-Arabien und die Türkei ab. Bei diesen Beispielen ist die Kinderbetreuungsquote auch nicht gestiegen, sondern stetig sehr niedrig geblieben, in manchen Ländern sogar bei 0.

In Argentinien, Indien und Mexiko sind die Kinderbetreuungsquoten von niedrig auf bis zu 50 Prozent gestiegen, das heißt diese Länder haben sich über die Jahre sehr verbessert.

Die größten Verbesserungen hatten die Länder Polen und Litauen ab dem Jahr 2010, welche beide von unter 50 Prozent auf bis zu über 75 Prozent gestiegen sind. Eine sehr gute Entwicklung hatte zudem Finnland.

In Australien betrug die Kinderbetreuungsquote zwischen 2010 und 2019 ungefähr immer 50 Prozent und 75 Prozent, jedoch immer mit leichten Schwankungen, ebenso in Russland. In Österreich ist die Quote ebenfalls von 50 Prozent auf 75 Prozent gestiegen, ebenso in der Slowakei. In Brasilien ist sie ebenfalls von 50 Prozent auf ungefähr 70 Prozent gewachsen zwischen 2012 und 2019, ebenso in Chile, jedoch ist sie dort 2019 auch wieder etwas gesunken. In Kolumbien sind erst seit 2015 Daten vorhanden, wobei dort die Kinderbetreuungsquote noch eher hoch war, dann aber gesunken ist und später wieder leicht angestiegen. In Tschechien war die Kinderbetreuungsquote 2005 über 50 Prozent, ist dann sogar eher gesunken, jedoch nach 2010 wieder angestiegen.

Eine sehr interessante Kurve kann man hier bei Großbritannien sehen, welche 2012 beginnt und schließlich sofort einen Knick nach unten macht, jedoch dann wieder gestiegen ist und seitdem bei 100 Prozent liegt. Eine weitere interessante Kurve bildet auch Griechenland bei ihrer Kinderbetreuungsquote der Dreijährigen. Diese lag 2005 bis 2012 bei 0 Prozent, stieg dann sehr rasant bis zu 50 Prozent im Jahr 2014 an, sank danach aber wieder auf ungefähr 25 Prozent und steigt seitdem nur sehr langsam wieder an. Die Erklärung für diesen Knick in der Quote konnten wir dennoch nicht finden. Wir vermuten jedoch, dass es Zusammenhänge geben könnte mit der Finanzkrise und der Flüchtlingskrise 2015. Auch in den Niederlanden war zuerst die Kinderbetreuungsquote zwischen 2010 und 2017 immer ungefähr 80 Prozent danach machte sie einen Knick nach unten auf ungefähr 70 Prozent und ist nur im Jahr 2019 wieder etwas angestiegen.

In Japan ist die Quote seit 2005 stetig gestiegen auf bis zu 100 Prozent, ebenso in Slowenien. In Korea ist diese seit 2010 immer schon sehr hoch, schwankt jedoch von Jahr zu Jahr ein bisschen. In Luxemburg beträgt die Kinderbetreuungsquote seit 2005 immer ungefähr 75 Prozent mit leichten Schwankungen. In Lettland ist die Kinderbetreuungsquote von unter 75 Prozent im Jahr 2005 auf fast 100 Prozent gestiegen.

In Portugal ist die die Kinderbetreuungsquote zwischen 2005 und 2016 eher gestiegen und dann gesunken, wobei hier jedoch zwischen 2010 und 2016 keine Daten vorhanden sind.

Die Kinderbetreuungsquoten sind somit klar ersichtlich in den europäischen Ländern, insbesondere EU-Länder, sehr hoch. Das kommt daher, dass dies hier sehr stark gefördert wird, um so die Eltern zu entlasten, damit diese ebenso wieder ihren beruflichen Tätigkeiten nachgehen können und die Kinder währenddessen gut betreut sind. (vgl. o.A., Europäische Kommission, 2014)

6.1.5 Kreuztabelle 1 und 2

Mithilfe des zusammengeführten Datensatzes wurden zudem zwei Kreuztabellen erstellt, welche jeweils den Zusammenhang zwischen zwei Variablen erkenntlich machen. Diese beiden Kreuztabellen werden im Folgenden näher erläutert.

```
94 # Kreuztabelle 2 erstellen
95 # Zusammenhang zw. zwei Variablen berechnen (Kinderbetreuungsquote u. female total)
96 cor(dat1$wgov_totfem,
97     dat1$AGE_3, use = "complete.obs")
98 # Die Korrelation der zwei Variablen ist positiv und nicht sehr hoch. (0.4308)
99
```

Abbildung 9: Kreuztabelle - Zusammenhang zwischen "female_minister_share" und "AGE_3"

Bei der ersten Kreuztabelle werden die beiden Variablen „female_minister_share“ und „AGE_3“ gewählt. Dadurch kann man den Zusammenhang zwischen der Kinderbetreuungsquote und den Anteil der Ministerinnen in der Regierung darstellen. Mit dem ersten Befehl in R, welchen man in der obigen Grafik sehen kann, wurde hier die erste Kreuztabelle erstellt. Als nächstes wurden die beiden Variablen in den direkten Zusammenhang gestellt mit dem Befehl „cor“. Das Ergebnis war der Korrelationswert zwischen der Kinderbetreuungsquote der Dreijährigen und dem Minister*innen Anteil in der Regierung, welcher positiv war, jedoch nicht sehr hoch. Er betrug 0.3198. Jedoch besteht in dieser Situation keine Kausalität. Dieser Wert sagt aus, wie sehr die Kinderbetreuungsquote von der Anzahl von Ministerinnen in der

Regierung beeinflusst wird. In diesem Fall ist ein Zusammenhang erkenntlich, jedoch kein besonders großer.

```
33 # Kreuztabelle 1 erstellen
34 table(dat1$female_minister_share,
35       dat1$AGE_3)
36 # Zusammenhang zw. zwei Variablen berechnen (Kinderbetreuungsquote u. female minister)
37 cor(dat1$female_minister_share, dat1$AGE_3, use = "complete.obs")
38 # Die Korrelation der zwei Variablen ist positiv und nicht sehr hoch. (0.3198)
39
```

Abbildung 10: Kreuztabelle - Zusammenhang zwischen "wgo_totfem" und "AGE_3"

Bei der oben ersichtlichen zweiten Kreuztabelle wurde gleich vorgegangen, jedoch ist hier die Variable „female_minister_share“ durch die Variable „wgov_totfem“ ausgewechselt. Die Variable „AGE_3“, also die Kinderbetreuungsquote bleibt gleich, „Wgov_totfem“ beschreibt alle Frauen in der Regierung ganz gleich ihrer Rolle. Diese beiden Variablen wurden auch in R korreliert, wobei wieder ein positiver, aber etwas höherer Wert herausgekommen ist als zuvor. Die Korrelation dieser beider Variablen beträgt 0.4308. Dieser Wert sagt aus, dass die Kinderbetreuungsquote tatsächlich höher ist, wenn mehr Frauen in der Regierung tätig sind.

6.2 Schließende Statistik

6.2.1 Normalverteilung der Residuen

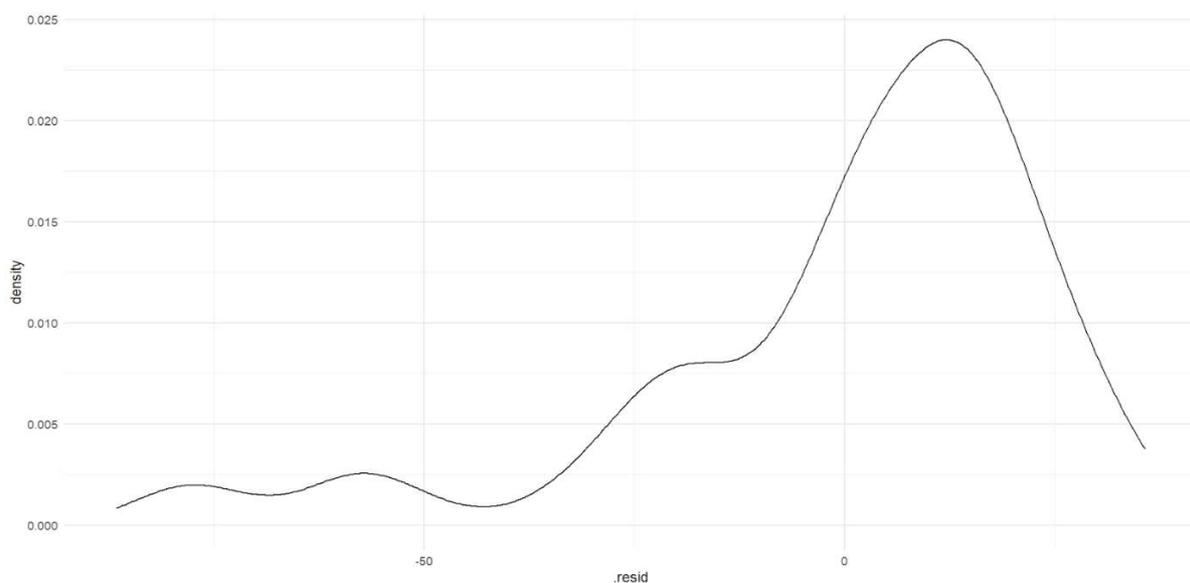


Abbildung 11: Normalverteilung

Eine Normalverteilung liegt vor, wenn mittig des Graphens mehr Residuen liegen als in dem äußeren Bereich. Zudem kann fast nie von einer perfekten Normalverteilung gesprochen werden, da es bei praktischen Anwendungen kaum zu erfüllen ist. Somit ist das auch bei unseren Daten nicht der Fall. Man kann zwar von einer Normalverteilung sprechen, jedoch ist unser Graph leicht nach rechts verschoben, weshalb der höchste Wert nicht auf dem Nullpunkt liegt. Dies lässt darauf schließen, dass in unserem Modell die Werte überschätzt werden. Somit kann der Graph zwar besser sein, die Residuen sind aber dennoch normal verteilt. Unter dem Begriff "Residuen" versteht man außerdem die Abweichung zwischen den geschätzten Werten und den wahren Werten.

In unserem Fall hat der Median den Wert 18. Hier ist auch die Dichte in diesem Bereich höher, was bedeutet, dass ein größerer Teil der Wahrscheinlichkeitsmasse in diesem Bereich liegt. Daraus kann man die Annahme ziehen, dass bestimmte Werte an dieser Stelle häufiger auftreten und deshalb öfter in die Berechnungen einfließen. Zudem beträgt der Flächeninhalt unter der Kurve 100 Prozent.

6.2.2 Homoskedastizität/Heteroskedastizität

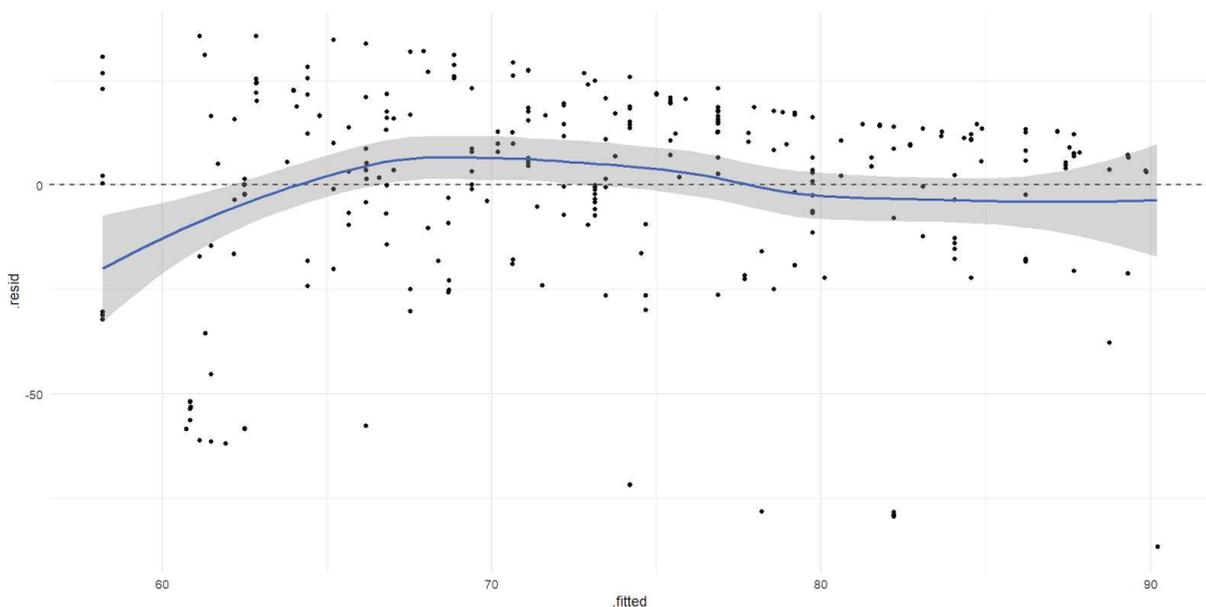


Abbildung 12: Homoskedastizität

Homoskedastizität bedeutet, dass die Varianz der Störterme für alle Werte konstant bleibt. In bestimmten Bereichen ist dies der Fall bei unseren Daten. Sieht man sich die Werte 60-80

(fitted) an, erkennt man, dass die Abweichungen der vorhergesagten Werte von den wahren Werten relativ gleich groß bleiben.

Sieht man sich dann aber den Anfang und auch das Ende unserer Regressionslinie an, sieht man, dass sich die Varianz der Residuen verändert und eben nicht überall gleich groß ist. Hier spricht man dann von einer Heteroskedastizität.

6.2.3 Regressionstabellen

	<i>Dependent variable:</i>
	AGE_3
female_minister_share	0.560*** (0.099)
Constant	58.193*** (3.078)
Observations	283
R ²	0.102
Adjusted R ²	0.099
Residual Std. Error	25.030 (df = 281)
F Statistic	32.020*** (df = 1; 281)
<i>Note:</i>	* p<0.1; ** p<0.05; *** p<0.01

Abbildung 13: Regressionstabelle

Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, gibt es einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Kinderbetreuungsquote der Dreijährigen und dem Frauenanteil in der Regierung. In unserem Fall heißt das, wenn die Variable female_minister_share um 1 Prozent steigt, steigt die Variable AGE_3 um 0,560. Je kleiner der Standardfehler, also der Wert in der ersten Klammer, desto sicherer kann man sich sein, dass die Schätzung wenig fehlerbehaftet ist. Hier spricht man vom Korrelationskoeffizient (vgl. Flandorfer, 2019).

Bei "Constant" handelt es sich um jenen Wert, welche die abhängige Variable annimmt, wenn die unabhängige Variable 0 ist. Dieser Wert gibt also auch den Ausgangswert unserer Regressionsgeraden an. In unserem Fall heißt das, wenn unsere Variable "female_minister_share" 0 Prozent beträgt, dann liegt die Kinderbetreuungsquote bei 58,193 Prozent.

Aus der Tabelle kann herausgelesen werden, dass 283 Länder beobachtet werden. R^2 kann Werte von 0 bis 1 annehmen. Wenn $R^2 = 0$ ist bedeutet das, dass die abhängige Variable überhaupt nicht durch die unabhängige Variable erklärt werden kann. Wenn aber $R^2 = 1$, wird die abhängige Variable perfekt durch die unabhängige Variable erklärt. In unserem Fall gilt $R^2 = 0,102$. Das lässt darauf schließen, dass unsere abhängige Variable AGE_3 nicht gut durch die unabhängige Variable "female_minister_share" erklärt wird, da durch die Regression nur 11,5 Prozent der Streuung erklärt werden. Der Wert des adjusted $R^2 = 0,099$ bedeutet, dass unser Modell einen 9,9 Prozent kleineren Vorhersagefehler als das Nullmodell hat. Zum Standardfehler kann gesagt werden, dass die beobachteten Werte durchschnittlich um 25,030 Einheiten von der Regressionslinie abfallen. Durch den hohen Wert ist klar, dass der Standardfehler sehr groß ist und unser Modell keine genauen Vorhersagen liefert (vgl. o.V., Statologie, 2020).

"F Statistic" gibt Auskunft darüber, ob die unabhängige Variable einen signifikanten Anteil der Streuung der abhängigen Variable erklärt. Es ist ein zusätzliches Maß, welche die Signifikanz des Gesamtmodells schätzt. In unserem Fall, ist "F Statistic" hochsignifikant und es kann davon ausgegangen werden, dass "female_minister_share" einen signifikanten Anteil der Kinderbetreuungsquoten von Dreijährigen Kindern erklärt. Dieser Wert ist jedoch in unserem Modell weniger wichtig, weil es keine Aussage über den Anteil der erklärten Varianz gibt.

<i>Dependent variable:</i>	
	AGE_3
female_minister_share	0.146 (0.110)
oecd_emplgndr_t1a	1.015*** (0.155)
Constant	7.104 (8.428)
Observations	279
R ²	0.216
Adjusted R ²	0.211
Residual Std. Error	23.201 (df = 276)
F Statistic	38.084*** (df = 2; 276)
<i>Note:</i>	*p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01

Abbildung 14: Regressionstabelle mit Kontrollvariable

In der zweiten Regressionstabelle hier haben wir zusätzlich unsere erste Kontrollvariable eingefügt. Die Variable "oecd_emplgndr_t1a" beschreibt die Erwerbsrate von Frauen. Mithilfe dieser Kontrollvariable kann man zusätzlich zeigen, wie signifikant der Zusammenhang der beiden Variablen "AGE_3" und "female_minister_share" ist.

Deutlich zu erkennen ist, dass R² größer geworden ist. Mit der Kontrollvariable beträgt jetzt unser R² = 0,216. Es kann daher gesagt werden, dass in diesem Regressionsmodell die abhängige Variable besser durch die unabhängige Variable erklärt werden kann, als im vorherigen Modell. Auch das adjusted R² ist um einiges größer geworden adjusted R² = 0,211. Das bedeutet nun, dass unser Modell einen 21,1 Prozent kleineren Vorhersagefehler als das Nullmodell hat. Der Wert ist um einiges besser als im ersten Modell.

6.3 Ergebnisse

Unsere Ergebnisse der verschiedenen Modelle sagen alle gemeinsam aus, dass ein Zusammenhang zwischen der Anzahl der Ministerinnen beziehungsweise der gesamten Frauen in der Regierung und der Kinderbetreuungsquote vorhanden ist. Dieser Zusammenhang ist jedoch nicht so hoch, als wir ursprünglich in unserer Hypothese angenommen haben. Im Allgemeinen kann man sagen, dass es sich sehr positiv auf die Kinderbetreuungsquote auswirkt, wenn mehr

Frauen in der Regierung tätig sind. Das heißt der Wert der Kinderbetreuungsquote ist durchschnittlich höher, wenn der Frauenanteil in der Regierung höher ist.

7. Fazit

Mit diesem Forschungsbericht sollte gezeigt werden, dass je mehr Frauen in der Regierung vertreten sind, vor allem in höheren Ämtern, desto mehr Kinder im Alter von drei Jahren Kinderbetreuungsstätten besuchen.

Mithilfe eines neu zusammengeführten Datensatzes und einiger mit R erstellter Modelle konnten wir diese Daten auch veranschaulichen und interpretieren. Die zentralen Aussagen unseres Forschungsberichtes sind, dass die Kinderbetreuungsquote nicht immer in Ländern, in denen viele Frauen in der Regierung tätig sind, gleich hoch ist. Gleichzeitig existieren auch Länder, in denen die Betreuungsstätten sehr viel in Anspruch genommen werden, aber nur sehr wenige Frauen in der Regierung sind. Doch allumfassend kann man aus unseren Grafiken ableiten, dass es einen positiven Zusammenhang zwischen mehr Frauen in Regierungspositionen und der häufigeren Inanspruchnahme von Kinderbetreuungsstätten gibt.

Darüber hinaus sind in diesem Forschungsbericht die Kinderbetreuungsquoten sehr unterschiedlich, da wir uns nur die Dreijährigen angesehen haben, welche in vielen Ländern noch nicht in eine Kinderbetreuungsstätte gehen. Der Grund, warum wir uns auf die Dreijährigen spezialisiert haben, ist, dass bei dieser Altersgruppe die meisten Unterschiede erkennbar sind zwischen den verschiedenen Ländern.

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass ein Zusammenhang, wenn auch ein nicht sehr großer, zwischen der Kinderbetreuungsquote der Dreijährigen und dem Frauenanteil in der Regierung erkennbar ist.

Unsere Forschungsfrage kann somit so beantwortet werden, dass bei manchen Modellen ein signifikanter Zusammenhang feststellbar ist, aber kein hoch signifikanter. Somit kann unsere Hypothese nur zu einem kleinen Teil bestätigt werden.

Im weiteren Sinne, wäre sicher auch interessant, wie gut Frauen und generell Familien in einzelnen Ländern abgesichert sind und wie viele beziehungsweise welche Arten von Kinderbetreuungsstätten es in den verschiedenen Ländern gibt, umso genauer herausfinden zu können, warum die Quoten in den verschiedenen Ländern so unterschiedlich sind.

Literaturverzeichnis

Bundeskanzleramt (2021), Wien <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/frauen-und-gleichstellung/gleichstellung-am-arbeitsmarkt/frauen-in-fuehrungs-und-entscheidungspositionen/frauen-als-entscheidungstragende-in-der-politik.html>

Dörfler, S., & Kaindl, M. (2007). Situation der Kinderbetreuung im Bundesländervergleich: Angebot, Nutzung und Rahmenbedingungen für Kinder unter sechs Jahren.

Europäische Kommission, Studien und Berichte – Kurzdossiers (2022), <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1254&intPagelId=3689&langId=de>.

Flandorfer, P., Durchführung und Interpretation der Regressionsanalyse (2019), Amsterdam, <https://www.scribbr.de/statistik/regressionsanalyse/>

Hessami, Z., & da Fonseca, M. L. (2020). Female political representation and substantive effects on policies: A literature review. *European Journal of Political Economy*, 63, 101896.

Holtz-Bacha, C. (2009). Politikerinnen-Bilder im internationalen Vergleich. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 50(2009), 3-8. <https://www.bpb.de/themen/gender-diversitaet/frauen-in-deutschland/49384/politikerinnen-bilder-im-internationalen-vergleich>

Jalalzai, Farida; Bolzendahl, Catherine; Alexander, Amy C. (2017): Frauen übernehmen Macht. Zur politischen Partizipation von Frauen weltweit. In: *WeltTrends. Das außenpolitische Journal* 125 (25), S. 24-28. /

Mirziyoyeva, Z., & Salahodjaev, R. (2021). Women's Parliamentary Representation and Sustainable Development Goals: a Cross-Country Evidence. *Applied Research in Quality of Life*, 1-13.

Nuffield Politics Research Centre, WhoGov Dataset (2021) Oxford, <https://politicscentre.nuffield.ox.ac.uk/whogov-dataset/>

Republik Österreich Parlament (2021), Wien, <https://www.parlament.gv.at/PERK/FRAU/POL/#>

Republik Österreich Parlament (2021), Wien, <https://fachinfos.parlament.gv.at/politikfelder/parlament-und-demokratie/wie-steht-es-um-den-frauenanteil-in-parlamenten/>

Salahodjaev, R., Abdullaeva, B., Tosheva, S., & Isaeva, A. (2021). Female parliamentarians and the distribution of National Happiness. *Applied Research in Quality of Life*, 16(4), 1571-1585.

Schmitt, C. (2019). Quantitative Methoden in der international vergleichenden Sozialpolitikforschung. In *Handbuch Sozialpolitik* (pp. 337-359). Springer VS, Wiesbaden.

Statologie, Lesen und Interpretieren einer Regressionstabelle (2020), <https://statologie.de/interpretation-regressionstabelle/>

Strang, C., left join, Remagen (2021), <http://sql.lernenhoch2.de/lernen/sql-fortgeschritten/join-tabelle-zusammenfugen/left-join/>

OECD Data, Enrolment rate in early childhood education (2021), <https://data.oecd.org/students/enrolment-rate-in-early-childhood-education.htm>

Österreichische Nationalbibliothek (2022), Wien <https://www.onb.ac.at/forschung/ariadne-frauendokumentation/frauen-waehlet/frauenwahlrecht-in-europa>

University of Gothenburg, OECD Dataset (2021), <https://www.gu.se/en/quality-governement/qog-data/data-downloads/oecd-dataset>

World Economic Forum, Global Gender Gap Report 2021 (2021), Schweiz, https://www3.weforum.org/docs/WEF_GGGR_2021.pdf

o.V., Formen der Kinderbetreuung (2022), Wien, https://www.oesterreich.gv.at/themen/familie_und_partnerschaft/kinderbetreuung/2.html

o.V., Kinder Rechte. Kinderbetreuungsquote (2020), Wien, <https://www.kinderrechte.gv.at/factbook/kinderbetreuungsquote/>

o.V., RStudio, Data Wrangling (2015), <https://www.rstudio.com/wp-content/uploads/2015/02/data-wrangling-cheatsheet.pdf>

Sina Dirnberger, Antonia Lasinger, Magdalena Schedlberger, Barbara Zach

Die Auswirkung der deskriptiven Repräsentation von Frauen in politischen Entscheidungspositionen auf die Kinderbetreuung.

Abstract

Die Forschungserkenntnisse zur politischen Partizipation von Frauen wurden in den letzten Jahren immer weiter ausgebaut. Damit in Verbindung beschäftigte sich die Wissenschaft auch mit dem Diskurs, welche Auswirkungen der Frauenanteil in politischen Entscheidungspositionen auf wichtige politische Outcomes bzw. Outputs hat. Im Rahmen der Lehrveranstaltung „Projektstudium“ haben wir uns dazu entschieden uns mit dem Thema Kinderbetreuung auseinanderzusetzen. Genauer gesagt beschäftigten wir uns über zwei Semester mit den Auswirkungen der Frauenquote in der Regierung bzw. im Parlament auf die Sozialausgaben des Staates in Kinderbetreuung und frühkindlicher Bildung.

Als theoretische Grundlage haben wir uns mit mehreren wissenschaftlichen Texten und Studien auseinandergesetzt, die es bereits zu diesem Thema gab. Allgemein kann aus der Literaturrecherche geschlossen werden, dass die Meinungen, ob der deskriptive Anteil der Frauen in politischen Gremien wirklich einen Unterschied in den Politik-Outputs macht, weit auseinandergehen. Wie im Theorieteil dieses Berichtes hervorgeht, existieren bereits einige Studien aus der Vergangenheit, die unsere Hypothesen stützen.

Aus den Ergebnissen, Regressionen und der Visualisierung der Daten konnten wir herausnehmen, dass der Zusammenhang von Frauenanteil und Kinderbetreuungsausgaben positiv ist. Auch wenn bei der Erweiterung des Regressionsmodells der Effekt etwas geschrumpft ist, bleibt er dennoch signifikant. Weiters konnten wir feststellen, dass der Effekt beim Frauenanteil im Parlament stärker ist als jener beim Frauenanteil in der Regierung.

1. Einleitung

In unserem Forschungsbericht möchten wir aufzeigen, ob eine höhere Repräsentation von Frauen in politischen Entscheidungspositionen in ausgewählten europäischen Ländern, eine Auswirkung auf den Ausbau der Kinderbetreuung hat.

Dieses Thema ist insofern bedeutend, da Frauen in der Politik nach wie vor in Entscheidungspositionen nicht so häufig vertreten sind als Männer. Spitzenreiter und damit am „frauenfreundlichsten“ sind die nordischen Länder Europas wie Schweden und Finnland, aber auch Deutschland und Österreich liegen mit der Anzahl der weiblichen Abgeordneten im Parlament über dem EU-Durchschnitt. Jedoch sprechen wir hier von einer politischen Repräsentation von Frauen von ungefähr 30 Prozent aller Abgeordneten im Parlament (vgl. Hoecker., Scheele, 2008, S.9-10).

Es ist bekannt, dass den Frauen, die in politischen Entscheidungspositionen vertreten sind, ein gewisser Stereotyp aufgezwungen wird. Dieser wäre, dass sich Politikerinnen vermehrt für Familienpolitik und generell für Themen im sozialen Bereich einsetzen. Jedoch kann man nicht davon ausgehen, dass Frauen in politischen Entscheidungspositionen automatisch diese Interessen vertreten. (vgl. Hoecker, Scheele, 2008, S.15).

Deshalb möchten wir mit Hilfe unserer Forschungsfrage: **„Welche Auswirkungen hat eine höhere Repräsentation von Frauen in politischen Entscheidungspositionen, auf den Ausbau der Kinderbetreuung?“** dieses Phänomen aufklären. Dazu haben wir als Methode die gepoolte Zeitreihenanalyse sowie verschiedene Datensätze der OECD verwendet.

Auf den folgenden Seiten erläutern wir die Theorie des Themas, danach gehen wir auf den aktuellen Forschungsstand ein und legen unsere Hypothesen dar. Bevor wir auf die verwendeten Datensätze eingehen, befassen wir uns mit der Methode, die wir angewendet haben. Zu guter Letzt stellen wir die Ergebnisse dar und analysieren diese. Abschließend erfolgt noch ein Fazit, in dem wir die Kernaussagen unseres Forschungsberichtes noch einmal zusammenfassen.

2. Theorie

Im folgenden Abschnitt werden wichtige Theorien und Konzepte erläutert die wir als Basis unserer Forschung verwendet haben. Darüber hinaus wird anschließend der aktuelle Forschungsstand erläutert.

2.1 Fraueninteressen

Um die Wichtigkeit der Repräsentation von Frauen zu verstehen, ist es wesentlich auf die geschlechtsspezifischen Unterschiede von Interessen hinzuweisen. Weibliche Abgeordnete tendieren eher dazu Themen anzusprechen, welche stärker Frauen betreffen als ihre männlichen Kollegen (vgl. Lloren 2015; Fuchs 2015a; Dodson 2006; Kittilson 2008).

In Anbetracht der eigenen Lebenserfahrung, erscheint es nur plausibel, dass sie frauenfördernde Richtlinien verstärkt vertreten. Eine Mehrzahl an Frauen in entscheidenden politischen Positionen könnte dazu führen, dass mehr darauf geachtet wird geschlechtergerechte Politik zu machen. Laut Poggione (2004) differenzieren sich Interessen und Unterstützungen bei den Geschlechtern beispielsweise im Bereich der Sozialhilfeprogramme. Außerdem zeigten Recherchen des Kongresses der Vereinigten Staaten, dass Frauen auf Probleme, welche sie aufgrund ihres Geschlechts als einheitliche Gruppe betreffen, verstärkt aufmerksam machen und sich am Gesetzgebungsverfahren vermehrt partizipieren (vgl. Kittilson, 2008, S. 323 f.).

Der Begriff „Fraueninteressen“ ist mit dem Versuch entstanden die Vielzahl der kollektiven politischen Interessen von Frauen zu berücksichtigen und zu vereinigen. Palaguta versteht darunter die gemeinsamen Bedürfnisse von Frauen, welche, sobald sie als politisch erklärt wurden, sich in politische Fraueninteressen entwickeln. Ganz allgemein lässt sich sagen, dass sich Interessen und Bedürfnisse über die Zeit und mit der Entwicklung der Gesellschaft verändern. Um aber allgemein von gemeinsamen Fraueninteressen im Bereich der Politik sprechen zu können, ist es notwendig Frauen als eine Gruppe mit konformen Ansichten anzuerkennen (vgl. Palaguta, 2020, S.1).

Den Beginn der Idee der „Fraueninteressen“ machte die erste und zweite feministische Welle, in der sich Frauen als Gruppe zusammengeschlossen haben, um sich gemeinsam für geschlechtergerechte Bürgerrechte wie beispielsweise das Bildungsrecht oder Wahlrecht einzu-

setzen. Eine grundlegende Veränderung der Auffassung der Fraueninteressen trat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein. Anstatt sich ausschließlich auf die Gegenüberstellung von dem Geschlecht Frau mit dem Geschlecht Mann zu konzentrieren, wurde nun der Fokus auf die soziale Konstruktion von Geschlechtern und den damit verbundenen Geschlechterrollen gelegt. Aufgrund der Erkenntnis der sozial konstruierten Rollen durch die Gesellschaft war es möglich die Unterschiede der Interessen der Frauen je nach dem politischen und sozialen Umfeld, der Bildung oder auch der Hautfarbe zu erklären (vgl. Palaguta, 2020, S.2 f.).

Palaguta führt aus, dass Frauengruppen von Diversität geprägt sind. Anhand des Konzepts der Intersektionalität wird die Überlegung, dass Frauen keine einheitlichen politischen Interessen haben, fortgesetzt. Darüber hinaus sind die sozialen Eigenschaften einer Frau mit ihrem Geschlecht verknüpft und sollten daher nicht getrennt voneinander bewertet werden. Crenshaw und Collins betonen, dass die Erfahrungen schwarz und eine Frau zu sein miteinander verbunden sind. Hooks und Davis etwa begannen in den 1980er Jahren auf die unterschiedlichen Erlebnisse von dunkelhäutigen Frauen in den USA aufmerksam zu machen (vgl. Palaguta, 2020, S.4).

Demzufolge ergibt sich, dass das Konzept „Women’s political interests“ im direkten Konflikt mit dem Konzept der Intersektionalität steht. Die gemeinsamen Fraueninteressen bieten eine solide Grundlage für die Vereinigung von Frauen. Da sie sich allerdings wenig auf Ungleichheiten in Bezug auf Ethnizität und Klasse konzentrieren, könnten hiermit unwillentlich Interessen unterrepräsentierter Frauengruppen vernachlässigt werden. Als Ergänzung kann die Queer-Theorie angesehen werden, welche hervorbringt, dass nicht nur das Geschlecht, sondern auch die Identität durch Sprache sowie kulturelle Praktiken sozial konstruiert sind. Seit den 2000er Jahren werden Frauen in der Forschung nicht mehr als homogene, sondern als heterogene Gruppe angesehen. Diese Auffassung hat zur Folge, dass aufgrund der Vielschichtigkeit die Grenzen der Interessen von Frauen verschwimmen (vgl. Palaguta, 2020, S.4).

Die Entwicklung eines einheitlichen Konzeptes für die Forschung stellt sich als schwierig dar. Molyneux argumentiert, dass Fraueninteressen als Langzeitziele verstanden werden können. Diese werden in kleine Abschnitte geteilt und sollen der Besserstellung aller Frauen dienen. Beckwith hingegen würde eine weitere Unterteilung in Interessen, Probleme und Präferenzen vornehmen. Er setzt die Interessen gleich mit angestrebten Chancen für die Erreichung der

Ziele von Frauen. Probleme sollen dabei helfen Frauen als Gruppe zu vereinigen, um strategische Aufgaben zu lösen. Präferenzen ermöglichen die Auswahl der am leichtesten zu erreichenden Ziele unter gegebenen Umständen. Kantola und Lombardo beurteilen solche Konzepte als kritisch, da hierbei die Interessen von Frauen und Männern kategorisiert werden. Zudem wird in diesem Fall angenommen, dass Interessen objektiv identifiziert werden könnten (vgl. Palaguta, 2020, S.5).

Eine länderübergreifende Studie von Cassola, Raub, Foley und Heymann aus dem Jahre 2014 zeigt, dass einer der wichtigsten Bereiche für Frauen, um die Gleichstellung der Geschlechter voranzutreiben, die politische Gleichheit darstellt. Diese umfasst sowohl die Gleichheit wählen zu gehen als auch gewählt werden zu können. Eine andere Studie von Thomas aus dem Jahre 1991 zeigt, dass ein erhöhter Anteil von Frauen in den Vertretungsorganen der USA dazu führt, dass es zu einer Entstehung von ausgeprägten geschlechtsspezifischen politischen Prioritäten kommt. Erkennbar ist dies durch zunehmende Gesetzesentwürfe bezüglich Themen wie Frauen, Kindern und Familie. Swers (1998) konnte zeigen, dass Gesetzgeberinnen, welche besonders Frauenfragen hinsichtlich Familie, Frauengesundheit oder Abtreibungsrechte adressieren, wiederum eher Frauen als Wählerinnen anziehen (vgl. Palaguta, 2020, S.6 f.).

2.2 Critical Mass

Um die tatsächlichen politischen Auswirkungen zu erklären, welche auf die Präsenz von Frauen im Parlament zurückzuführen sind, wird in früheren Recherchen häufig die Theorie der „kritischen Masse“ (Critical Mass) angewandt. Hierbei wird von keinem linearen Zusammenhang ausgegangen, sondern von einem konkreten Punkt, an dem eine bestimmte Menge an Frauen im Parlament erreicht wird. Aufgrund der kollektiven Anstrengung führt es ab diesem Punkt folglich zu einer ökonomischen Besserstellung von Frauen (vgl. Kittilson, 2008, S. 324).

Studlar und McAllister (2002) dagegen argumentieren, dass nicht die Menge von Frauen entscheidend ist, sondern das aktive Einsetzen für gewisse politische Ziele. Auch Childs und Krook (2006) sind der Meinung, dass individuellen Frauen mehr Bedeutung zugeschrieben werden sollte. Laut Crowley (2004) könnte eben genau diese Unterrepräsentation von Frauen dazu führen, dass das Bedürfnis sich für Frauen ganz allgemein einzusetzen, verstärkt wird (vgl. Kittilson, 2008, S. 324).

Die Zunahme der Anzahl von Frauen in der Politik eröffnet neue Chance auf frauenpolitische Themen aufmerksam zu machen und diese voranzubringen. Weshalb die Auswirkungen des Frauenanteils auf die Ergebnisse der Politik noch nicht deutlich sichtbar sind, kann einerseits daran liegen, dass die kritische Masse noch nicht erreicht wurde oder weil die Frauen noch nicht genügend Zeit hatten, um politische Entscheidungen zu beeinflussen. Deswegen wurde bereits in einigen Studien (Beckwith, 2007) vorgeschlagen, dass ein Mindestprozentsatz von Politikerinnen notwendig sei, um überhaupt die Möglichkeit zu schaffen in der Politik etwas zu bewirken (vgl. Hessami, Da Fonseca 2020, S. 7). In den häufigsten Fällen wird von einer Quote von 30% Prozent gesprochen. Da die Nachfrage nach ausgeglichenen Geschlechterverhältnissen in der Politik an Relevanz zugenommen hat, steht derzeit bereits eine Quote von 50% zur Debatte (vgl. Dahlerup, 2006, S. 515).

3. Forschungsstand

Im nächsten Abschnitt wird der aktuelle Forschungsstand mit den dazugehörigen Daten dargestellt. Dieser bezieht sich auf die derzeitige politische Repräsentation von Frauen in politischen Entscheidungspositionen. Vor allem die Globalisierung spielt in der Entwicklung des Frauenanteil in der Politik eine wichtige Rolle.

3.1 Globalisierung und aktuelle Zahlen

Hessami und Da Fonseca befassen sich mit dem erheblich zugenommenen Anteil der Frauen in politischen Ämtern in den letzten Jahrzehnten in den meisten Ländern der Welt und mit der Frage, ob dies eine Rolle für politische Ergebnisse spielt. Die Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit durch die Globalisierung hat zu wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklungen geführt. Entwicklungen, die sich in allen Ländern ausgebreitet haben. Ein beachtenswerter Fortschritt ist die Zunahme des Frauenanteils in der Politik in den letzten drei Jahrzehnten. Sie sind sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den Industrieländern vertreten. Heute sind mehr Frauen in der Politik als je zuvor (vgl. Hessami, Da Fonseca 2020, S. 7).

Die Kräfte der Globalisierung haben zu einer beispiellosen Vernetzung der Länder durch Handel, Kommunikation und Reisen geführt. Diese Zunahme der internationalen Zusammenarbeit war jedoch nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht von Bedeutung. Die Globalisierung hat auch zu

einer Konvergenz im politischen und sozialen Bereich geführt. Potrafke und Ursprung (2012) zeigen zum Beispiel, wie die Globalisierung zu verschiedenen institutionellen Veränderungen im Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter in den Entwicklungsländern geführt hat. Aus dieser Entwicklung resultierte eine bemerkenswerte Zunahme der politischen Beteiligung von Frauen. Die politische Repräsentation der Frauen hat seit der Jahrhundertwende einen großen Fortschritt gemacht. Ab Januar 2019 haben Frauen 24,3% der Parlamentssitze weltweit inne im Gegensatz zum Jahr 2000, da betrug der Anteil 13,4%. Die skandinavischen Länder liegen mit einem Anteil von 42,8% (Stand 2019) an der Gesamtwirtschaft weiterhin an der Spitze (gegenüber 38,8% im Jahr 2000), während 27 Staaten immer noch einen Anteil von weniger als 10% haben - darunter drei Parlamente ohne Frauen (vgl. Hessami, Da Fonseca 2020, S. 1).

3.2 Wirkung von Frauen in der Politik

Studien zeigen, dass indische Politikerinnen in Führungspositionen auf Dorfebene und in gesetzgebenden Positionen auf Bundesebene ähnliche Anliegen teilen und beeinflussen die Politik entsprechend. Insbesondere führt der Frauenanteil zu höheren Investitionen in öffentliche Güter, speziell in den Bereichen Gesundheit und Bildung. Darüber hinaus tragen diese Investitionen zu sinnvollen Zielen bei, wie etwa der Überbrückung der geschlechtsspezifischen Unterschiede im Bildungsniveau, Verringerung der Kindersterblichkeit und höhere Wirtschaftsleistung. Die beiden Studien von Baskaran und Hessami (2019) und Lippmann (2019) zeigen jedoch, dass die Wirkung von Frauen in der Gestaltung der Politik unterschätzt werden kann, wenn man sich auf aggregierte Ausgabenvariablen als relevante Ergebnisse konzentriert. Industrieländer stellen in der Regel bereits einen großen Teil ihres Haushalts und große Beträge öffentlicher Mittel für die Politikbereiche bereit, die Frauen in den Industrieländern beeinflussen, d. h. Bildung, Gesundheit und soziale Transferleistungen. Baskaran, Hessami und Lippmann zeigen, dass weibliche Gesetzgeberinnen Einfluss auf die Diskussionsthemen von Rats- oder Parlamentssitzungen und politischen Entscheidungen haben, wie z. B. die Anzahl der Kinderbetreuungsplätze in einer Gemeinde. (vgl. Hessami, Da Fonseca, 2020, S. 7)

3.3 Geschlechterverhältnisse als Machtverhältnisse

Wenn wir wissen wollen, ob und wie Repräsentation zu Macht führt, ist eine Forschung zu den Bedingungen nötig, unter denen politisch mobilisiert, nominiert und gewählt wird. Die Präsenz

der Frauen bedeutet nicht automatisch, dass diese angemessene Durchsetzungschancen haben, wie eine aktuelle Studie der Interparliamentary Union (IPU) zeigt: sexistisches Verhalten gegenüber Parlamentarierinnen ist auf der ganzen Welt ein ernstes Problem, denn von den befragten Abgeordneten waren im Zusammenhang mit ihrem Mandat 44% schon mit Tod, Vergewaltigung, Schlägen oder Entführung bedroht worden, zwei Drittel waren sexistisch beschimpft und ein Drittel sexuell belästigt worden.

Erfahrungen wie Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts könnten weibliche Abgeordnete aufmerksamer für Fraueninteressen machen (vgl. Blome, Fuchs 2017, S. 60 f).

3.4 Vertretung von Frauen in den Parteien

Die Ergebnisse der Studie von Bonoli und Reber deuten darauf hin, dass die stärkste Determinante der Ausgaben für die Kinderbetreuung die darstellende Vertretung von Frauen in Parlamenten ist. Diese Feststellung ist konsequent, sowohl mit der Erwartung der Autoren als auch mit der bisherigen Forschung. Auffällig jedoch ist, dass die Wirkung der deskriptiven Repräsentation von Frauen Kontrollen für zahlreiche weitere Variablen sind – vor allem für die Frauenerwerbstätigkeit und linke Parteien. Man hätte erwarten können, dass die Präsenz der Frauen in den Parlamenten nur ein Maß für die Emanzipation der Frauen ist und deren Wirkung bei der Einführung eines anderen vergleichbaren Indikators verschwinden würde: der Beschäftigung von Frauen (vgl. Bonoli, Reber 2010, S. 19).

Bratton und Ray veranschaulichen mithilfe der Anzahl von norwegischen Kindern, angemeldet in den Kinderbetreuungsprogrammen der Stadtgemeinden in den Jahren 1975-1991, dass die Beteiligung von Frauen mehr von Wichtigkeit ist als deren Parteizugehörigkeit. Immerhin thematisieren in der Legislatur beide Parteien, konservative Demokraten sowie Sozialdemokraten, das Problem von qualitativen Tagesstätten. Esping-Andersens (1990) wohlfahrtsstaatliche Typologie weist darauf hin, dass stark linksorientierte Parteien und Gewerkschaften grundsätzlich den Ausbau von Sozialleistungen antreiben (vgl. Kittilson, 2008, S.324 f.).

3.5 Kinderbetreuung in den verschiedenen Ländern

Bonoli und Reber sprechen von zwei Arten, um Kinderbetreuung zu messen: einerseits die „Coverage Rate“, die angibt, wie viele Kinderbetreuungsplätze angeboten werden und Proportion of GDP, sprich der Anteil, der vom BIP für Kinderbetreuung ausgegeben wird. Bei den Kinderbetreuungsplätzen bzw. der Kinderbetreuungsrate setzt man auf öffentliche Ausgaben

und Förderungen. Bei den Ausgaben für die Kinderbetreuung geht man davon aus, dass die Anzahl an Frauen im Parlament und die Ausgaben für altersbezogene Richtlinien relevant ist.

Nordische Länder und auch Frankreich haben enorm in die Kinderbetreuung investiert und nahezu jedes Kind hat Zugang zu einem Kinderbetreuungsplatz. In Kontinental- und Süd-Europa hat im Gegensatz dazu nur eine kleine Minderheit an Kleinkindern Zugang zu einer Betreuung. In Amerika gibt es wiederum ein anderes System, wo nur Familien mit geringem Einkommen eine staatliche Unterstützung für die Kinderbetreuung erhalten. Folglich kann man sehr gut erkennen, dass die Unterschiede in der Kinderbetreuung in den einzelnen Ländern sehr groß sind. Ein Grund für diese Unterschiede ist, dass es sich hierbei um ein sehr junges Politikfeld handelt (vgl. Bonoli, Reber 2010, S. 1 f).

Es ist laut Esping-Andersen bewiesen, dass Länder mit starken sozialen Parteien wesentlich mehr in diesen Bereich der Politik investieren. Ein immer wieder thematisiertes Dilemma ist auch, ob die Frauenerwerbstätigkeit zum Ausbau der Kinderbetreuung führt, oder ist es der Ausbau von Kinderbetreuung der zur Frauenerwerbstätigkeit führt?

Umfragedaten, die zeigen, inwieweit Frauen (oder Eltern im Allgemeinen) möchten, dass die Regierung mehr für die Kinderbetreuung ausgibt, werden als mehr angemessen erachtet. Gleichzeitig wird es auch als problematisch angesehen, in mindestens zweierlei Hinsicht. Erstens kann man erwarten, dass Menschen in Ländern, die umfangreiche Kinderbetreuungsangebote anbieten, weniger dazu geneigt sind, mehr zu verlangen. Dies erweckt den falschen Eindruck, dass die Bedürfnisse gering sind, während sie in Wirklichkeit sehr hoch, aber gut abgedeckt sind.

Zweitens können wir erwarten, dass in Ländern ohne Tradition der Kinderbetreuung, die Notwendigkeit weniger wahrscheinlich ist, dass Dienstleistungen explizit gemacht werden, wobei die instinktive Reaktion auf Schlichtungsprobleme der Arbeitsfamilie, der Rückzug aus dem Arbeitsmarkt und/oder die Verringerung der Fruchtbarkeitserwartungen ist/sind (vgl. Bonoli, Reber 2010, S.5).

4. Hypothesen

Zu Beginn wollten wir uns mit der genauen Anzahl an betreuten Kindern näher beschäftigen. Allerdings stellte es sich als schwierig heraus, geeignete aktuelle Daten zu finden, weshalb wir uns für die monetären Ausgaben für die Kinderbetreuung entschieden haben. Mit Hilfe der Literaturrecherche haben wir folgende Hypothesen aufgestellt:

- H1: Mehr Frauen im Parlament führen zu höheren Ausgaben im Bereich der Kinderbetreuung.
- H2: Mehr Frauen in der Regierung führen zu höheren Ausgaben im Bereich der Kinderbetreuung.

Die Unterscheidung zwischen Parlament und Regierung haben wir aufgrund der Unterschiede in den Aufgaben vorgenommen. Während das Parlament in den meisten ausgewählten Staaten nur die Bestätigung oder Ablehnung des Budgets inne hat, hat die Regierung meistens die Erstellung der Gesetzesvorlagen bzw. des Budgets zur Aufgabe (vgl. Republik Österreich, o.D.).

5. Methode

In unserem Fall betrachten wir die gepoolte Zeitreihenanalyse als am geeignetsten, da diese eine Reihe von Beobachtungen pro Land über einen festgelegten Zeitraum betrachtet. Das Problem der seriellen Autokorrelation der Residuen haben wir damit gelöst, da wir das Jahr als Kontrollvariable (siehe Tabelle 5 und Tabelle 6) verwendet haben. Eine weitere Schwierigkeit bei der gepoolten Zeitreihenanalyse ist die Einschätzung der (Panel-) Heteroskedastizität. Liegt eine solche vor, herrschen Unterschiede in der Varianz der Residuen vor. Somit differiert auch die Erklärungskraft des Modells zwischen den einzelnen Ländern (vgl. Schmitt, 2019, S. 338 ff.).

Der Anteil an Frauen in der politischen Repräsentation stellt in unserem Modell die unabhängige und die Ausgaben für die Kinderbetreuung die abhängige Variable dar. Infolgedessen haben wir uns auf 20 europäische Länder geeinigt, wobei wir darauf geachtet haben, dass diese einigermaßen ausgeglichen geografisch aufgeteilt sind. Die Beobachtungszeitpunkte erstrecken sich über einen Zeitraum von 10 Jahren (2008 bis 2017).

6. Datensatz

Um uns der Überprüfung unserer Hypothesen anzunähern, haben wir den OECD Familien Datensatz sowie den Quality of Government (QOG) OECD Datensatz 2021 verwendet. Aus dem QOG OECD Datensatz haben wir die Anteile der Frauen in den politischen Ämtern entnommen. Der OECD Familien Datensatz ist relevant, da er die öffentlichen Ausgaben für frühkindliche Bildung und Kinderbetreuung in % des BIPs beinhaltet.

Generell lässt sich sagen, dass der OECD Familien Datensatz als Teil des OECD Sozialausgaben Datensatzes internationale, zuverlässige und vergleichbare Daten für verschiedene Bereiche der Sozialpolitik sowie für die Situation von Familien und Kindern bietet. Er stellt Daten über Familienstrategien sowie Familienergebnisse bereit. Bei unserer Variable handelt es sich um die „Public spending on childcare and early education (in % of the GDP)“, welche 37 Staaten in dem Zeitraum von 1980-2019 umfasst (vgl. OECD, o. D.).

Der Frauenanteil in den Parlamenten war bereits im QOG Datensatz der OECD als eigene Variable vorhanden. Den Frauenanteil in den Regierungen errechneten wir uns in dem wir die im QOG Datensatz inkludierten Who Gov Daten für die Gesamtanzahl der Regierungsmitglieder durch die Anzahl der Frauen in den Regierungen der jeweiligen Länder dividierten. Anschließend multiplizierten wir die relativen Anteile mit 100, um die prozentuellen Anteile von den Frauen in den Regierungen zu erhalten.

7. Analyseergebnisse

Im folgenden Kapitel analysieren wird die Grafiken, welche wir mittels R erstellt haben und gehen auf unsere Ergebnisse ein.

7.1 Deskriptive Statistik

Zunächst werden die einzelnen Variablen analysiert und die deskriptiven Ergebnisse präsentiert. Anschließend werden die unterschiedlichen Länder in vergleichenden Grafiken dargestellt.

7.2 Analyse der Variablen

Zu Beginn der Arbeit mit R haben wir zwei Tabellen erstellt, um uns einen Überblick über die Entwicklung der gewählten Variablen in den zehn Jahren zu verschaffen. Wir haben uns jeweils zu den Jahren 2008 und 2017 den Mittelwert, die Standardabweichung, die Quartile sowie Minimum und Maximum berechnet.

Deskriptive Statistik 2008

Statistic	N	Mean	St. Dev.	Min	Pctl(25)	Pctl(75)	Max
Frauenanteil im Parlament (in %)	20	26,32	10,26	12,20	17,97	33,80	47,00
Frauenanteil in der Regierung (in %)	20	29,61	14,68	7,14	16,81	43,25	52,63
Öffentliche Ausgaben für Kinderbetreuung (in % des BIP)	19	0,68	0,41	0,28	0,36	0,95	1,49

Tabelle 1: deskriptive Statistik 2008

Deskriptive Statistik 2017

Statistic	N	Mean	St. Dev.	Min	Pctl(25)	Pctl(75)	Max
Frauenanteil im Parlament (in %)	20	32,10	8,32	18,30	26,47	37,55	47,60
Frauenanteil in der Regierung (in %)	15	33,60	11,60	20,00	24,04	41,05	52,38
Öffentliche Ausgaben für Kinderbetreuung (in % des BIP)	20	0,81	0,44	0,30	0,53	1,11	1,81

Tabelle 2: deskriptive Statistik 2017

Im Jahr 2008 lag der Mittelwert der Kinderbetreuungsausgaben bei 0,68% des BIPs. Bis 2017 stiegen die durchschnittlichen Ausgaben für die Kinderbetreuung auf 0,81% des BIPs an. In diesen zehn Jahren gibt es also eine durchschnittliche Steigerung um ca. 0,13 Prozentpunkte (ohne Berücksichtigung anderer Variablen). Die Standardabweichung stieg von 0,41 auf 0,44% des BIPs an. Die durchschnittliche Abweichung vom Mittelwert blieb über die Jahre also nahezu konstant. Der niedrigste Wert gehörte 2008 mit 0,28% des BIPs zu der Schweiz. Die höchsten Kinderbetreuungsausgaben hatte 2008 Island mit etwa 1,5% des BIPs. 2017 war Griechenland der Staat mit den geringsten Kinderbetreuungsausgaben mit 0,3% des BIPs. Den höchsten Wert wies in diesem Jahr erneut Island auf mit 1,81% des BIPs auf. Der Mittelwert der weiblichen Parlamentsmitglieder stieg seit 2008 um etwa 5,8 Prozentpunkte und lag 2017 bei 32,1%. Der Mittelwert der weiblichen Regierungsmitglieder stieg von 29,61% auf etwa 33,6% an, daraus ergibt sich eine Steigerung um etwa 4 Prozentpunkte. Hierbei ist jedoch anzumerken, dass es im Jahr 2017 mit der Tschechischen Republik, Griechenland, Portugal, der Slowakei und Slowenien fünf fehlende Werte in den Daten gibt. Das Maximum der Frauenanteile in Parlament bzw. Regierung blieb über die zehn Jahre in den ausgewählten Ländern konstant. Den höchsten Anteil an Frauen im Parlament hatte 2008 mit 47% Schweden und in der

Regierung mit 52,63% Finnland. Den höchsten Anteil an weiblichen Parlamentsmitgliedern hatte 2017 Island mit 47,6% und bei den Regierungen wies Dänemark den höchsten Wert auf mit 52,38%. Das Minimum hingegen hat sich im Zeitraum von 2008 bis 2017 stark verändert. Im Jahr 2008 hatte die Tschechische Republik den niedrigsten Anteil an weiblichen Regierungsmitgliedern mit nur 7,14%. Bei den Parlamenten hatte Slowenien mit 12,2% den niedrigsten Wert. Im Vergleich dazu lag das Minimum bei den Regierungen 2017 mit 20% bei der Tschechischen Republik und der Slowakei. Den niedrigsten Frauenanteil in den Parlamenten hatte in diesem Jahr Griechenland mit 18,3%.

7.2.1 Ausgaben für Kinderbetreuung – Ausgewählte europäischen Staaten 2008-2017

In der nachstehenden Grafik werden die Ausgaben für Kinderbetreuung für 20 ausgewählte europäische Staaten von 2008 bis 2017 veranschaulicht.

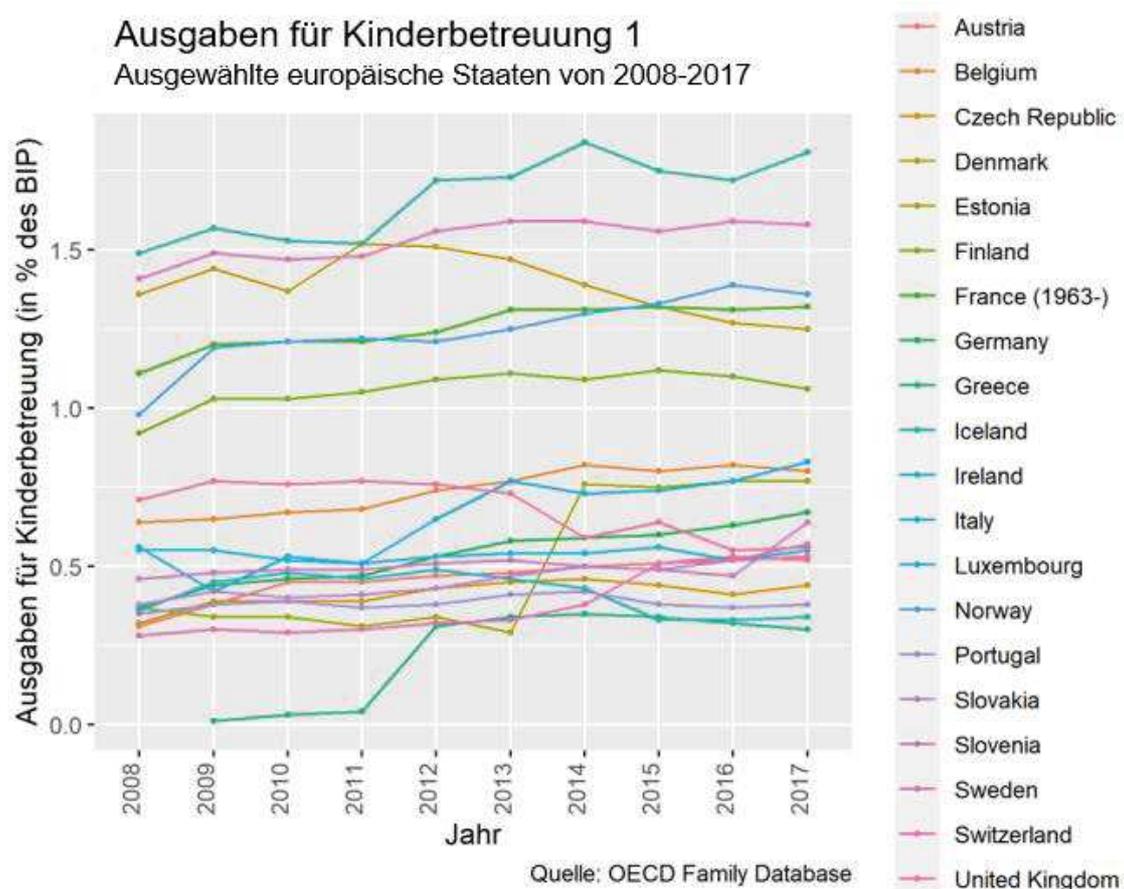


Abbildung 1: Ausgaben für Kinderbetreuung 1 - ausgewählte europäische Staaten von 2008-2017

Man kann deutlich erkennen, dass in Island die Ausgaben für Kinderbetreuung im Bereich von 1,49 % bis 1,85 % des BIPs am höchsten sind. Danach reihen sich die Länder Schweden, Dänemark, Finnland, Norwegen und Frankreich ein. Die Ausgaben für Kinderbetreuung der restlichen europäischen Staaten befinden sich im unteren Drittel der Grafik und diese haben einen relativ konstanten Verlauf über die Jahre mit drei Ausnahmen, Estland, Griechenland und Slowenien. In Estland ist ein markanter Anstieg der Ausgaben von ca. 0,26 % auf 0,75 % des BIPs von 2013 auf 2014 zu erkennen, in den Jahren zuvor von 2008 bis 2013 und auch in den darauffolgenden Jahren von 2014 bis 2017 ist jeweils ein konstanter Verlauf des BIPs zu erkennen.

Bei Griechenland lässt sich ebenfalls eine deutliche sichtbare Erhöhung der Ausgaben im Jahr 2011 auf 2012 erkennen. Dieser Anstieg könnte ebenfalls mit einem Parteiwechsel der Regierung einhergehen, da es von 2011 bis 2012 eine Übergangsregierung in Griechenland gab, die aus einer Koalition von einer sozialdemokratischen und einer liberal-konservativer Partei bestand. Diese Koalition wurde zusätzlich noch von einer rechtspopulistischen Partei unterstützt. (vgl. Griechenland, 2022)

Zu guter Letzt gab auch Slowenien sichtlich mehr für Kinderbetreuung aus im Jahr 2016 auf 2017, und zwar ungefähr 0,2 % des BIPs. Die höchsten Ausgaben für Kinderbetreuung hat Island mit 1,85 % des BIPs im Jahr 2014 und die geringsten Ausgaben hatte Griechenland, die erst im Jahr 2009 ein Budget für die Kinderbetreuung einrichteten.

7.2.2 Ausgaben für Kinderbetreuung – Ausgewählte europäische Staaten 2008-2017 einzeln dargestellt

Auf folgender Grafik wird genau dasselbe veranschaulicht, wie auf der Grafik über die zuvor berichtet wurde. Es werden wieder die Ausgaben für Kinderbetreuung in ausgewählten europäischen Staaten von 2008 bis 2017 gezeigt mit dem Unterschied, dass die 20 Staaten einzeln aufgelistet sind und nun für jedes Land eine Erhöhung bzw. ein Rückgang der Ausgaben für Kinderbetreuung genauestens zu erkennen ist.

Auf der x-Achse werden die Jahre von 2008 bis 2017 angezeigt (mit einem 2-Jahres-Abstand) und auf der y-Achse befinden sich die Ausgaben für Kinderbetreuung in Prozent des BIP. In gewissen Ländern wie unter anderem in Österreich sind die Ausgaben von 2008 bis 2017 relativ konstant und in anderen Ländern zum Beispiel in Norwegen steigen die Ausgaben konti-

nuerlich. Wiederum in Großbritannien ist ein rückläufiger Trend der Ausgaben zu verzeichnen. Man kann gut erkennen, dass die Höhe des Budgets, welches für Kinderbetreuung zur Verfügung steht, variiert in den einzelnen ausgewählten europäischen Staaten. In den nördlichen Ländern wird tendenziell mehr in diesen Bereich investiert und in den südlichen bzw. auch östlichen Ländern Europas wird deutlich weniger für Kinderbetreuung ausgegeben.

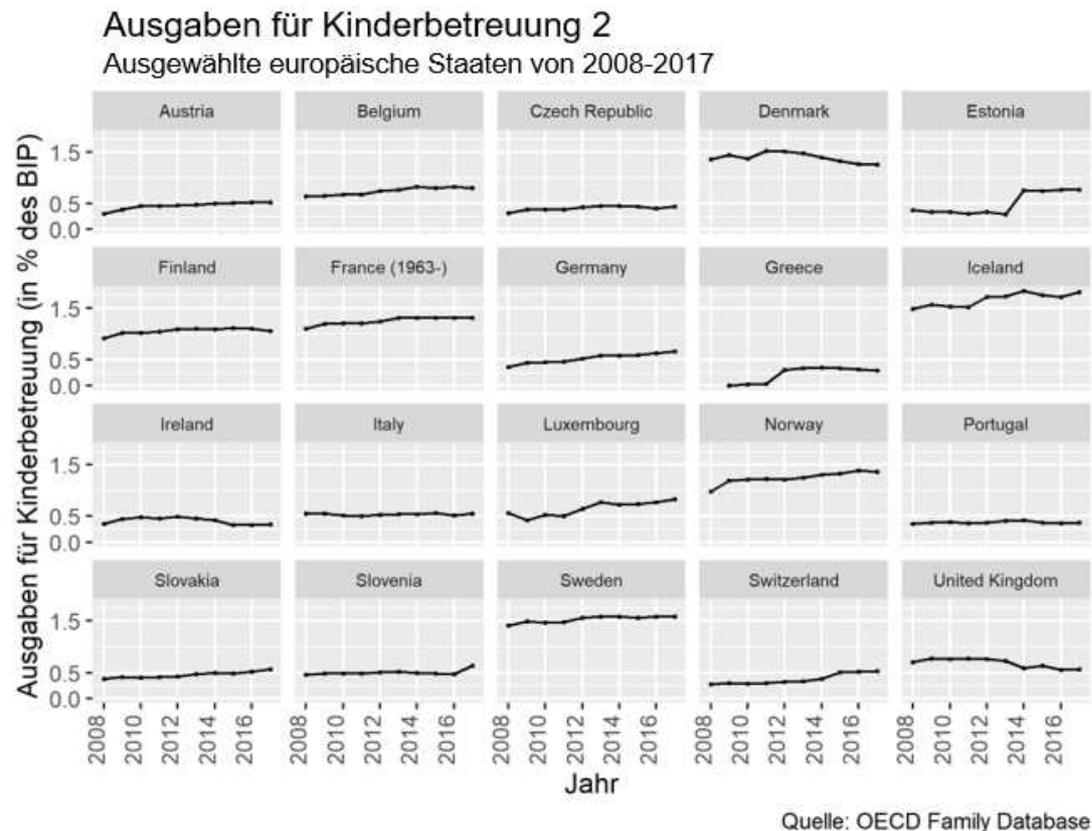


Abbildung 2: Ausgaben für Kinderbetreuung 2 - ausgewählte europäische Staaten von 2008-2017

7.3 Schließende Statistik

Auf den nächsten Seiten werden wir unsere Regressionsmodelle vorstellen und die Ergebnisse erläutern.

7.3.1 Frauenanteil im Parlament und Ausgaben für Kinderbetreuung 2008-2017

Die folgende Abbildung 3 bezieht sich auf unsere erste Hypothese (H1: Mehr Frauen in politischen Entscheidungspositionen führen zu höheren Ausgaben im Bereich der Kinderbetreuung.).

Mit diesem Streudiagramm möchten wir den Zusammenhang von Ausgaben für die Kinderbetreuung in Prozent des BIPs und dem Frauenanteil im Parlament zeigen.

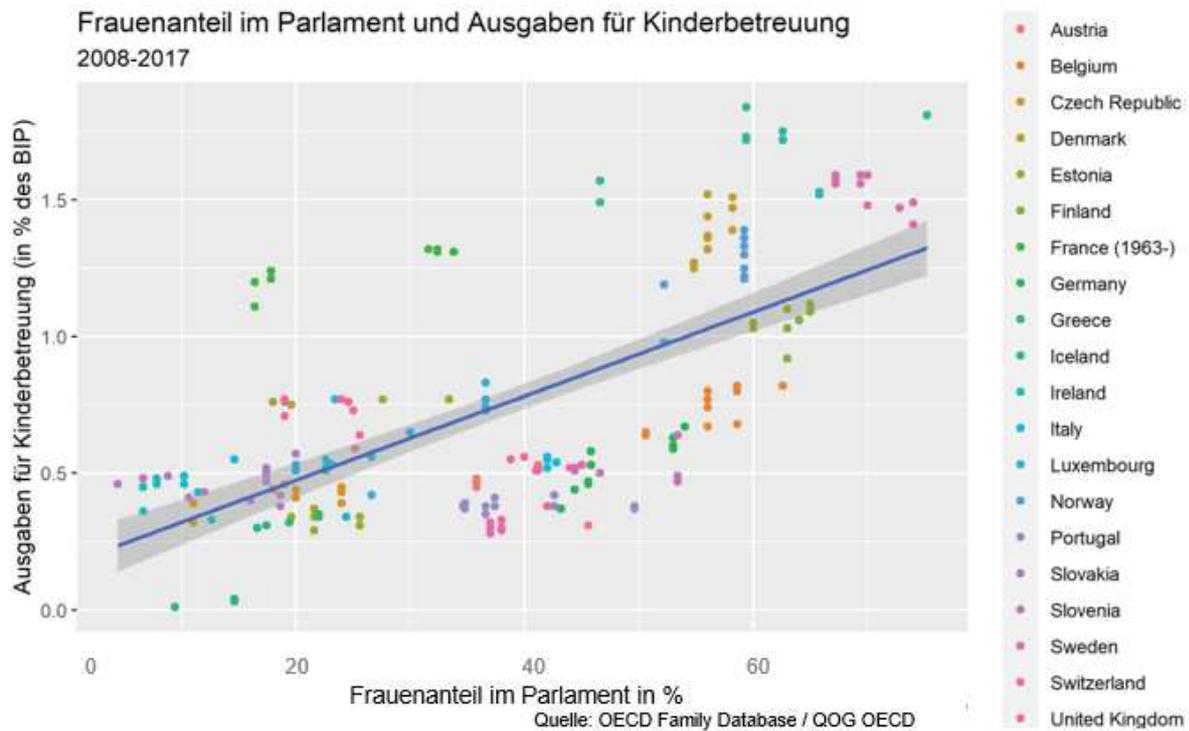


Abbildung 3: Frauenanteil im Parlament und Ausgaben für Kinderbetreuung 2008-2017

Wie man sehen kann, befindet sich auf der x-Achse der Frauenanteil im Parlament in Prozent und auf der y-Achse die Ausgaben in Prozent des BIPs. Wir haben erneut die 20 ausgewählten europäischen Länder von den Jahren 2008 bis 2017 herangezogen. Es ist ersichtlich, wenn 50 % der Abgeordneten im Parlament Frauen sind, dann liegen die Ausgaben für Kinderbetreuung bei einem Prozent des BIPs oder mehr. Beträgt der Anteil der Frauen im Parlament 12,5 % bis ca. 23,0 % so bewegen sich die Ausgaben für Kinderbetreuung zwischen 0,26 % und 0,57 % des BIPs. Man kann also anhand der Regressionslinie deutlich erkennen, umso höher der Anteil von Frauen im Parlament ist, umso höher sind die Ausgaben für die Kinderbetreuung. Diese Grafik ist somit eine erste Annäherung, die unsere Hypothese 1 belegt.

7.3.2 Regressionstabelle – Frauenanteil im Parlament

<i>Dependent variable:</i>	
Kinderbetreuungsausgaben (in % des BIP)	
Frauenanteil im Parlament (in %)	0.031 ^{***} (0.002)
Konstante	-0.140 [*] (0.076)
Observations	199
R ²	0.438
Adjusted R ²	0.435
Residual Std. Error	0.328 (df = 197)
F Statistic	153.241 ^{***} (df = 1; 197)
<i>Note:</i>	* p<0.1; ** p<0.05; *** p<0.01

Tabelle 3: Regressionstabelle - Frauenanteil im Parlament

Als nächstes betrachten wir die Regressionstabelle, die sich auf die Abbildung 3 bezieht. Der Wert -0,140, welcher bei Konstante steht gibt an, wenn keine Frauen im Parlament vertreten wären, dann würden die Ausgaben für Kinderbetreuung theoretische bei -0,140 Prozentpunkten liegen. Des Weiteren gibt der erste Wert bei Frauenanteil im Parlament in % an, wenn der Anteil an Frauen im Parlament um 1% steigt, steigen gleichzeitig die Ausgaben für Kinderbetreuung um 0,031 Prozentpunkte. Mit einem Wert von 0,435 bei unserem R² können wir auf eine hohe Modellgüte verweisen.

7.3.3 Frauenanteil in der Regierung und Ausgaben für Kinderbetreuung 2008-2017

Die zweite Hypothese, ob ein höherer Anteil weiblicher Regierungsmitglieder zu höheren Ausgaben in der Kinderbetreuung führt, haben wir ebenfalls versucht in einem Streudiagramm darzustellen.

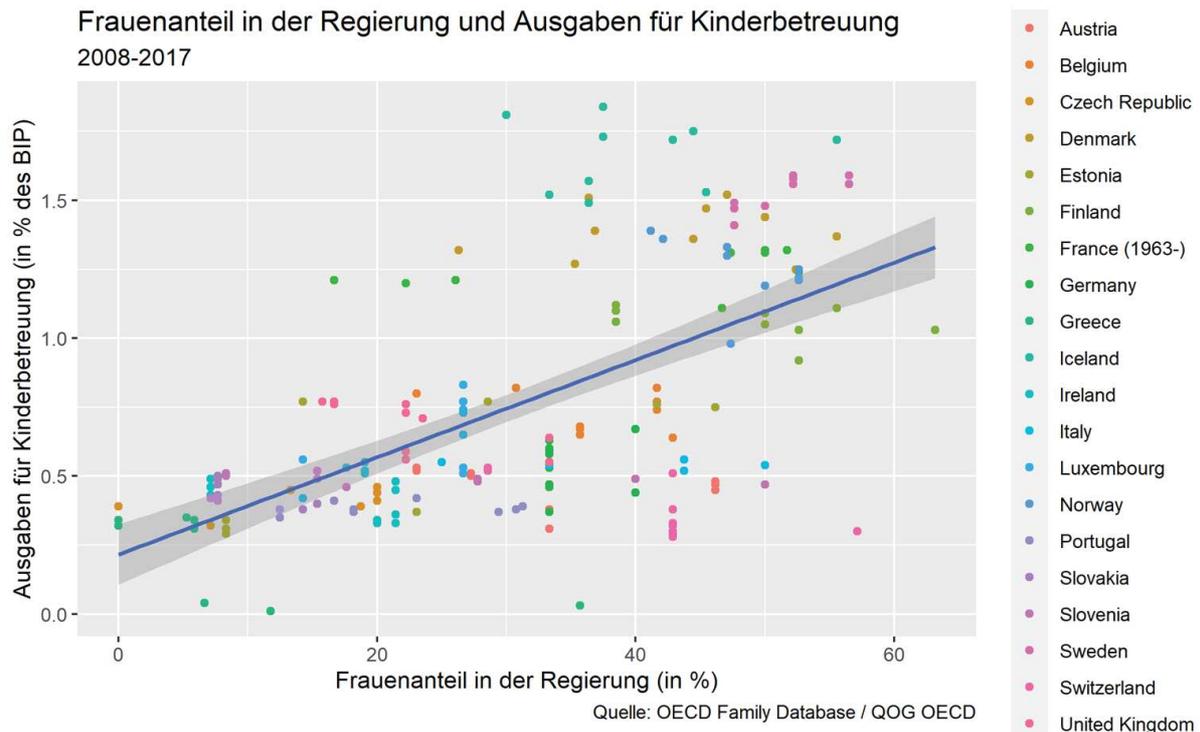


Abbildung 4: Frauenanteil in der Regierung und Ausgaben für Kinderbetreuung 2008-2017

Im Vergleich zu der vorherigen Abbildung wurde in dieser Grafik auf der horizontalen Achse der Frauenanteil im Parlament durch den Frauenanteil in der Regierung in Prozent ersetzt. Auf der vertikalen Achse sind erneut die Ausgaben in der Kinderbetreuung in Prozent des Bruttoinlandsproduktes angegeben. Die Länder haben wir wieder in verschiedene Farbgruppen eingeteilt, um die Grafik übersichtlicher zu gestalten. Eine mögliche Korrelation wird in dieser Grafik noch etwas eindeutiger, da die Werte sichtbar näher an der eingefügten Regressionsgerade liegen.

7.3.4 Regressionstabelle – Frauenanteil in der Regierung

		<i>Dependent variable:</i>
		Kinderbetreuungsausgaben (in % des BIP)
Frauenanteil in der Regierung (in %)	0.018*** (0.002)	
Konstante	0.216*** (0.055)	
Observations	194	
R ²	0.386	
Adjusted R ²	0.383	
Residual Std. Error	0.345 (df = 192)	
F Statistic	120.790*** (df = 1; 192)	
<i>Note:</i>	* p<0.1; ** p<0.05; *** p<0.01	

Tabelle 4: Regressionstabelle - Frauenanteil in der Regierung

Im nächsten Absatz gehen wir auf die Regressionstabelle, die sich auf die Abbildung 4, Frauenanteil in der Regierung und damit verbundene Ausgaben für Kinderbetreuung bezieht, ein. Wären keine Frauen in der Regierung vertreten, würden die Ausgaben für Kinderbetreuung bei 0,216 Prozentpunkten liegen. Würde der Anteil an Frauen in der Regierung um 1% ansteigen, erhöhen sich die Ausgaben für Kinderbetreuung um nur 0,018 Prozentpunkte.

7.3.5 Random Slope Modell

Aus den bereits zuvor beschriebenen Streudiagrammen konnten wir erkennen, dass sich unter den ausgewählten Ländern möglicherweise Cluster gebildet haben. Deshalb haben wir eine Grafik erstellt, in der wir die Staaten isoliert haben und für jedes Land eine eigene Regressionsgerade durch die Datenpunkte durchgezogen haben.

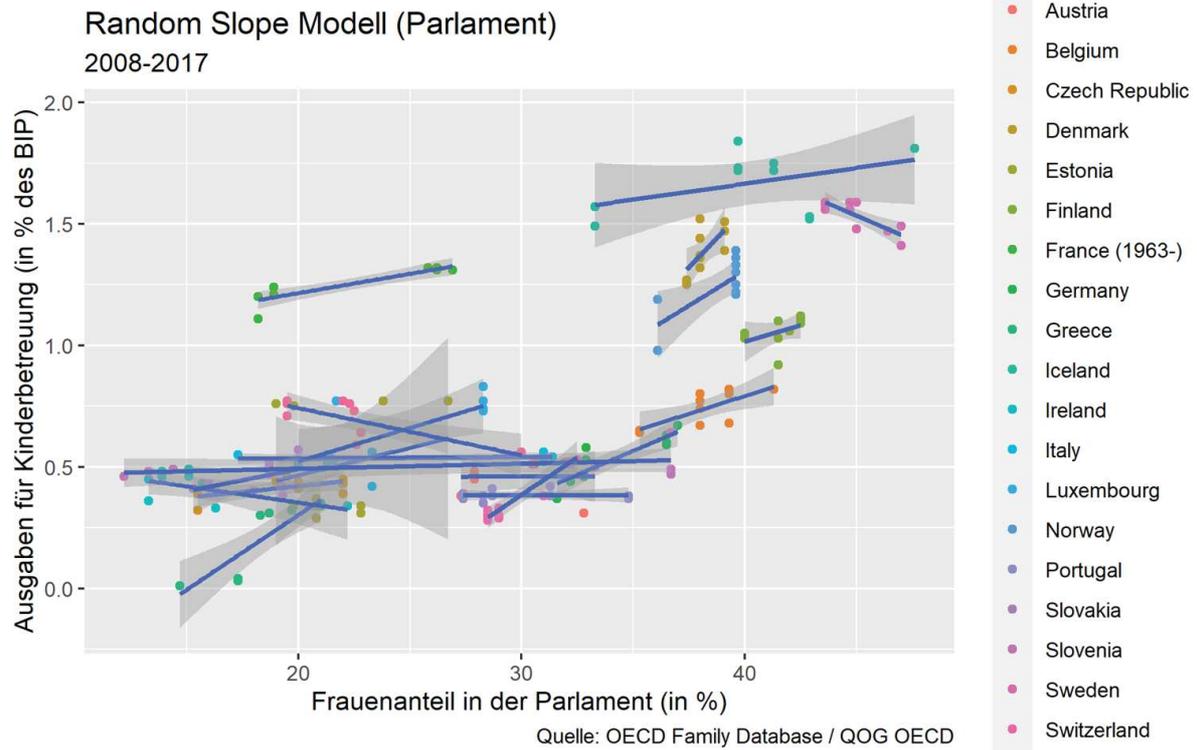


Abbildung 5: Random Slope Modell – Parlament

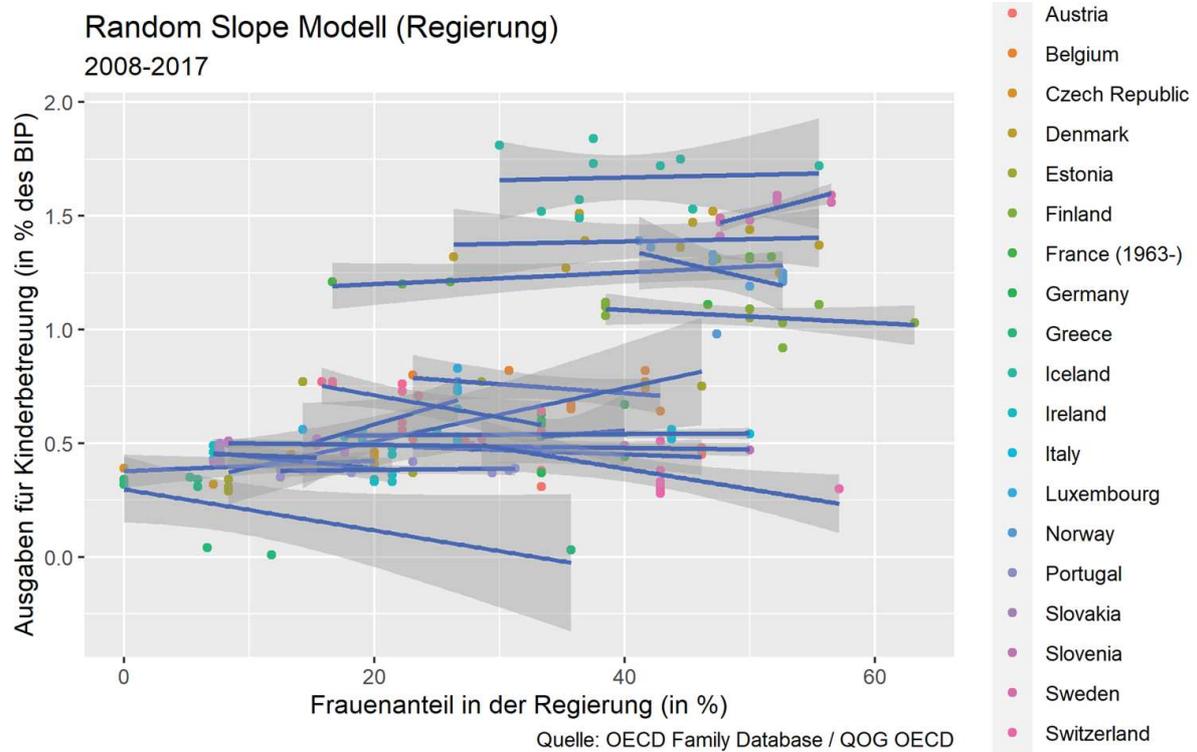


Abbildung 6: Random Slope Modell – Regierung

In Abbildung 5 bildet das Random Slope Modell für Hypothese 1 und Abbildung 6 für Hypothese 2 ab. In den beiden Abbildungen kann man zwar erkennen, dass die meisten Länder eine leicht ansteigende Regressionsgerade haben, jedoch von unterschiedlichen Punkten wegstarten. Es gibt jedoch auch einige Ausnahmen mit starker Steigung wie zum Beispiel Schweden oder gar Staaten, an denen es einen negativen Zusammenhang geben könnte, wie beispielsweise Norwegen oder Griechenland.

7.3.6 Regressionstabellen und Kontrollvariablen

Um unser Argument zu verstärken haben wir uns dazu entschieden unsere Regressionsmodelle zu erweitern und für einige weitere relevante Variablen zu kontrollieren. Als Kontrollvariablen haben wir das Jahr, das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts sowie die Beschäftigungsquoten herangezogen. Die Daten dazu waren bereits in dem verwendeten Quality of Government Datensatz der OECD enthalten.

Da die Untersuchung von aufeinanderfolgenden Jahren in einer gepoolten Zeitreihenanalyse problematisch sein kann, wurde bereits in Kapitel 5 dieses Berichtes erläutert. Aus diesem Grund haben wir uns als erstes für die Variable „Jahr“ als Kontrollvariable entschieden. Als nächstes wollten wir auch eine Variable miteinbeziehen, welche die wirtschaftliche Veränderung in den Staaten widerspiegelt. Da wir mit unserer abhängigen Variablen, die Ausgaben in der Kinderbetreuung in % des BIPs, arbeiten, hielten wir die Veränderung des BIPs für eine geeignete Größe. Zuletzt haben wir uns mit der Beschäftigungsquote für eine weitere wirtschaftliche Größe zur Kontrolle entschieden. Für diese Kontrollvariable haben wir uns aufgrund einer Studie der Julius Raab Stiftung in Zusammenarbeit mit EcoAustria entschlossen. Der Ausbau der Kinderbetreuung entscheide nämlich maßgeblich darüber, ob Frauen nach der Geburt eines Kindes wieder arbeiten gehen und auch in welchem Ausmaß (vgl. Julius Raab Stiftung, 2021).

<i>Dependent variable:</i>	
Kinderbetreuungsausgaben (in % des BIP)	
Frauenanteil im Parlament (in %)	0.025 ^{***} (0.003)
Jahr	-0.003 (0.009)
BIP Wachstum	0.001 (0.007)
Beschäftigungsrate (in %)	0.014 ^{***} (0.004)
Konstante	5.560 (18.093)
Observations	199
R ²	0.478
Adjusted R ²	0.467
Residual Std. Error	0.319 (df = 194)
F Statistic	44.326 ^{***} (df = 4; 194)
<i>Note:</i>	*p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01

Tabelle 5: Regressionstabelle - Parlament

Tabelle 5 zeigt die neue Regressionstabelle für unsere Hypothese 1. Wie in der Tabelle ersichtlich benutzen wir als abhängige Variable die Kinderbetreuungsausgaben und als unabhängige Variablen den Frauenanteil im Parlament, das Jahr, das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes und die Beschäftigungsquote. Die unabhängigen Variablen Jahr und Wachstum des Bruttoinlandsproduktes schmälern den Effekt unserer Annahme kaum, auffällig ist jedoch das signifikante Ergebnis der Beschäftigungsquote. Beinahe um 0,014 Prozentpunkte des BIPs sollen die Kinderbetreuungsausgaben steigen bei einer Erhöhung der Beschäftigungsrate um 1%. Der Effekt des Frauenanteils im Parlament beträgt nur mehr etwa 0,025 Prozentpunktes des BIPs pro Steigerung der Frauenquote um 1%. Auch das R² hat sich im neuen Regressionsmodell verändert. Etwa 47,75% der Kinderbetreuungsausgaben lassen sich durch die gewählten unabhängigen Variablen erklären.

<i>Dependent variable:</i>	
Kinderbetreuungsausgaben (in % des BIP)	
Frauenanteil in der Regierung (in %)	0.013 ^{***} (0.002)
Jahr	0.015 (0.009)
BIP Wachstum	-0.003 (0.007)
Beschäftigungsrate (in %)	0.016 ^{***} (0.004)
Konstante	-31.613 [*] (18.774)
Observations	194
R ²	0.441
Adjusted R ²	0.429
Residual Std. Error	0.332 (df = 189)
F Statistic	37.299 ^{***} (df = 4; 189)
<i>Note:</i>	* p<0.1; ** p<0.05; *** p<0.01

Tabelle 6: Regressionstabelle - Regierung

In Tabelle 6 haben wir die Regression für unsere zweite Hypothese dargestellt. Erneut haben wir als abhängige Variable die Ausgaben für die Kinderbetreuung und als unabhängige Variablen den Frauenanteil in der Regierung, das Jahr, das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes und die Beschäftigungsquote gewählt. Die Ergebnisse hierbei fallen ähnlich aus wie bei der Kontrolle von Hypothese 1. Das Jahr und das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes haben relativ wenig Einfluss auf den Effekt vom Frauenanteil der Regierung auf die Kinderbetreuungsausgaben. Die Beschäftigungsrate hingegen weist erneut ein signifikantes Ergebnis auf. Eine Steigerung um 0,016 Prozentpunkte des BIPs ist bei den Kinderbetreuungsausgaben zu erwarten, wenn die Beschäftigungsrate um 1% ansteigt. Der neue Effekt des Frauenanteils in der Regierung auf die Kinderbetreuungsausgaben beträgt nun nur mehr 0,013 Prozentpunkte des BIPs. Das R² steigt in diesem Modell auf 44,12%.

8. Fazit

Das Ziel dieses Forschungsprojektes war es herauszufinden, ob der Frauenanteil in der Regierung bzw. im Parlament mit den Kinderbetreuungsausgaben des Staates zusammenhängt. Als Gruppe haben wir uns auf Grundlage einer detaillierten Literaturrecherche auf die Forschungsfrage: „Welche Auswirkungen hat eine höhere Repräsentation von Frauen in politischen Entscheidungspositionen Österreichs, auf den Ausbau der Kinderbetreuung?“ festgelegt.

Im Rahmen der Lehrveranstaltung „Projektstudium“ haben wir uns über zwei Semester mit dieser Fragestellung und diesen Hypothesen auseinandergesetzt und konnten schlussendlich zu folgenden Erkenntnissen kommen.

Durch eine intensive Auseinandersetzung mit den Daten konnte bereits früh eine mögliche Korrelation unserer abhängigen Variable, Kinderbetreuungsausgaben, und unserer unabhängigen Variable, Frauenanteil im Parlament bzw. in der Regierung, festgestellt werden. Auch die erste Version unserer Regressionsmodelle (ohne Kontrollvariablen) zeigten einen positiven Zusammenhang. Hierbei war auffällig, dass der Effekt im Parlament größer ist als jener in der Regierung.

Um einer möglichen Scheinkorrelation aus dem Weg zu gehen haben wir uns dazu entschieden unsere Regressionsmodelle noch einmal zu erweitern und einige Kontrollvariablen hinzuzufügen. Dabei haben wir uns für das Jahr, das BIP-Wachstum sowie die Beschäftigungsquote entschieden. Das BIP-Wachstum und das Jahr schmälern den Effekt, den der Frauenanteil auf die Kinderbetreuungsausgaben hat kaum. Im Gegensatz dazu ergab in der Regression die Beschäftigungsquote ein signifikantes Ergebnis und der Effekt des Frauenanteils wurde kleiner, blieb jedoch immer noch signifikant.

Daraus lässt sich also festhalten, dass der Zusammenhang zwischen den Kinderbetreuungsausgaben und den Frauenanteilen im Parlament bzw. in der Regierung positiv ist, jedoch unterschiedlich stark.

Eine weitere Auffälligkeit die durch die Arbeit mit den Daten anschließend aufkam ist, dass es bei einer isolierten Visualisierung der einzelnen Staaten deutlich wurde, dass es auch Länder

gibt, in denen der Zusammenhang scheinbar negativ ist. Möglicherweise existieren hier Cluster. Dieses Problem wäre der Anschlusspunkt für weiterführende Forschungen zu diesem Thema, da dies den Rahmen unseres Projektes übersteigen würde.

Literaturverzeichnis

Blome, A.; Fuchs, G. (2017): Macht und substantielle Repräsentation von Frauen, *Femina Politica*, 1-2017, S. 55-69. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v26i1.04> (abgerufen am 25.02.2022)

Bonoli, G.; Reber, F. (2010): The political economy of childcare in OECD countries: Explaining cross-national variation in spending and coverage rates. *European Journal of Political Research*, S. 97-115

Gartner, G. (2018): Wie die Länder die Nachmittagsbetreuung in Kindergärten regeln. <https://www.addendum.org/kinderbetreuung/nachmittagsbetreuung/> (abgerufen am 05.02.2022)

Griechenland: https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/country-profiles/greece_de (abgerufen am 15.01.2022)

Hessami, Z.; Lopes da Fonseca, M. (2020): Female political representation and substantive effects on policies: A literature review. *European Journal of Political Economy*, S. 1-7

Hoecker, B.; Scheele, A., (2008): Feminisierung der Politik? Neue Entwicklung und alte Muster der Repräsentation. *Femina Politica* 2008, S. 9-15

Julius Raab Stiftung (2021): Neue Studie: Österreich bei der Kinderbetreuung im Letzten EU-Drittel. <https://www.juliusraabstiftung.at/2021/08/12/fruehkindliche-bildung/> (abgerufen am 29.05.2022)

Kittilson, M. C. (2008): Representing Women: The Adoption of Family Leave in Comparative Perspective. *The Journal of Politics*, S. 323-333

OECD (o.D.). OECD Family Database. <https://www.oecd.org/els/family/database.htm> (abgerufen am 20.02.2022)

Republik Österreich (o.D.) Parlament. <https://www.parlament.gv.at/PERK/PARL/WAS/AUF-GABEN/index.shtml>, (abgerufen am 29.05.2022)

Schmitt, C. (2019): Quantitative Methoden in der international vergleichenden Sozialpolitikforschung. in H. Obinger & M. G. Schmidt (eds.), Handbuch Sozialpolitik. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 337-356

The University of Gothenburg (2022). <https://www.gu.se/en/quality-government/qog-data/data-downloads> (abgerufen am 25.02.2022)

Palaguta, N. (2020): What are women's political interests? Connecting theory to empirical approaches in cross-national perspective. *Sociology Compass*, S. 1-9

Die Beeinflussung der Variable „Vertrauen in die Politik“ durch politische Beteiligung, Informationsquellen und Lebenszufriedenheit

Abstract

Der folgende Projektbericht stellt eine Gruppenarbeit im Kurs „Projektstudium I“ und „Projektstudium II“ der JKU Linz dar. Diese Lehrveranstaltungen legten im Studienjahr 2021/22 einen Schwerpunkt auf Fragestellungen aus dem Bereich der politischen Repräsentation.

Im Fall des Projekts „Die Beeinflussung der Variable „Vertrauen in die Politik“ durch politische Beteiligung, Informationsquelle und Lebenszufriedenheit“ lauten die Forschungsfragen folgendermaßen: Wird das Vertrauen in die Politik durch die politische Beteiligung, Art und Nutzung unterschiedlicher Informationsquellen beeinflusst? Welche Auswirkung hat die Lebenszufriedenheit auf das Vertrauen in die Politik?

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wird auf eine Mehrebenenanalyse zurückgegriffen, welche im Bericht genauer ausgeführt wird. Die Daten werden einem von der Gruppe aus den Wellen 2-7 der World Values Survey zusammengestellten Datensatz entnommen. Auf Basis ausgewählter Fachliteratur wurden folgende Hypothesen aufgestellt:

H1: Die Art der politischen Beteiligung hat einen signifikanten Effekt auf das Vertrauen in die Politik.

H2: Die Nutzung verschiedener Informationsquellen hat einen signifikanten Effekt auf das Vertrauen in die Politik.

H3: Die Lebenszufriedenheit hat einen signifikanten Einfluss auf das Vertrauen in die Politik.

Die Hypothesen können vom angewendeten Mehrebenenmodell sowie Regressionsanalysen teilweise bestätigt werden. Die Ergebnisse geben Antworten auf die Forschungsfragen, wobei

die Antworten im Detail je nach Ausgestaltung der Variablen zum Teil stärker voneinander abweichen.

1. Einleitung

Nicht zuletzt in Erwartung einer Verschärfung von aktuellen Krisen wie etwa der Klimakrise wird im Diskurs dem Vertrauen einer Bevölkerung in deren Staatschef*in und demokratische Strukturen großer Wert beigemessen. In der vorliegenden Forschungsarbeit soll dem Zusammenhang zwischen Vertrauen in die Politik und verschiedenen Kennzahlen nachgegangen werden. Diese Thematik wird immer wieder im nationalen Kontext in Studien aufgegriffen, jedoch selten auf anderen Ebenen - international oder auch auf individueller Ebene betrachtet.

Die im folgenden Projektbericht beschriebene Forschungsarbeit hat im November 2021 gestartet und wurde im Juni 2022 abgeschlossen.

Essenziell für diese Arbeit ist eine Definition des Begriffs „Vertrauen in die Politik“, welcher in Forschungsfragen und Hypothesen vorkommt: Vertrauen stellt nicht eine einzelne Kennzahl dar, sondern setzt sich aus verschiedenen Einflussgrößen (z.B. Vertrauen in andere Individuen sowie institutionellem Vertrauen) zusammen (vgl. Mironova, 2015, 4).

Die Forschungsfragen beschäftigen sich mit dem Vertrauen in die Politik, was sich in der World Values Survey, der verwendeten Datenquelle, aus verschiedenen Parametern zusammensetzt: Konkret umfasst dies für die vorliegende Arbeit die Variablen „Vertrauen in das Parlament“, „Vertrauen in die Regierung“ und „Vertrauen in politische Parteien“, welche bei den Befragungen ab 1990 erhoben wurden. In fast allen von betrachteten Studien wurde keine Unterteilung der Kategorien vorgenommen, weshalb hierbei mögliche Unterschiede abgezeichnet werden sollen. Vertrauen wird in Abhängigkeit von den jeweiligen Variablen (politische Beteiligung, Mediennutzung, Lebenszufriedenheit) betrachtet. Die Variablen werden jeweils in den Hypothesenbeschreibungen näher erläutert.

2. Theorie und Ableitung der Hypothesen

2.1 Vertrauen in die Politik

Zuerst gilt es, das Vertrauen in die Politik abzugrenzen. Wie bereits in Kapitel 1 benannt, wird dieses im Laufe der Arbeit durch das Vertrauen in das Parlament, in die Regierung und in die politischen Parteien ergeben und auch in den Analysen teilweise separat angeführt sein. Ermöglicht wird das zum einen, weil die nötigen Daten vorhanden sind und weiters, weil im Rahmen der Recherche auffallend war, dass das politische Vertrauen in den vorliegenden rezipierten Forschungsberichten immer zusammengefasst wurde.

Außerdem gab es in den zu Grunde liegenden Forschungsberichten immer einen starken Bezug zur Kommunalpolitik oder zur nationalen Ebene und wurde nicht weitläufiger überprüft. Kommunalpolitik stellt die kleinste politische Organisationseinheit, welche die Angelegenheiten örtlicher Gemeinschaften organisiert und gestaltet, dar (vgl. Bundeszentrale für Politische Bildung). In vielen Berichten wurde vor allem auf die Unterschiede zwischen Städten eingegangen, aber nicht näher nachgeforscht, ob es einen Zusammenhang zwischen dem politischen Vertrauen und weiteren Kennzahlen gibt.

2.2 Hypothese 1 - Die Art der politischen Beteiligung hat einen signifikanten Effekt auf das Vertrauen in die Politik.

In dieser Hypothese wird ein möglicher Effekt der Art der politischen Beteiligung auf das Vertrauen in die Politik überprüft. Der Soziologe Prof. Dr. Häußermann geht im Artikel „Politisches Vertrauen und Partizipation“ auf die Disparitäten zwischen den Bewohner*innen in deutschen Städten ein. Dabei stellt er fest, dass sowohl das Vertrauen abnimmt als auch eine politische Apathie einsetzt, je weiter die soziale Position und Integration der Menschen abnimmt. Gerade sozial marginalisierte Personen nehmen sich als nicht repräsentiert wahr und das führe zu einer geringeren Wahlbeteiligung. Weiters hat ein fehlendes „Urvertrauen“ in die Politik zur Folge, dass die Partizipation abnehme und das politische System weniger funktionsfähig sei. Ohne Vertrauen gelinge es der Politik demnach schlechter, auf die Bürger*innen einzugehen und dies könne auch mit gezielten Partizipationsangeboten nicht kompensiert werden. (vgl. Häußermann, 2005, 298-301).

Politische Beteiligung lässt sich dabei in zwei Kategorien aufteilen - Alemann und Daniel bezeichnen diese als „konventionelle“ und „unkonventionelle“, wobei konventionelle Partizipation sich im institutionellen Rahmen bewegt und vor allem die Beteiligung an Wahlen umfasst (vgl. von Alemann & Daniel, 2012, 3). Unkonventionelle Beteiligungsformen betreffen Aktivitäten außerhalb dieses Rahmens und sind vielfältiger ausgestattet: „Gemeint sind neuere Formen der Partizipation, die nicht institutionalisiert ablaufen und damit weitaus schwieriger zu messen und zu erforschen sind. Hierzu gehört beispielsweise die Teilnahme an Bürgerinitiativen, Demonstrationen und Streiks oder spontanen medialen Aktionen, wie beispielsweise Flashmobs.“ (von Alemann & Daniel, 2012, 3).

Die Relation zwischen Partizipation und Vertrauen bewegte sich in Richtung der angenommenen Hypothese. Jedoch wurde die Frage aufgeworfen, wie es denn nun bei anderen politischen Beteiligungsformen aussehe. Während in diesem Artikel nur auf die Wahlbeteiligung eingegangen wurde, blieben andere Arten wie Demonstrationen, Petitionen und Boykotte offen.

Im Artikel „Gute Beteiligung stärkt die lokale Demokratie“ von Gehne, Wähnke und Witte wurde erneut auf die Kommunalpolitik eingegangen. Der Fokus auf die Kommunalebene wurde damit begründet, dass Bürger*innenmeister*innen mehr Vertrauen entgegengebracht wird als Landes-, Bundes- oder Europapolitiker*innen und zudem ein besserer Überblick gewährleistet werden kann. Ein interessantes Ergebnis war, dass sich Bürger*innen vermehrt an der Politik beteiligen, wenn sie den Bürger*innenmeister*innen und Räten vertrauen. 73,7% derjenigen, die sich einbezogen fühlen, haben ein großes oder sehr großes Vertrauen. Je größer die lokale Distanz der jeweiligen Politik(er*innen), die in die Vertrauensvariable miteinbezogen werden, ist, desto weniger Beteiligung lässt sich stellen. Am wenigsten Vertrauen wird somit Europapolitiker*innen entgegengebracht; dies korreliert laut dem vorliegenden Bericht mit entsprechend niedrigerer politischer Beteiligung der Bürger*innen an Europapolitik (vgl. Gehne, Wähnke & Witte, 2019, 2-9).

Daniela Braun und Swen Hutter bieten im Text „Political trust, extra-representational participation and the openness of political systems“ eine weitere Erklärung: „[W]hen the political system makes it difficult for citizens to channel demands into the political decision-making, the non-institutionalized activities are to a larger extent driven by distrust. Conversely, when

the political system invites citizen input, the non-institutionalized activities are not to the same extent expressions of political distrust.” (Braun & Hutter, 2016, 154) – Dieses Zitat stammt aus dem Forschungsbericht von Marien and Christensen aus dem Jahr 2013 und wird in Brauns und Hutters Studie zitiert, um zu verdeutlichen, dass es bei der Betrachtung dieser Variablenkombination besonders stark auf die Einbeziehung der Mikroebene ankommt. Somit können durch eine internationale Querschnittsauswertung keine gleichwertigen Erkenntnisse gewonnen werden: Das politische System hat sowohl Einfluss auf das individuelle Vertrauen in Institutionen als auch auf die politische Beteiligungsform. - Die Kennzahlen müssen immer im politischen Kontext gelesen werden (vgl. Braun & Hutter, 2016, 154f).

Während sich der Text eigentlich mit dem Einfluss von Offenheit politischer Systeme beschäftigt, enthält er dennoch in seinen Annahmen und Methoden sehr wichtige Erkenntnisse zur Einschätzung der 1. Hypothese.

Mangelndes Vertrauen in Institutionen führt laut Braun & Hutter zu steigender Wahrscheinlichkeit, sich außerhalb der Institutionen politisch zu engagieren. Die vorhergehende Studienlage zu diesem Zusammenhang weist Großteils nicht signifikante Werte auf. Da es in den Auswertungen jedoch große Unterschiede je nach politischem System gibt, ist dies gut zu erklären, wenn in anderen Studien darauf keine Rücksicht genommen wurde. In offeneren politischen Systemen herrscht eine stärkere negative Verbindung zwischen Vertrauen und Teilnahme an ERP (“extra-representational participation”, also Beteiligungsformen außerhalb des institutionellen Rahmens) (vgl. Braun & Hutter, 2016, 159-161).

Abschließend wird hervorgehoben, dass diese Annahmen nicht für individuelles Vertrauen getroffen wurden, sondern für institutionelles Vertrauen von Bürger*innen in deren politische Autoritäten und Institutionen (vgl. Braun & Hutter, 2016, 162f).

Im vorliegenden Forschungsbericht wird also der Zusammenhang zwischen Vertrauen in die Politik und verschiedenen Formen an politischen Beteiligungsprozessen gemessen. Die Ergebnisse sollen dabei im Gegensatz zu den rezipierten Forschungsarbeiten auf mehreren Ebenen analysiert werden und somit auch jenseits der Kommunalebene Ergebnisse zeigen.

2.3 Hypothese 2 - Die Nutzung verschiedener Informationsquellen hat einen signifikanten Effekt auf das Vertrauen in die Politik.

Nach der ersten Hypothese wurden weitere Faktoren analysiert, wovon das politische Vertrauen abhängen könnte. Es entwickelte sich ein Fokus auf die verschiedene Nutzung von Informationsquellen. Dabei werden Fernsehen, soziale Netzwerke, Radio, Zeitung, E-Mails oder auch Informationen durch Freund*innen und Kolleg*innen näher betrachtet.

Eine wichtige Quelle stellt dabei der Text „Politische Informationsrepertoires – Zwischen Informieren und Vertrauen“ von Dimitri Prandner aus dem Buch „Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich“ dar. Dieser Text bezieht sich auf Statistiken der Sozialen Survey Österreich 2016. Aktuelle Studien belegen dabei einen Zusammenhang zwischen fehlendem Vertrauen in Medien und der Distanz zum aktuellen politischen Geschehen. Das lässt sich dadurch begründen, dass Vertrauen in die Informationen aus den Medien Handlungsfähigkeit und politische Teilhabe ermöglichen. Deshalb müssen sich Personen über das aktuelle Geschehen informieren und ihnen Vertrauen schenken, um handlungsfähig zu bleiben. Wenn den Informationen kein Vertrauen entgegengebracht wird, kann auch nur beschränkt in dem politischen Bereich gehandelt werden (vgl. Prandner, 2018, 412).

Traditionelle Medien sind laut Prandner noch immer die wichtigsten Informationsquellen. Dabei geben fast 90 Prozent der Befragten für ihre Informationsgewinnung Fernsehen an. Weiters hören über 70 Prozent Radio oder lesen Zeitung. Währenddessen betrug die Nutzung von Online-Informationsangeboten damals nur rund ein Drittel und bei sozialen Medien sah der Anteil ähnlich aus. Eine ebenfalls etwa gleich hohe Reichweite hatten nicht tagesaktuelle Medien oder Monatsmagazine (vgl. Prandner, 2018, 417).

Anschließend wird betrachtet, welches Vertrauen den Informationsquellen geschenkt wird. Dabei geben 40 Prozent an, dem Fernsehen das meiste Vertrauen entgegenzubringen. Dahinter folgen mit großem Abstand die traditionellen, gedruckten Tageszeitungen mit nur 16 Prozent und Radionachrichten mit rund 12 Prozent. Online-Medien wird nur von einem sehr geringen Anteil das höchste Vertrauen gegeben. Zusätzlich geben rund 20 Prozent an, dass sie in kein Medium Vertrauen haben (vgl. Prandner, 2018, 419).

Im Bereich Politik geben rund 15 Prozent der reinen Online-Informationsnutzer*innen Interesse an. Weiters bekunden ca. 20 Prozent der traditionellen Mediennutzer*innen ein großes Interesse an Politik. Den größten Teil an politischem Interesse haben Personen mit vollem Informationsrepertoire (knapp 50 Prozent). Aufgrund dessen zeigt sich, dass politisches Interesse mit einem umfangreichen Informationsstand einhergeht (vgl. Prandner, 2018, 426).

Politisch entfremdete Personen haben außerdem das Gefühl, dass sich Vertreter des politischen Systems oftmals nicht in die Position der Bevölkerung begeben können und zusätzlich zeigt sich, dass jüngere Personen signifikant öfter ihr Vertrauen Informationen aus den sozialen Netzwerken entgegenbringen, da sie diese auch öfters nutzen (vgl. Prandner, 2018, 429).

Personen, die Politik eine hohe Bedeutung zuschreiben, vertrauen den Informationen aus Zeitungen und Personen, die sich kaum für Politik interessieren, aber dennoch gut über die politischen Ereignisse informiert fühlen, vertrauen signifikant seltener Medien. Personen, die gemischte Informationsquellen nutzen, tendieren am ehesten dazu, dem Fernsehen zu vertrauen und Personen, die sich keiner Informationsquelle zuordnen lassen, vertrauen laut Prandner gar keinen Medien. Dadurch lässt sich zeigen, dass fehlendes Vertrauen zu einer Abneigung von Medieninhalten führt (vgl. Prandner, 2018, 432-433).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Vertrauen in die Medien einen hohen Wert hat, wobei Fernsehen in bisherigen Berichten das größte Vertrauen zugesprochen bekommt. Außerdem sind heutzutage das Fernsehen und die Tageszeitungen noch immer der Ausgangspunkt vieler politischer Diskussionen und wichtig für die öffentliche Meinung.

Durch die World Values Survey liegt eine große Datenmenge vor, welche im Zuge dieser Hypothese die aufgeteilte Nutzung verschiedener Informationsquellen für eine breite Anzahl von Ländern überprüft und weiters, welchen Einfluss diese auf das Vertrauen in Politik haben.

2.4 Hypothese 3 - Die Lebenszufriedenheit hat einen signifikanten Einfluss auf das Vertrauen in die Politik.

Ein Text, der die Erstellung der Forschungsfragen sowie die Annahme der dritten Hypothese maßgeblich beeinflusste, ist „The Link Between Voting and Life Satisfaction in Latin America“ von Rebecca Weitz-Shapiro und Matthew Winters. Der/Die Autor*innen stellen mithilfe von

Multilevel-Regressionsmodellen die Verbindung zwischen Wahlverhalten und Lebenszufriedenheit für Lateinamerika dar. Ihre Forschungsfrage und Thesen basieren auf ähnlichen Forschungen aus Europa, welche einen positiven Zusammenhang zwischen diesen beiden Variablen beweisen.

Der Text stellt vor allem infrage, welcher der beiden Faktoren in diesem Fall die abhängige Variable ist – ob politische Partizipation einen kausalen Effekt auf Zufriedenheit hat oder ein höheres Level an Lebenszufriedenheit Menschen eher dazu bringt, sich an Wahlen zu beteiligen (vgl. Weitz-Shapiro & Winters, 2011, 102).

Die Erkenntnis des Textes ist, dass bei den Variablen die Lebenszufriedenheit die unabhängige und die Wahlbeteiligung die davon abhängige Variable darstellt. Die beiden Variablen korrelieren positiv, dennoch findet sich kein signifikanter Effekt des Wahlverhaltens auf die individuelle Lebenszufriedenheit – „Instead, our data are more consistent with the claim that happiness causes people to participate.“ (Weitz-Shapiro & Winters, 2011, 118)

Da sich Hypothese 3 jedoch nicht mit dem Einfluss der Lebenszufriedenheit auf das Wahlverhalten beschäftigt, wurde versucht, den Zusammenhang für die gewählten Faktoren „Lebenszufriedenheit“ und „Vertrauen“ zu finden. Passende Literatur bestätigte: Auch in diesem Fall stellt die Lebenszufriedenheit die unabhängige Variable und das Vertrauen die abhängige Variable dar (vgl. Mironova, 2015, 5).

Auf Grundlage dessen wurde die Richtung der Kausalität für die Hypothese 3 gewählt: Zufriedenheitsparameter werden in Hinblick auf ihren Einfluss auf das individuelle Vertrauen untersucht. Die bisherigen Studien sind meist Betrachtungen einzelner Staaten, so etwa von Wen-Chun Chang von Taiwan (2009) oder von Anna Mironova von Russland (2015).

Wen-Chun Chang erforscht und beschreibt im Artikel „Social capital and subjective happiness in Taiwan“ vor allem den Zusammenhang zwischen sozialem Kapital und individueller Lebenszufriedenheit, methodisch werden verschiedene Kennzahlen einer national erhobenen Social Survey zu Indizes verwoben und vergleichbar gemacht. Somit lassen sich Korrelationen nicht nur auf regionaler, sondern auch auf individueller Ebene herausleiten. Dabei werden Vertrauensvariablen miteinbezogen. Vertrauen ist hierbei in den Ergebnissen stark auf dem aggregierten sozialen Kapital aufbauend (vgl. Chang, 2009, 858f).

Dennoch beschreibt erst Anna Mironovas 2015 erschienener Artikel „Trust as a factor of subjective life satisfaction“ ein absolut zur dritten Hypothese passendes Studiendesign: Mironova untersucht dabei den Zusammenhang zwischen Vertrauen und Lebenszufriedenheit – und verwendet dazu unter anderem Daten aus der World Values Survey. Dieser auch in diesem Forschungsbericht verwendete Datensatz wird in Kapitel 4 deskriptiv beschrieben und auch für die gesamte Forschung herangezogen.

Anna Mironova forschte mit World Values Survey Daten über den Zusammenhang. Auch sie arbeitet dabei mit verschiedenen Ebenen und stellt in deren dritter Hypothese fest: „Institutional trust is positively correlated with life satisfaction.“ (Mironova, 2015, 7)

Dabei wird ergänzend festgestellt, dass durch schwaches Vertrauen etwa auch die persönliche sowie gesellschaftliche Effizienz leidet, da z.B. Prozesse aufgrund von fehlendem Vertrauen unzureichend zwischen verschiedenen Zuständigen aufgeteilt werden. Im Text wird zwischen drei verschiedenen Arten von Vertrauen unterschieden: generellem, sozialem und institutionellem Vertrauen (vgl. Mironova, 2015, 5-6).

Methodisch werden die Ergebnisse der 6. Welle der World Values Survey für zwei russische Regionen in Kombination mit weiteren Interviewauswertungen verwendet. Als Ergebnis wird ein positiver Zusammenhang zwischen institutionellem Vertrauen und Lebenszufriedenheit sichtbar, der Regressionskoeffizient von institutionellem Vertrauen ist mit 0,12 positiv (vgl. Mironova, 2015, 9-14).

Für ein weitreichenderes Bild wurde mit diesem Ansatz weitergearbeitet und die Auswertung mit Daten aus der 2. bis 7. Welle von allen dazugehörigen Ländern fortgesetzt.

Die Forschungsfragen, die aus der Literatur entstanden, lauten also wie folgt: „Wird das Vertrauen in die Politik durch die politische Beteiligung und Nutzung unterschiedlicher Informationsquellen beeinflusst? Welche Auswirkung hat die Lebenszufriedenheit auf das Vertrauen in die Politik?“

3. Methode

Für die Auswertung der Forschungsfrage wurde zu Beginn angedacht, mit gepoolten Zeitreihenanalysen zu arbeiten. Bei dieser werden mehrere Beobachtungen pro Land verwendet. Da es aufgrund der vorhandenen Daten jedoch nicht möglich war, für ausreichend viele Länder mehrere Erhebungen zu finden und es auch weiters kein zentraler Punkt dieser Arbeit war, die Unterschiede zwischen den Ländern zu erfassen, wurde die Auswertung nun anhand der Mikroanalyse vollzogen. Hierbei stehen die Individuen im Zentrum.

Um dies besser verstehen zu können, wurde intensiv mit dem Text „Political trust, extra-representational participation and the openness of political systems“ von Daniela Braun und Swen Hutter gearbeitet. In diesem wurden die Faktoren insgesamt auf der Mikroebene betrachtet, um das Engagement der Menschen in der außerrepräsentativen Beteiligung (ERP) zu erklären. In den letzten Jahren gab es allerdings immer mehr Studien, die versuchen, ERP durch die Einbeziehung individueller und kontextueller Faktoren zu erklären. Dabei konzentrieren sich diese Studien auf die direkten Auswirkungen institutioneller Elemente des politischen Kontexts auf das Ausmaß solcher Aktivitäten. Dabei ist die Länderwahl ausschlaggebend, ob sich die Studie auf spezifische Aspekte der politischen Gelegenheitsstruktur von Demonstrant*innen in Demokratien oder auf allgemeine demokratische Entwicklung fokussiert. *Wenn es dabei um die demokratischen Entwicklungen geht, berichten Studien von stärkeren positiven Effekten auf das ERP-Niveau im Vergleich zu den Variationen, die zwischen Demokratien gefunden wurden. Zusätzlich haben Wissenschaftler*innen der politischen Partizipation sich darauf konzentriert, wie diese kontextuellen Faktoren mit Prädiktoren auf Mikroebene interagieren. Es haben laut den Autor*innen aber nur 2 Studien zu untersuchen versucht, wie der Zusammenhang zwischen politischem Vertrauen und ERP auf Mikroebene durch seinen Kontext koordiniert sein könnte. In ihrer großangelegten Studie die 79 Länder beinhaltet, war zu erwarten, dass Beschwerden im Allgemeinen, politische Unzufriedenheit im Besonderen und Vertrauen in die Politik in geschlossenen Systemen wichtigere Auslöser für ERP sein sollten als in offenen Systemen. Während die Ergebnisse darauf hindeuten, dass Misstrauen gemessen an der effektiven Anzahl von Parteien eine wichtigere Quelle von ERP in geschlossenen Systemen ist, ergeben die anderen beiden Maße des politischen Kontextes keine signifikanten Interaktionseffekte (vgl. Braun, Hutter, 2016, 5-7).*

Trotz der beobachtbaren länderübergreifenden Unterschiede in der Beziehung auf die Mikroebene hat die Einbeziehung kontextbezogener Indikatoren zur Aufklärung des Zusammenhangs zwischen Vertrauen und ERP die Beziehung noch nicht zufriedenstellend geklärt. Die Frage, die sich dabei stellt, ist, warum die empirische Evidenz die theoretischen Erwartungen nicht erfüllt. Laut Braun und Hutter waren sie auf dem richtigen Weg, als sie versucht haben, die Beziehung auf Mikroebene durch die Linse der länderübergreifenden Variation zu erklären, aber die vorliegende Studie fügt 2 wichtige Neuerungen hinzu, um das Rätsel lösen zu können. Als erstes schlagen die Autoren vor das Argument, dass der negative Effekt in geschlossenen Systemen stärker sein sollte anders zu sehen: Der negative Effekt des Vertrauens in repräsentative Institutionen auf ERP sollte in offenen politischen Kontexten stärker ausgeprägt sein (vgl. Braun, Hutter, 2016, 7-8).

Für die Mikroanalyse wurde ein Regressionsmodell gerechnet. Dabei wird der Zusammenhang zwischen der Variablen „Vertrauen in die Politik“ und den in den Hypothesen bezeichneten unabhängigen Variablen sichtbar. Da auch durch Hinzufügen von Dummy Variablen die Aussagekraft der individuellen Ebene schwer einzuordnen blieb, wurde die lineare Regression und somit die Mikroanalyse als einzige betrachtete Ebene für die geplante Forschungsarbeit für unzureichend erachtet und stattdessen eine Mehrebenenanalyse als geeignetste Methode gewählt. Die Mehrebenenanalyse bezieht sich dabei – wie der Name bereits andeutet – auf die Untersuchung des Zusammenwirkens zwischen Faktoren unterschiedlicher Ebenen (hier Makrofaktoren und individuellen Einstellungen). Darüber hinaus werden auch Präferenzen und individuelles Verhalten geprüft.

Die Besonderheit der Mehrebenenanalyse ist, dass sie zwei Ebenen umfasst. Dabei können die Einheiten der unteren Ebene der oberen Ebene zugeordnet werden. Ein Beispiel dafür wäre ein Unternehmen als untere Ebene, welches in verschiedenen Regionen angesiedelt ist. In der Sozialpolitikforschung allgemein und so auch in diesem speziellen Fall handelt es sich bei der höheren Ebene zumeist um die Länder und der unteren Ebene um die Individuen. Dabei wird dann zum Beispiel die Einstellung der Individuen unter Berücksichtigung des nationalen Kontextes untersucht (vgl. Schmitt, 2019, 352).

Der Vorteil der Mehrebenenanalyse ist etwa, dass für jedes einzelne Land ein Effekt der Variablen geschätzt werden kann. Infolgedessen unterscheidet man zwischen zwei Modellen:

Dem Random Intercept-Modell und dem Random Slope-Modell. Beim Random Intercept-Modell wird davon ausgegangen, dass die Konstante zwischen den Gruppen variiert. Beim Random-Slope Modell wird davon ausgegangen, dass Variablen auf Individualebene einen vom jeweiligen Land abhängigen Einfluss haben. Dadurch könnte sich etwa der Einfluss individueller Arbeitslosigkeit auf die Einstellung jedes Landes auswirken. Zusätzlich wird angenommen, dass etwa wohlfahrtsstaatliche Institutionen die Individuen beeinflussen. Außerdem können Cross-Level Effekte geschätzt werden. Dies wirkt sich zum Beispiel so aus, dass sich in stark umverteilten Wohlfahrtsstaaten individuelle Erwerbslosigkeit weniger negativ auf das Vertrauen in politischen Institutionen auswirkt als in verstärkenden Wohlfahrtsstaaten. Diese beiden Modelle werden normalerweise mit der Restricted Maximum Likelihood (REML) geschätzt. Die Anwendung der REML-Methode ist vor allem dann sinnvoll, wenn eine relativ geringe Anzahl an Ländern vorhanden ist, da ansonsten die Varianzen der Zufallseffekte zu klein geschätzt werden (vgl. Schmitt, 2019, 352-354).

4. Daten

Im Zuge des Projekts wird der Time Series Datensatz der World Values Survey verwendet. Dieser liefert Daten aus 7 Wellen im Zeitraum zwischen 1981 und 2020 von bis zu 120 Ländern, wobei zu beachten ist, dass nicht jedes Land bei jeder Welle vertreten ist. Je nach Welle variiert die Anzahl der Länder und erhöht sich, je aktueller die Befragung ist.



Abbildung 1: World Values Survey (2021): Who we are, [online] <https://www.worldvaluessurvey.org/WVSContents.jsp> [abgerufen am 13.01.2022].)

Die World Values Survey (WVS) nimmt es sich zur Aufgabe, international wissenschaftliche Ergebnisse zur Einschätzung von sowohl sozialen, politischen und wirtschaftlichen als auch religiösen und kulturellen Werten der Menschen zu liefern. Alle fünf Jahre werden diese in einer neuen Welle weltweit überprüft.

Der Ursprung des Projekts liegt in der University of Michigan und war eine Weiterentwicklung der European Values Study (EVS), die ebenso die Werte der Menschen aber nur innerhalb Europas untersucht. In dieser waren anfangs nur acht westeuropäische Länder vertreten. Im Laufe der Zeit hat sich die Zahl der teilnehmenden Länder immer weiter erhöht. Die Daten der World Values Survey und der EVS decken die Meinungen von 94,5 % der Weltbevölkerung ab. Im Rahmen dieser Arbeit werden jedoch die Daten der European Values Study vernachlässigt, da es weniger um die Unterschiede zwischen den Ländern und mehr um etwaige Zusammenhänge zwischen den ausgewählten Themen geht.

Da die Daten frei zugänglich sind und viele Informationen sowohl aus vielen unterschiedlichen Ländern und Kulturen als auch zu den verschiedensten Themen bieten, entwickelte sich die WVS zu einer der zuverlässigsten und weit genutzten Studie in den Sozialwissenschaften. Zurzeit ist die WVS die größte nicht-gewerbliche zwischenstaatliche empirische Untersuchung zu den Überzeugungen und Werten der Menschen, die jemals durchgeführt wurde.

Die Erhebungen der WVS sind nicht nur für Wissenschaftler*innen, sondern auch für politische Entscheidungsträger*innen von Bedeutung. Internationale Organisationen wie die Weltbank, die World Health Organisation (WHO), das United Nations Development Program (UNDP) und der UN-Hauptsitz in New York gewinnen ebenso Erkenntnisse aus diesen Daten (vgl. World Values Survey (2021): Who we are, [online] <https://www.worldvaluessurvey.org/WVSContents.jsp> [abgerufen am 13.01.2022].).

Der verwendete Time Series Datensatz vereint die Daten aus den Wellen 1 (1981-1984), 2 (1990-1994), 3 (1995-1998), 4 (1999-2004), 5 (2005-2009), 6 (2010-2014) und 7 (2017-2020). Die Daten aus Studien der EVS zwischen 1981 und 2017 sind (wie bereits angekündigt) bei folgenden Darstellungen der verwendeten Variablen nicht enthalten. Die World Values Survey hat für die Aushebung detaillierte Fragebögen für die Teilnehmer*innen entwickelt, befragt diese aber dennoch in persönlichen Gesprächen. In diesen Fragebögen werden um die 250 Fragen gestellt und pro Land werden zwischen 1.000 und 3.500 Interviews geführt (vgl. World

Values Survey (2021): Timeseries (1981-2020). World Values Survey, [online], <https://www.worldvaluessurvey.org/WVSDocumentationWVL.jsp> [abgerufen am 13.01.2022].).

Der sehr umfangreiche Datensatz macht es möglich, Variablen aus allen Themenbereichen für die Hypothesen zu finden. Zentral in der Forschungsfrage ist das Vertrauen in die Politik. Dieses wird anhand der Variablen „Confidence: Parliament“, „Confidence: The Government“ und „Confidence: The Political Parties“ bestimmt. Während Ausprägung 1 mit „A great deal“ für ein höheres Vertrauen spricht, ist bei „None at all“ (4) von Misstrauen zu sprechen. Ein höherer Wert spricht daher für weniger Vertrauen und dies wurde bei der dazugehörigen Grafik, die bei der deskriptiven Statistik folgt, auch beibehalten. Der Datensatz liefert hierzu erst ab Welle 2 (ab 1990) für alle Variablen Daten und daher beschränken sich auch die verwendeten Erhebungen auf den Zeitraum ab dieser Welle. Das Vertrauen in die Politik ist als abhängige Variable zentral in der Auswertung.

Für die politischen Beteiligungsformen gibt es für die Variablen „Political action: Signing a petition“, „Political action: joining in boycotts“ und „Political action: attending lawful/peaceful demonstrations“ ausreichend Werte. Deren Ausprägungen sind „Have done“ (1), „Might do“ (2) und „Would never do“ (3). Bei einem höheren Wert kann von einer Abneigung gegenüber der jeweiligen Beteiligungsform gesprochen werden.

Näheres zu den Informationsquellen wird durch die Variablen „Information source: Daily newspaper (B)“, „Information source: Social media (Facebook, Twitter, etc.)“, „Information source: Talk with friends or colleagues (B)“, „Information source: TV news (B)“, „Information source: Radio news (B)“, „Information source: Mobile phone (B)“, „Information source: Email (B)“ und „Information source: Internet (B)“ aus der 6. und 7. Welle (2010-2020) - mit Ausnahme der Sozialen Medien, bei welchen es nur Daten aus der 7. Welle gibt - ermöglicht. Die Antwortenteilung in Häufigkeiten (täglich, wöchentlich, monatlich, weniger als monatlich, nie) ist numerisch. Der Wert 1 steht dabei für tägliche Nutzung, 5 hingegen bedeutet, dass die besagte Informationsquelle nie genutzt wird.

Ausschlaggebend für die Hypothese 3 ist die Lebenszufriedenheit. Diese wird durch die Variable „Satisfaction with your life“ gemessen, die im Bereich von 1 (Dissatisfied) bis 10 (Satisfied) Auskunft darüber gibt, wie zufrieden sich die Teilnehmer*innen einschätzen. Die Werte sind für alle Wellen vorhanden.

Der Datensatz wurde, auf die für die Analyse benötigten, sowie oben beschriebenen Variablen zuzüglich von Variablen über demographische Merkmale gekürzt, um den Umfang und dadurch die Bearbeitungsdauer zu reduzieren. In folgendem Kapitel wird näher auf diese Variablen und die Auswertung der Fragestellungen eingegangen.

5. Ergebnisse

Mithilfe des Programms RStudio (R Version 4.1.1) wurden die im folgenden aufgelisteten Ergebnisse berechnet sowie Tabellen und Grafiken erstellt.

5.1 Deskriptive Statistik

Deskriptive Statistik [l. a./v. = Informationen aus/von]

Statistic	N	Mean	St. Dev.	Min	Pctl(25)	Pctl(75)	Max	Median
N	432482	216241,5	124846,9	1	108121,2	324361,8	432482	216241,5
Jahr	432482	2005,26	9,67	1981	1998	2012	2020	2006
Lebenszufriedenheit	426696	6,7	2,41	1	5	8	10	7
Vertrauen in Parlament	394421	2,71	0,93	1	2	3	4	3
Vertrauen in Regierung	368598	2,58	0,95	1	2	3	4	3
Vertrauen in politische Parteien	366776	2,93	0,88	1	2	4	4	3
Petitionen	385853	2,16	0,81	1	1	3	3	2
Boycott	376031	2,55	0,64	1	2	3	3	3
Demonstrationen	384410	2,36	0,72	1	2	3	3	3
I. a. Zeitungen	161595	3,07	1,62	1	1	5	5	3
I. a. Sozialen Medien	73562	2,77	1,81	1	1	5	5	2
I. v. Freund*innen	161376	2,19	1,43	1	1	3	5	2
I. a. TV Nachrichten	162005	1,67	1,21	1	1	2	5	1
I. a. Radio	161426	2,81	1,69	1	1	5	5	2
I. a. Mobiltelefon	161152	2,69	1,79	1	1	5	5	2
I. v. E-Mails	160167	3,61	1,67	1	2	5	5	5
I. a. Internet	160550	2,99	1,81	1	1	5	5	3
Geschlecht	427664	1,52	0,5	1	1	2	2	2
Alter	427922	41,22	16,25	13	28	53	103	39

Tabelle 1: Deskriptive Statistik der Variablen

Aus Tabelle 1 lässt sich ablesen, welche Variablen verwendet wurden. Das Jahr, die Lebenszufriedenheit, das Geschlecht und das Alter stehen für sich. Die restlichen lassen sich in die Variablen über das Vertrauen (Vertrauen in Parlament, Vertrauen in Regierung, Vertrauen in politische Parteien), über die politische Beteiligungsform (Petitionen, Boykott, Demonstrationen) und über die Informationsquellen (I. a. Zeitungen, I.a. Sozialen Medien, I. v. Freund*innen, I. a. TV-Nachrichten, I. a. Radio, I. a. Mobiltelefon, I. v. E-Mails und I. a. Internet) gruppieren.

Bei der Grundgesamtheit handelt es sich um 432.482 geführte Interviews im Zeitraum zwischen 1981 und 2020. Der/die jüngste Teilnehmer*in war 13 und der/die älteste 103 Jahre alt. Die Hälfte aller war maximal 39 Jahre alt, die andere Hälfte älter.

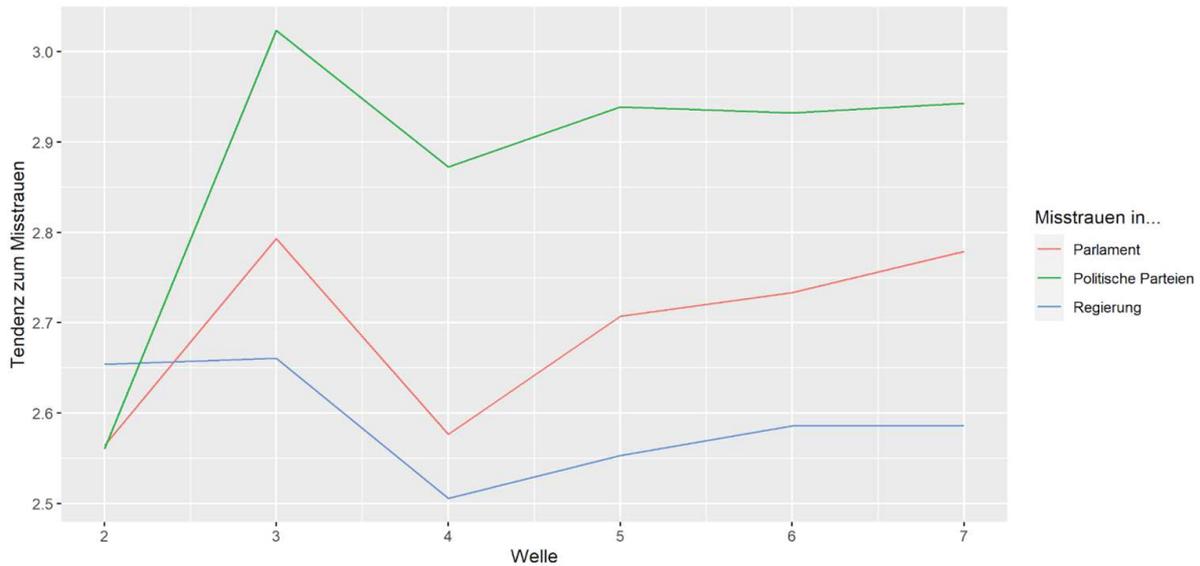
Die Lebenszufriedenheitsvariable hat Ausprägungen zwischen 1 (Dissatisfied) und 10 (Satisfied). Ungefähr bei 5 kann von einem neutralen Punkt gesprochen werden. Mit einem Median von 7 wird deutlich, dass 50% zwischen 7 und 10 einzustufen sind und somit eine gute Lebenszufriedenheit für diese anzeigt.

Das Vertrauen in die Politik ist bei allen Variablen ungefähr bei 3, was der Ausprägung „Not very much“ entspricht und anzeigt, dass es kein großes Vertrauen gibt. Wobei das höchste Vertrauen unter diesen gegenüber der Regierung und das geringste gegenüber den politischen Parteien ist.

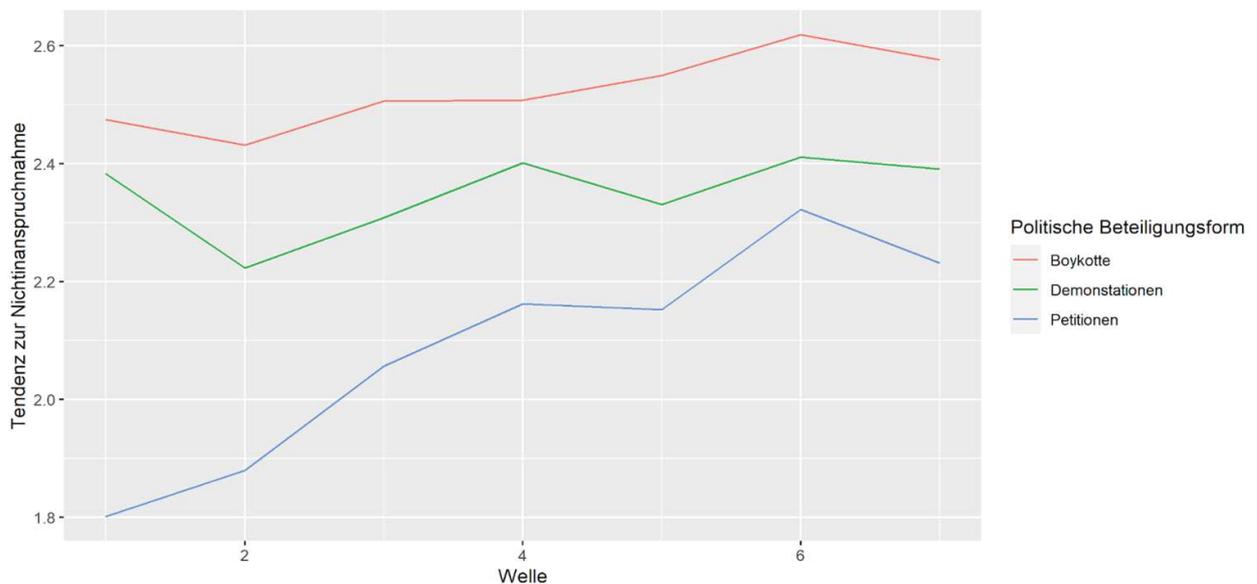
Auch bei den Variablen zu den Beteiligungsformen liegt der Durchschnitt zwischen 2 und 3 und ist daher zwischen „Might do“ und „Would never do“. Die Gemeinsamkeit dieser Ausprägungen ist, dass die befragte Person sich noch nicht in dieser Form beteiligt hat. Mindestens 75 Prozent fallen in diese Kategorien.

Auffallend bei den Zahlen zu den Informationsquellen ist vorwiegend, dass mindestens 25 Prozent nie Zeitungen, Soziale Medien, Radio, Mobiltelefon, E-Mails oder das Internet zur Informationsbeschaffung nutzen, während 75 Prozent wöchentlich die Nachrichten im Fernsehen und monatlich mit Freund*innen und Kolleg*innen reden, um an neue Informationen zu gelangen.

Die Variablen über das Vertrauen, die politische Beteiligungsformen und die Informationsquellen werden im Anschluss genauer grafisch dargestellt, um Unterschiede besser erkennen zu können.



Quelle: WVS Time Series



Quelle: WVS Time Series

Abbildung 2: mittleres Misstrauen gegenüber Politik und mittlere Nichtinanspruchnahme der politischen Beteiligungsformen der Wellen

Wie bereits erwähnt, steht ein höherer Wert für mehr Misstrauen bzw. die Nichtinanspruchnahme der politischen Beteiligungsform. Hierbei wurden die durchschnittlichen Werte aller teilnehmender Länder im Zeitraum zwischen 1981 (Anfang 1. Welle) bei der Teilnahme an den

politischen Beteiligungsformen bzw. 1990 (Anfang der 2. Welle) beim Vertrauen in die politischen Institutionen und 2020 (Ende der 7. Welle) verwendet. Obwohl diese Länder weltweit sehr unterschiedlich sind, sind dennoch gewisse Tendenzen zu sehen.

Zum einen war das Vertrauen in der 2. Welle gegenüber dem Parlament, der politischen Parteien und der Regierung im Vergleich hoch. Nach diesem Zeitpunkt vermindert sich das Vertrauen gegenüber der Politik und spaltet sich ebenso in den unterschiedlichen Bereichen auf. Auffallend ist, dass speziell den politischen Parteien vermehrt Misstrauen entgegengebracht wird. Während dem Parlament und noch mehr der Regierung vertraut wird. Dies liegt wohl daran, dass diese in vielen Ländern gewählt worden sind und nebenher auch viele andere politische Parteien bestehen.

Bei den politischen Beteiligungsformen lässt sich beobachten, dass bei den Petitionen in der 1. Welle der durchschnittliche Wert sehr niedrig ist und somit dafürspricht, dass sehr viele bereits eine Petition unterschrieben haben. Je höher der Wert, desto weniger sind die Teilnehmer*innen bereit, mitzumachen. Die Mittelwerte bei den Demonstrationen schwanken in einem Bereich einer eventuellen Teilnahme und einer Nichtteilnahme. Bei den Boykotten ist es für die Befragten noch einmal unwahrscheinlicher dabei zu sein.

Bei einer Grundgesamtheit zwischen 160.000 und 162.000 (bei den Sozialen Medien etwas mehr als 70.000) lassen sich bezüglich der Nutzung der Informationsquellen folgende relative Häufigkeiten erkennen:

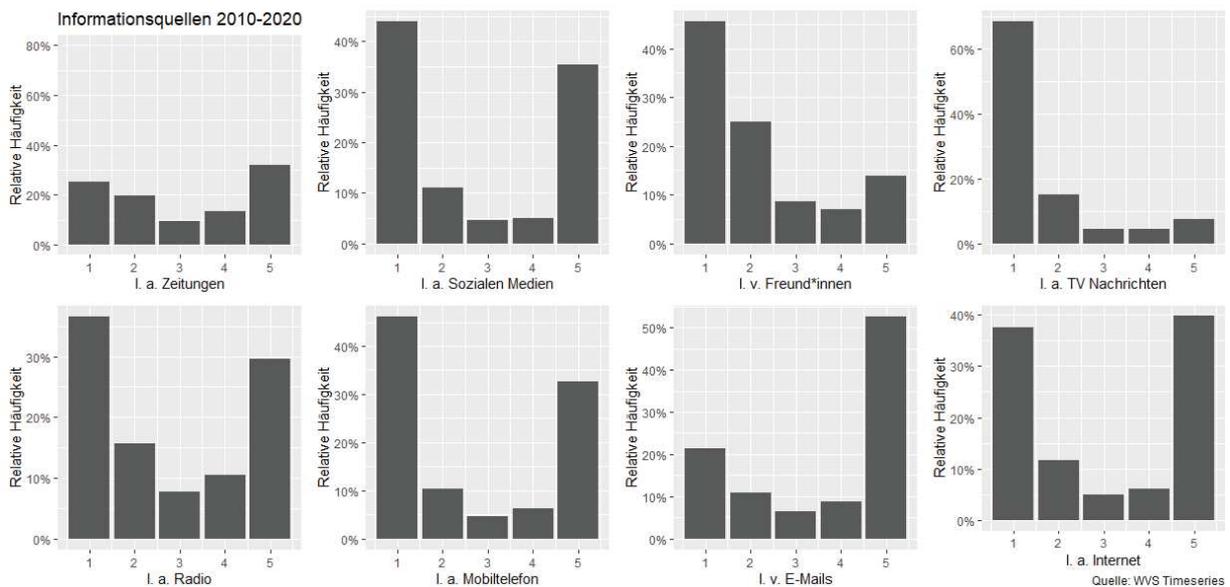


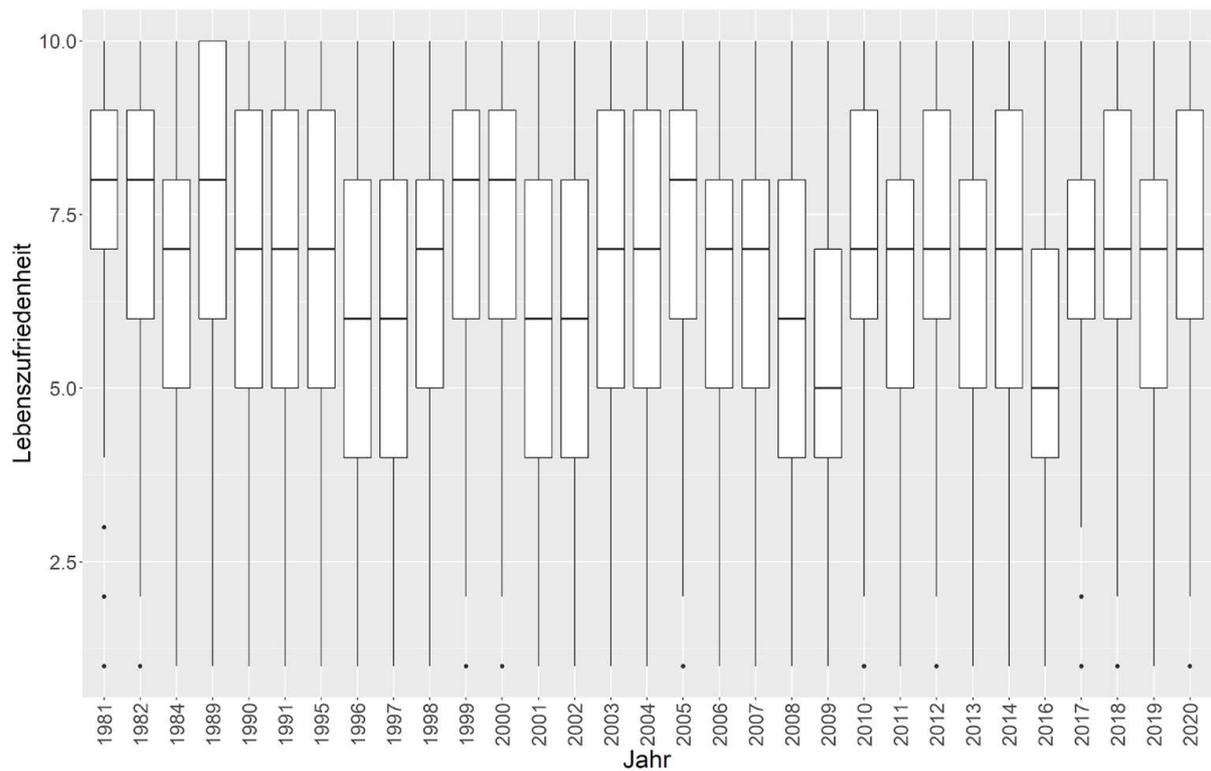
Abbildung 3: Relative Häufigkeit der Informationsquellennutzung

Nicht überraschend ist, dass die meiste tägliche Nutzung mit über 110.000 (68%) den Nachrichten im Fernsehen vorbehalten ist und relativ wenige die TV-Nachrichten seltener als wöchentlich anschauen (16% haben für Ausprägung 3 oder höher gestimmt). Weitere wichtige Informationsquellen - mit ungefähr 46% und somit in Richtung 75.000 - sind Gespräche mit Freund*innen und Kolleg*innen sowie das Mobiltelefon, wobei bei Letzteren fast ein Drittel dafür gestimmt hat, dass sie dieses nicht dafür nutzen.

Nachrichten aus Radio und dem Internet werden anschließend von ungefähr 37% der Teilnehmer*innen konsumiert, wobei demgegenüber fast 30% beim Radio und fast 40% beim Internet diese Quellen gar nicht nutzen. Zeitungen werden für den Informationsgewinn von 45% zumindest wöchentlich genutzt und von 31% dafür nie.

Die Daten für die Sozialen Medien stammen lediglich aus der siebten Welle und dadurch ist die Grundgesamtheit weniger als bei den restlichen Informationsquellen. Dennoch zeigt die relative Häufigkeitsverteilung, dass die Befragten diese tendenziell entweder täglich (43%) oder nie (35%) für Informationen nutzen, da die Ausprägungen „wöchentlich“, „monatlich“ und „weniger als monatlich“ im Vergleich wenig vertreten sind.

Das Schlusslicht machen E-Mails als Informationsquelle. Mehr als die Hälfte nutzen diese nicht zu diesem Zweck.



Quelle: WVS Time Series

Abbildung 4: Boxplot Lebenszufriedenheit über die Jahre im Überblick

Bei der Lebenszufriedenheit gibt es Ausprägungen von 1 bis 10. Je höher der Wert, desto zufriedener sind die Teilnehmer*innen im Leben. Um einen Überblick zu bekommen, wird bei dieser Grafik die Lebenszufriedenheit über die Jahre dargestellt.

Der Median vieler Jahre liegt bei 7. Gründe für die niedrigeren Mediane könnten internationale oder globale Krisen darstellen. Beispiele dafür sind die Asien- und Argentinienkrise um 1997, die Weltfinanz- und Eurokrise ab 2000, die Weltwirtschaftskrise 2008 und die Zunahme an Terroranschlägen 2016. In diesen Jahren (bzw. deren Folgejahren) liegt jeweils eine niedrigere Lebenszufriedenheit vor.

6. Inferenzstatistik

6.1 Regressionsmodell

Die folgenden Daten beschreiben die jeweilige Anwendung der Modellierungen mithilfe von Regressionen. Die Regression ermöglicht, den Zusammenhang zwischen den jeweiligen unabhängigen und abhängigen Variablen zu messen und damit die Hypothesen zu überprüfen. Die genannten Ergebnisse sind ohne Hinzufügen von weiteren Variablen als Dummies oder Fixed

Effects angeführt, da die Modellgüte ohnehin im Kapitel 5.2.2 durch das Mehrebenenmodell ausführlich erläutert sowie verbessert wird.

Hypothese 1 – Teilnahme an politische Beteiligungsformen

Die erste Hypothese, die einen signifikanten Zusammenhang zwischen Vertrauen in die Politik und politischer Beteiligung annimmt, kann vom Modell nur zum Teil bestätigt werden: Das Vertrauen in die Politik wird von der Form der politischen Beteiligung zwar signifikant beeinflusst, der Faktor ist dabei jedoch je nach Variablen in unterschiedliche Richtungen laufend. Zur Erinnerung sei hier noch einmal erwähnt, dass die Variablenkodierung im Folgenden nur bedingt der intuitiven Interpretation entspricht: Eine Zunahme des Werts der Vertrauensvariable entspricht inhaltlich einem abnehmenden Vertrauen. Die Zunahme des Werts der Teilnahmevariablen besagt ebenfalls eine abnehmende Wahrscheinlichkeit der Beteiligung.

<i>Dependent variable:</i>	
	confi_parlia
pol_peti	-0,0341*** (0,0024)
pol_boycott	0,0346*** (0,0031)
pol_demo	-0,0232*** (0,0027)
Constant	2,7737*** (0,0068)
Observations	341 144
R ²	0,0011
Adjusted R ²	0,0011
Residual Std. Error	0,9245 (df = 341140)
F Statistic	127,7722*** (df = 3; 341140)
<i>Note:</i>	* p<0,1; ** p<0,05; *** p<0,01

Tabelle 2: Regressionsmodell - Politische Beteiligung/Vertrauen in die Politik (hier: Parlament)

Während die Beteiligung an Petitionen und an Demonstrationen inhaltlich einen indirekten Zusammenhang mit einer Zunahme zum Vertrauen in die Politik darstellt, nimmt die Zustimmung zur Politik je nach Beteiligung an Boykotten ab.

Geht der Wert der angegebenen politischen Beteiligung an Petitionen um eine Einheit (hier: eine Variable) zurück - steigt der Auskunft nach die Bereitschaft, eine Petition zu unterzeichnen also - nimmt der Vertrauenswert in die Politik (hier: Parlament) um rund 0,03 ab, was bedeutet, dass ein höheres Vertrauen in die Politik mit einer höheren Bereitschaft an Demonstrationen teilzunehmen, korreliert.

Während bei verstärkter Teilnahme an Demonstrationen ebenfalls ein niedrigerer errechneter Vertrauenswert (gleichbedeutend mit höherem Vertrauen) vorliegt, steigt die Berechnung bei steigender Beteiligung an Boykotten – die Hypothese lässt sich für Boykotte also nicht bestätigen, sondern besagt, dass bei steigender Teilnahmebereitschaft an Boykotten ein negativer Effekt auf das Vertrauen in die Politik vorliegt.

Bei höherer Wahrscheinlichkeit, an Demonstrationen teilzunehmen oder Petitionen zu unterstützen, bestätigt sich die Hypothese also: Verstärkte Teilnahme an Demonstrationen und Petitionen hat einen signifikant positiven Effekt auf das Vertrauen in die Politik. Auch für die Teilnahme wird ein signifikanter, jedoch gegenläufiger und somit negativer Effekt gemessen.

Hypothese 2 – Nutzung von Informationsquellen

<i>Dependent variable:</i>	
	confi_parlia
info_newspaper	0,0366*** (0,0025)
info_socialm	-0,0126*** (0,0030)
info_friends	0,0152*** (0,0028)
info_tvnews	0,0276*** (0,0029)
info_radio	-0,0263*** (0,0023)
info_mobilepho	0,0582*** (0,0027)
info_email	-0,0091*** (0,0029)
info_internet	-0,0575*** (0,0033)
Constant	2,7224*** (0,0115)
Observations	69 680
R ²	0,0172
Adjusted R ²	0,0171
Residual Std. Error	0,9433 (df = 69671)
F Statistic	152,4774*** (df = 8; 69671)
<i>Note:</i>	* p<0,1; ** p<0,05; *** p<0,01

Tabelle 3: Regressionsmodell - Informationsquellen/Vertrauen in die Politik (hier: Parlament)

Auch in der zweiten Hypothese ist die inhaltliche Interpretation der Nutzungswerte den bestehenden Kodierungen gegenläufig: Im Datensatz steht der Wert 1 für angegebene tägliche Nutzung, diese nimmt bei Zunahme des Werts in ihrer Häufigkeit ab. Und ähnlich wie bei der ersten Hypothese erweist sich auch die zweite Hypothese, in der der Effekt unterschiedlicher Nutzung von Informationsquellen auf das Vertrauen in die Politik betrachtet wird, erweist sich im Modell nur als teilweise zutreffend.

Während sie sich für Zeitungen, Informationen durch Freund*innen, TV-Nachrichten oder das Handy bestätigt, läuft die Regression bei Sozialen Medien, Radio, E-Mail und Internet in die andere Richtung. Eine häufigere Benutzung der genannten Informationsquellen (= berechnete Abnahme des Variablenwerts) führt in diesem Fall zu einem geringeren Vertrauen in die Politik, hier beschrieben durch das Vertrauen in das Parlament.

Grundsätzlich ist bemerkenswert, dass für die zweite Hypothese mit knapp 70.000 Observations eine geringere Grundgesamtheit für die Berechnung vorliegt. Dies ist zu erklären, da die

Frage nicht in allen im Datensatz inkludierten Wellen der World Values Survey enthalten ist. Die Anzahl ist natürlich dennoch nach wie vor so groß, dass eine sinnvolle Anwendung der Regression sehr gut möglich ist.

Hypothese 3 – Lebenszufriedenheit

Die dritte Hypothese lässt sich durch die Modellierung bestätigen: Das Vertrauen ins Parlament (hier repräsentativ für alle Formen des Vertrauens in die Politik) nimmt mit Ansteigen der Lebenszufriedenheit signifikant ab. Dies bedeutet im Gegenzug ein steigendes Vertrauen in die Politik (hier repräsentiert durch das Parlament) bei höherer Lebenszufriedenheit und bestätigt die Hypothese.

<i>Dependent variable:</i>	
	confi_parlia
satisfaction_life	-0,0219*** (0,0006)
Constant	2,8531*** (0,0045)
Observations	390 291
R ²	0,0031
Adjusted R ²	0,0031
Residual Std. Error	0,9321 (df = 390289)
F Statistic	1 227,6050*** (df = 1; 390289)
<i>Note:</i>	* p<0,1; ** p<0,05; *** p<0,01

Tabelle 4: Regressionsmodell - Lebenszufriedenheit/Vertrauen in die Politik (hier: Parlament)

Allgemein stellen die Modellierungen ohne Hinzufügen von Fixed Effects, welche weitere Faktoren ins Modell integrieren, nur eine sehr geringe Erklärung für die beobachteten Effekte dar. Sichtbar wird dies vor allem durch die allgemein sehr niedrigen R² Werte. R² liegt jeweils zwischen 0 und 1 und gibt Aufschluss darüber, zu welchem Anteil die Varianz der abhängigen Variable von der unabhängigen erklärt wird (beträgt R² 0 beträgt, erklärt die vorliegende unabhängige Variable die abhängige Variable etwa überhaupt nicht). Ein hohes R² bedeutet im Gegenzug, dass die beschriebenen Variablen sehr stark korrelieren (vgl. Wenzelburger et al., 2014, 15).

Da die erreichten R^2 Werte durch die Anwendung von Regressionsmodellen zu niedrig für zuverlässige Ergebnisse sind und anstatt der geprüften Variablen zahlreiche andere Effekte für die gemessenen Werte verantwortlich sein können, wurde auf die weitere Auswertung der restlichen Vertrauensvariablen verzichtet und im nächsten Schritt ein Mehrebenenmodell mit den gleichen Ausgangswerten berechnet, welches den Einfluss der verschiedenen Ebenen beschreibt.

6.2 Mehrebenenmodell

Durch Schätzung des Nullmodells wird zuerst versucht, die Gesamtvarianz der abhängigen Variablen – hier die Vertrauensvariablen – zu zerlegen, ohne erklärende Variablen aufzunehmen. Die erste Ebene stellt die Individuen und die zweite die Länderebene dar (vgl. Pötschke, 2020, 507f).

	<i>Dependent variable:</i>		
	confi_parlia (1)	confi_governm (2)	confi_polpart (3)
Constant	2.704*** (0.043)	2.577*** (0.042)	2.954*** (0.037)
Observations	394,421	368,598	366,776
Log Likelihood	-495,208.700	-475,322.800	-440,847.000
Akaike Inf. Crit.	990,423.400	950,651.500	881,700.000
Bayesian Inf. Crit.	990,456.100	950,684.000	881,732.500

Note: * $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$

Tabelle 5: Mehrebenenmodell des Nullmodells

Vertrauensvariable	Gesamtvarianz	Varianz Länderebene	Varianz Individuen	Anteil Varianz Länder (ICC)	Anteil Varianz Individuen (ICC)
Parlament	0,9102	0,1902	0,7200	0,208965	0,791035
Regierung	0,9479	0,1773	0,7706	0,187045	0,812955
Politische Parteien	0,7885	0,1417	0,6468	0,179708	0,820292

Tabelle 6: Varianzen Nullmodell

Je nach Vertrauensvariable liegt die Gesamtvarianz bei Parlament und Regierung über 90% und bei den politischen Parteien fast bei 80%. Durch die Intra-Klassen-Korrelation wird das Verhältnis der Varianz der Individualebene zur Gesamtvarianz berechnet. Diese Korrelation gibt an, wie angemessen die Mehrebenenanalyse ist (vgl. Pötschke, 2020, 507f).

Innerhalb dieses Rahmens kann beim Anteil an der gesamten Varianz (ICC) erkannt werden, dass sich auf Länderebene um die 20% befinden. Das bedeutet, dass die Gesamtvarianz zu 80% auf individueller Ebene liegt. Eine reine Analyse der nationalen Ebene wäre für unsere Forschungsfrage also unzureichend.

Hypothese 1 – Teilnahme an politische Beteiligungsformen

	<i>Dependent variable:</i>		
	confi_parlia (1)	confi_governm (2)	confi_polpart (3)
pol_peti	0.004 (0.002)	-0.007*** (0.003)	0.017*** (0.002)
pol_boycott	-0.024*** (0.003)	-0.063*** (0.003)	0.008*** (0.003)
pol_demo	0.020*** (0.003)	0.007** (0.003)	0.027*** (0.002)
Constant	2.743*** (0.042)	2.765*** (0.040)	2.844*** (0.037)
Observations	341,144	317,591	320,180
Log Likelihood	-427,822.600	-410,429.700	-384,641.100
Akaike Inf. Crit.	855,657.300	820,871.400	769,294.100
Bayesian Inf. Crit.	855,721.700	820,935.400	769,358.200
<i>Note:</i>	* p<0.1; ** p<0.05; *** p<0.01		

Tabelle 7: Mehrebenenmodell Politische Beteiligungsformen - Vertrauen in die Politik

Die Konstante gibt den geschätzten mittleren Wert der Vertrauensvariable für alle Individuen und über alle Länder hinweg an. Der Koeffizient steht für die erwartete mittlere Veränderung innerhalb der Vertrauensvariablen, wenn die unabhängige Variable – hier die Lebenszufriedenheit – um eine Einheit erhöht wird.

Zur Interpretation der Tabelle 7 ist zunächst wieder klarzustellen, welche Bedeutung hinter den Zahlen steckt. Für die Interpretation des Koeffizienten muss in Erinnerung gerufen werden, dass eine Steigung um eine Einheit der unabhängigen Variable für weniger Teilnahme bzw. in der höchsten Ausprägung sogar für Nichtteilnahme steht. Ein positiver Koeffizient repräsentiert auch hier weniger Vertrauen. Demnach ist zu schlussfolgern, dass weniger Teilnahme und ein negativer Koeffizient mehr Vertrauen verdeutlicht.

Mit Ausnahme von den Zusammenhängen zwischen der Teilnahme an Petitionen in Bezug auf das Vertrauen in das Parlament (nicht signifikant) und an Demonstrationen in Bezug auf das Vertrauen in die Regierung (signifikant), sind alle Werte hochsignifikant.

Bei den Demonstrationen sind alle Koeffizienten positiv. Das heißt, dass weniger Teilnahme an Demonstrationen weniger Vertrauen in Parlament, Regierung und politische Parteien bedeutet, wobei der Effekt gegenüber der Regierung mit einer 95%igen Wahrscheinlichkeit am geringsten ist. Weniger Teilnahme an Boykotten korreliert mit mehr Vertrauen in Parlament und Regierung, jedoch mit weniger Vertrauen in die politischen Parteien.

Das Verhältnis zwischen Teilnahme und Vertrauen ist bei den Petitionen sehr unterschiedlich. Während der Wert bezüglich des Vertrauens in das Parlament nicht signifikant ist, ist der Koeffizient beim Vertrauen in die Regierung negativ (mehr Vertrauen) und in die politischen Parteien positiv (weniger Vertrauen).

Hypothese 2 – Nutzung von Informationsquellen

	<i>Dependent variable:</i>		
	<i>confi_parlia</i>	<i>confi_governm</i>	<i>confi_polpart</i>
	(1)	(2)	(3)
<i>info_newspaper</i>	0.028*** (0.002)	0.022*** (0.002)	0.029*** (0.002)
<i>info_socialm</i>	-0.019*** (0.003)	-0.030*** (0.003)	-0.012*** (0.003)
<i>info_friends</i>	0.013*** (0.002)	0.009*** (0.003)	0.010*** (0.002)
<i>info_tvnews</i>	0.025*** (0.003)	0.028*** (0.003)	0.012*** (0.002)
<i>info_radio</i>	0.018*** (0.002)	0.021*** (0.002)	0.021*** (0.002)
<i>info_mobilepho</i>	-0.002 (0.002)	-0.0002 (0.003)	-0.002 (0.002)
<i>info_email</i>	0.014*** (0.002)	0.010*** (0.003)	0.015*** (0.002)
<i>info_internet</i>	-0.021*** (0.003)	-0.023*** (0.003)	-0.024*** (0.003)
Constant	2.660*** (0.075)	2.530*** (0.075)	2.824*** (0.068)
Observations	69,680	69,504	69,664
Log Likelihood	-82,491.100	-86,732.120	-80,304.740
Akaike Inf. Crit.	165,004.200	173,486.200	160,631.500
Bayesian Inf. Crit.	165,104.900	173,586.900	160,732.100
<i>Note:</i>	* p<0.1; ** p<0.05; *** p<0.01		

Tabelle 8: Mehrebenenmodell Informationsquellen - Vertrauensvariablen

Eine höhere Ausprägung bei der Nutzung der Informationsquellen repräsentiert hier ebenso weniger Nutzung und wie bei der vorherigen Hypothese weist ein positiver Koeffizient auf weniger und ein negativer auf mehr Vertrauen hin. Bis auf die Werte des Mobiltelefons sind alle hochsignifikant.

Es lässt sich weiters feststellen, dass die Richtung der Koeffizienten nicht von den politischen Institutionen verändert wird. Nur zwischen den Informationsquellen werden Unterschiede bemerkbar. Geringerer Austausch mit Freund*innen/Kolleg*inne sowie geringere Nutzung von Zeitung, TV-Nachrichten, Radio und E-Mails gehen mit weniger Vertrauen einher. Während weniger Nutzung von Sozialen Medien und des Internets einen Zusammenhang mit mehr Vertrauen in die Politik haben.

Hypothese 3 – Lebenszufriedenheit

	<i>Dependent variable:</i>		
	confi_parlia (1)	confi_governm (2)	confi_polpart (3)
satisfaction_life	-0.026*** (0.001)	-0.035*** (0.001)	-0.022*** (0.001)
Constant	2.874*** (0.043)	2.810*** (0.042)	3.100*** (0.038)
Observations	390,291	364,730	362,216
Log Likelihood	-489,163.400	-469,003.800	-434,707.900
Akaike Inf. Crit.	978,334.700	938,015.600	869,423.800
Bayesian Inf. Crit.	978,378.200	938,058.900	869,467.000

Note: * p<0.1; ** p<0.05; *** p<0.01

Tabelle 9: Mehrebenenmodell Lebenszufriedenheit - Vertrauen in die Politik

Hier sind alle Werte hochsignifikant. Eine Einheit mehr bei den Variablen der politischen Beteiligungsformen steht für mehr Lebenszufriedenheit. Im Gegenzug ist eine numerisch-negative Entwicklung der Vertrauensvariablen als mehr Vertrauen einzustufen, da die eine höhere Ausprägung weniger Vertrauen bedeutet. Unter Anwendung dieser Informationen auf die Tabelle geht eine höhere Lebenszufriedenheit mit mehr Vertrauen in die jeweiligen Institutionen einher.

6.3 Modellgüte

Um die Modellgüte zu beurteilen, gibt es zum einen den Vergleich der AICs und BICs und zum anderen die Varianzaufklärung.

Das Akaike und Bayesian Information Criterion dienen zur Beurteilung der Komplexität des Modells. Zur Interpretation sind nicht die Werte an sich, sondern die Differenz zwischen den Werten entscheidend (vgl. Pötschke, 2020, 511f).

Mit Blick auf die obigen Tabellen lässt sich feststellen, dass sowohl das AIC also auch das BIC der Leermodelle im Vergleich zu denen der Modellberechnungen mit den unabhängigen Variablen in jedem Fall höher ist und in diesem Rahmen kein Problem auftaucht.

Vertrauen in Parlament	Varianz Residuen	anteilige Reduktion
------------------------	------------------	---------------------

Pol. Beteiligung	0,717700	0,003194
Informationsquellen	0,621400	0,136940
Lebenszufriedenheit	0,716800	0,0044444
Vertrauen in Regierung	Varianz Residuen	anteilige Reduktion
Pol. Beteiligung	0,774700	-0,005321
Informationsquellen	0,706400	0,083312
Lebenszufriedenheit	0,764900	0,007397
Vertrauen in Pol. Parteien	Varianz Residuen	anteilige Reduktion
Pol. Beteiligung	0,645800	0,001246
Informationsquellen	0,5839	0,09724799
Lebenszufriedenheit	0,6444	0,00371057

Tabelle 10: anteilige Varianzaufklärung

Durch die anteilige Varianzaufklärung wird aufgezeigt, dass die Nutzung der Informationsquellen um die 10% erklärt wird, während bei der politischen Beteiligung und der Lebenszufriedenheit eine geringere Varianzaufklärung gegeben ist.

6.4 Auswertung

Im Kapitel 5.2.2 wurde anhand der Interpretation aufgezeigt, welche Ergebnisse welche Bedeutung haben. Nun ist festzustellen, welche der Hypothesen bestätigt oder verworfen werden können und folgend noch einmal zusammenfassend aufgelistet:

Hypothese 1 geht von einem signifikanten Effekt auf das Vertrauen in die Politik je nach Art der Teilnahme an politischen Beteiligungsformen aus.

Für die Teilnahme an Petitionen in Verbindung mit dem Vertrauen in die Regierung und die politischen Parteien und an Demonstrationen und an Boykotten hinsichtlich aller Vertrauensvariablen lässt sich diese Hypothese bestätigen, da die Ergebnisse signifikante Werte ergaben. Alleinig der Zusammenhang zwischen der Teilnahme an Petitionen und dem Vertrauen in das

Parlament erwies sich als nicht signifikant - daher muss die Hypothese für diese Beteiligungsform verworfen werden.

Hypothese 2 zielt darauf ab, dass es einen signifikanten Effekt auf das Vertrauen in die Politik durch die Nutzung unterschiedlicher Informationsquellen gibt. Bis auf die Werte über das Mobiltelefon waren alle Ergebnisse hochsignifikant. Somit wurden Effekte von Austausch mit Freund*innen/Kolleg*innen, Nutzung von Zeitung, TV-Nachrichten, Radio, E-Mails, Sozialen Medien und des Internets nachgewiesen.

Hypothese 3 deutet auf einen signifikanten Einfluss auf das Vertrauen in die Politik der Lebenszufriedenheit hin. Der Zusammenhang ist hochsignifikant.

7. Fazit und Ausblick

Die Forschungsfragen „Wird das Vertrauen in die Politik durch die politische Beteiligung und Nutzung unterschiedlicher Informationsquellen beeinflusst? Welche Auswirkung hat die Lebenszufriedenheit auf das Vertrauen in die Politik?“ können also wie folgt beantwortet werden: Das Vertrauen in die Politik wird sowohl durch verschiedene politische Beteiligung als auch das Nutzungsverhalten verschiedener Informationsquellen beeinflusst. Für die meisten betrachteten Variablen konnte sogar ein signifikanter Effekt ermittelt werden.

Auch die Lebenszufriedenheit hat einen wesentlichen Effekt auf das Vertrauen in die Politik: die beiden Werte stehen in einem positiven Zusammenhang.

Während bei ähnlichen Forschungsberichten, welche die Länderebene in den Fokus stellten und länderspezifische Erklärungsansätze für ihre Fragestellungen verfolgten, teilweise abweichende Ergebnisse für die Berechnungen erwarten ließen, wurde doch eine recht differenzierte Ausprägung der Hypothesen berechnet.

Dabei ist häufig eine inhaltliche Erklärung möglich, welche in den jeweiligen Kapiteln ausgeführt und direkt im Kontext der Ergebnisse angeführt wird.

Im weiteren Verlauf der Arbeit wäre es weiters möglich gewesen, den Datensatz der European Values Study miteinzubeziehen. Bisher wurde nur auf Basis der World Values Survey Time Series Daten Bezug genommen. Die Entscheidung ist allerdings auf die Exklusion dieser Daten

gefallen, da der Umfang der Daten zu groß ist, um mit den verfügbaren Mitteln effizient zu arbeiten. Deshalb bleibt die Frage offen, ob besagte Daten aus Europa etwas an den Ergebnissen ändern würden oder nicht.

Nicht zuletzt lässt sich feststellen, dass die Mehrebenenanalyse zeigt, dass die Miteinbeziehung der individuellen Ebene durchaus ein spannendes Forschungsfeld darstellt und in Einflussgrößen auf das Vertrauen in die Politik die individuelle Ebene eventuell unterschätzt wird. Hier wäre weitere Forschung sicherlich ein spannendes Feld.

Literaturverzeichnis

Braun, D., & Hutter, S. (2016). Political trust, extra-representational participation and the openness of political systems. *International Political Science Review*, 37(2), 151–165. <https://doi.org/10.1177/0192512114559108>

Bundeszentrale für Politische Bildung: Eintrag “Kommunalpolitik” in das Politiklexikon. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17721/kommunalpolitik/> (dl. 17.05.2022)

Chang, W. (2009). Social capital and subjective happiness in Taiwan. *International Journal of Social Economics*, 36(8), 844–868. <https://doi.org/10.1108/03068290910967118>

Dr. Gehne, D. H., Wähnke, W., & Dr. Witte, K. (2019.). Gute Beteiligung stärkt die lokale Demokratie. In: *LebensWerte Kommune*, 3/2019, 1–10.

Häußermann, H. (2005): Politisches Vertrauen und Partizipation, in: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, FW 6, S. 298-301.

Mironova, A. (2015). Trust as a Factor of Subjective Life Satisfaction. *SSRN Electronic Journal*. <https://doi.org/10.2139/ssrn.2674119>

Pötschke, M. (2020). Mehrebenenmodelle. In C. Wagemann, A. Goerres & M. Siewert (Hrsg.), *Handbuch Methoden der Politikwissenschaft*. (S. 495-524). Springer.

Prandner, D. (2019). Politische Informationsrepertoires – Zwischen Informieren und Vertrauen. In R. Verwiebe (Hrsg.), *Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich* (S. 411–439). Springer Fachmedien.

von Alemann, U., & Daniel, P. (2012). Politische Beteiligung: Wohin? In O. Asbach, R. Schäfer, V. Selk, & A. Weiß (Hrsg.), *Zur kritischen Theorie der politischen Gesellschaft* (S. 189–194). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-19669-5_11

Schmitt, C. (2019): Quantitative Methoden in der international vergleichenden Sozialpolitikforschung. In H. Obinger & M. G. Schmidt (Hrsg.), *Handbuch Sozialpolitik: Wiesbaden*. (S. 352-354). Springer.

Wenzelburger, G., Jäckle, S., & König, P. (2014): *Weiterführende statistische Methoden für Politikwissenschaftler*. De Gruyter.

World Values Survey (2021): Timeseries 1981-2020, [online] <https://www.worldvaluessurvey.org/WVSDocumentationWVL.jsp> [abgerufen am 13.01.2022].

World Value Survey (2021): Who we are, [online] <https://www.worldvaluessurvey.org/WVSContents.jsp> [abgerufen am 13.01.2022].

Politische Repräsentation ist der Kern moderner Demokratien. Entscheidungen werden an gewählte Volksvertreter*innen delegiert und damit abgegeben. Diese Tatsache wirft unzählige interessante Fragestellungen über Wahrnehmung, Auswirkungen und Veränderung von politischer Repräsentation auf. Die quantitativen Analysen im Rahmen des Projektstudiums im Bachelor Sozialwirtschaft an der Johannes Kepler Universität beschäftigen sich mit ausgewählten Aspekten zu diesem Thema: Wie verändert sich die Position von österreichischen Parteien in Bezug auf das Thema Migration? Was beeinflusst das Vertrauen in politische Institution? Wie beeinflusst die Repräsentation von Frauen in Regierungen und Parlamente die Sozialausgaben bzw. das Angebot an Kinderbetreuung?

ISBN 978-3-9504997-9-7